



**Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile**

**2/92**

Anne-Marie Barone: Violences faites aux femmes: Entre lutte féministe et aide sociale	4-8
Christa Handetseder: "...Eine Revolte gegen das Mürbepfugeln der Weiber..." oder: Kein Thema wie irgend ein anderes	9-14
Alberto Godenzi: Zum Umgang mit dem Unerträglichen	15-16
Jolanda Bertozzi: Darüber reden ist ein Anfang, aber nicht genug En parler, c'est déjà quelque chose, mais ça ne suffit pas!	17-20 20-23
Véronique Ducret: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Eine Bestandesaufnahme in Genf Harcèlement sexuel sur les lieux de travail: Enquête à Genève	24-28 29-32
Jeanné DuBois: Die finanzielle Besserstellung der Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben Amélioration de l'aide financière aux victimes d'infractions	33-36 37-38
Ausgewählte Literatur zum Thema Gewalt gegen Frauen	39
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, Februar-Mai 1992	40-43
Brigitte Mantilleri: Chronique des événements au féminin, février à juin 1992	44-48
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	49-58
Passagen: Elly Danica: "Nicht !" Verlag Frauenoffensive, München, 1988	2, 8, 14, 28, 38, 43, 48

Frauenfragen  
 Questions au féminin  
 Problemi al femminile



15. Jahrgang Nr. 2  
 August 1992

Herausgegeben von der Eidg. Kommission für  
 Frauenfragen, Bundesamt für Kultur, Eigerplatz 5,  
 Postfach, 3000 Bern 6, 031/61 92 75/76

Redaktion: Katharina Belser, Elisabeth Keller,  
 Verena Laedrach-Feller  
 Weitere Mitarbeiterin dieser Nummer:  
 Claudia Kaufmann

Die in diesem Heft erscheinenden Beiträge sollen unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen, die zu kennen und zu diskutieren sich lohnt, die sich aber nicht mit jenen der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu decken brauchen.

Abdruck der Beiträge nach Rücksprache mit der Redaktion und unter genauer Quellenangabe erwünscht. Belegexemplare sind willkommen.

Vor ziemlich genau 10 Jahren, nämlich im Juni 1982, hat die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen ihr Heft Frauenfragen schon einmal vollumfänglich dem Thema "Gewalt gegen Frauen" gewidmet. In der Nummer 2/1982 veröffentlichte sie ihren Bericht zum Postulat von Nationalrätin Heidi Deneys, das einen Überblick über die Misshandlung und Gewalt gegen Frauen in der Schweiz verlangte.

Es ist sicher kein Zufall, dass im erwähnten Bericht das Hauptgewicht auf der physischen und psychischen Misshandlung von Frauen durch ihre Ehemänner und Partner lag und andere Gewaltformen wie Vergewaltigung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz usw. lediglich am Rande oder gar nicht thematisiert wurden. Darin widerspiegelte sich nicht nur der Wunsch der Postulantin, sondern auch der damalige Stand der Diskussion über das Thema "Gewalt gegen Frauen" in der Frauenbewegung und in der Öffentlichkeit. Die ersten Frauenhäuser waren gegründet worden und bereits ständig überfüllt, Sozialwissenschaftlerinnen und Journalistinnen setzten sich in Artikeln, Büchern und Filmen mit dem Problem der Gewalt von Männern gegen ihre Partnerinnen auseinander.

Heute ist dieses Thema eher etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Andere Gewaltformen wie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, sexuelle Ausbeutung von Mädchen (und Knaben) in der Familie beschäftigen Medien und Öffentlichkeit stärker als die eheliche Gewalt gegen Frauen.

Diese Entwicklungen nachzuzeichnen und der aktuellen Diskussion um Gewalt gegen Frauen Raum zu geben, ist das Ziel des vorliegenden Heftes.

Den Anfang machen zwei Artikel, in denen eine Welsch- und eine Deutschschweizerin, welche sich seit Jahren theoretisch und praktisch mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen, aus ihrer Sicht die Entwicklung der letzten Jahre, die Veränderung der Themen, die Parallelen in ihrer Bearbeitung, aber auch neue Tendenzen in Struktur und Ausrichtung der Frauenbewegung darstellen. Ein weiterer Artikel setzt sich mit der Art und Weise auseinander, wie die Realität der Männergewalt gegen Frauen wahrgenommen bzw. verdrängt und gerade auch in den Medien oft verschleiert wird.

In einem zweiten Teil kommen die heute in der Frauenbewegung aktuellen Aspekte des Gewaltthemas zur Sprache:

Mit der sexuellen Ausbeutung von Mädchen und Knaben befasst sich eine Wanderausstellung, welche im Auftrag des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann erarbeitet wurde und am 24. September in Bern eröffnet wird. Sie will eine breite Öffentlichkeit über das Thema informieren und Anstösse zur Prävention auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene geben.

Die Ergebnisse der ersten Schweizer Untersuchung zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, die im kommenden Herbst veröffentlicht wird, machen es deutlich: Auch bei uns ist diese Form der Gewalt gegen Frauen weit verbreitet, wird jedoch kaum als solche wahrgenommen, was es den betroffenen Frauen besonders schwer macht, sich dagegen zu wehren.

Am 1. Januar 1993 tritt ein Gesetz in Kraft, von dem sich die im Bereich der Gewalt an Frauen tätigen Fachfrauen einiges erhoffen, das Opferhilfegesetz. Besteht die Möglichkeit, dass der Staat auf diesem Weg wenigstens ansatzweise seine Verantwortung wahrnimmt?

An diesen drei Themen wird deutlich, was sich trotz wechselnder Inhalte wie ein roter Faden durch die Beschäftigung der Frauenbewegung mit dem Phänomen der Gewalt zieht: Enttabuisierung, Selbsthilfe und die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen. Gleichzeitig spiegelt sich darin aber auch eine Tendenz der Frauenbewegung, die Anne-Marie Barone in ihrem Artikel kritisch beurteilt: die zunehmende Delegation des Gewaltproblems an professionelle und spezialisierte Helferinnen. Damit gerät jedoch zwangsläufig die zentrale Erkenntnis der Frauenbewegung, dass Männergewalt gegen Frauen ein allgegenwärtiges und fundamentales Merkmal der patriarchalen Gesellschaft ist und dass der Widerstand dagegen an den sozialen Wurzeln des Geschlechterverhältnisses ansetzen muss, zumindest ein Stück weit aus dem Blickfeld. Diese Kritik ist ernstzunehmen. Umso mehr als gerade in letzter Zeit etwa seitens der Medien ein Grossangriff auf diese vermeintlich unbestrittene Erkenntnis des Feminismus gestartet wird, indem sie uns immer öfter und lautstarker weismachen wollen, Gewalt - auch eheliche und sexualisierte Gewalt - sei ein geschlechtsunabhängiges Phänomen.

Auf Illustrationen zum Schwerpunktthema des Heftes haben wir diesmal bewusst verzichtet.

Katharina Belser



1.1 NICHT! Ich kenne nur dieses Wort. Es ist das einzige Wort, das ich je gelernt habe. Nicht! Nur mit diesem einen Wort kann ich nicht schreiben. Das Vokabular einer Frau: Nicht!

1.2 Red nicht! Denk nicht! Nicht! Was immer du auch tust, fühl nicht! Wenn du fühlst, wird der Schmerz wieder da sein. Nicht!

1.7 Will. Er will immer. Ich will nicht. Wer hat dich gefragt? Er will. Er kriegt's. Er weiß wie. Hände. Schlagen. Würgen. Schreien? Wer schreit hier? Ich bin's nicht, die schreit. Ich weiß nicht mehr, wie man schreit. Nur im Innern. Mach mit, oder ich bring' dich um. Mach das, oder ich schlag dich. Ich schlage bereits. Im Innern. Er kann nicht reinsehen. Fast ein Sieg. Da ist etwas, an das er nicht rankommt. Innen. Ganz weit weg. Nur ein Lichtstreif. Innen. Fast ein Lächeln. Nicht! Er will. Er will immer.

1.8 Red nicht. Deine Mutter. Sie versteht nicht. Unser Geheimnis. Wenn du redest, schlag' ich dich, jedesmal mehr. Merk's dir. Damit du dir merkst, den Mund zu halten. Damit du tust, was man dir sagt. Weil du häßlich bist. Weil du lernen sollst, daß du eine Frau bist. Ich weiß, wie ich dir weh tun kann, ohne daß du blaue Flecken kriegst. Ich bin ja nicht dumm. Frauen sind dumm. Dumme Kuh. Dumme Schlampe. Mach, was ich dir sage. Mach den Mund auf. Steck ihn rein. Wenn du noch einmal beißt, bring' ich dich um. Ganz einfach. Mach den Mund auf. Ich bin ja schon tot. Was macht's also? Wer hilft mir denn? Meine Mutter sieht mir nicht mal in die Augen. Meine Mutter geht weg. Meine Mutter weiß es. Sie weiß. Sie weiß es immer.

1.9 Kinder erinnern sich nicht. Egal. Was macht's? Wer glaubt schon einem Kind? Ich weiß, was ich tue. Blaue Flecken sind keine zu sehen. Niemand wird es je wissen. Ich bring' dich um, wenn du redest.

2.14 Ich beschließe, daß ich lernen will zu verstehen. Ich beginne, über andere Kinder zu lesen. Doch das ist dumm. Sie leben ein Leben voller fröhlicher Tage. Kinderspiele. Ich glaube nicht, daß echte Kinder so leben. Vielleicht waren das kanadische Kinder, wenn ich eine echte Kanadierin bin, kann ich vielleicht auch so leben. Aber ich bin kein kanadisches Kind. Ich weiß, daß kanadische Kinder nie mit einem Vater wie meinem leben müßten. Mein Vater ist so, wie er ist, weil er aus einem blöden fremden Land kommt. Ich beginne, fremde Länder unter die Lupe zu nehmen. Ich stoße auf das alte Ägypten. In Ägypten behandeln sie Diebe folgendermaßen: Sie kreuzigen sie kopfüber und prügeln sie, bis sie tot sind. Ich bin getröstet. Denn wenn sie so mit Sklaven umgehen, die stehlen, was wird dann erst die Strafe für meinen Vater sein? Was werden sie mit einem Vater tun, der so schreckliche Dinge macht wie mein Vater? Doch nirgendwo lese ich, daß Väter bestraft werden für das, was sie Töchtern antun. Nirgendwo. Ich bemühe mich, schwierigere Bücher zu lesen. Nichts deutet auf ein Leben wie meines hin. Auch nicht im entferntesten. Da gibt's Heilige, da gibt's Alcotts Kleine Frauen, und da gibt's heilige Märtyrerinnen. Sonst gibt's da nichts. Ich irre mich.

Voilà dix ans, en juin 1982 exactement, d'après le postulat de la conseillère nationale, Heidi Deneys la Commission fédérale pour les questions féminines avait déjà consacré sa revue, F-Questions au féminin, au thème de "la violence exercée envers les femmes". Dans le numéro 2/1982, elle publiait son rapport. Cela réclamait donc une vue d'ensemble de cette question de la violence et de la brutalité exercées envers les femmes en Suisse.

Ce n'est certainement pas fortuit que, dans ce rapport ci-dessus mentionné, un accent tout particulier fut mis sur les mauvais traitements physiques et psychiques que les époux ou partenaires infligent à leur femme et d'y avoir omis, tout simplement ou presque, d'autres formes de pouvoirs telles que le viol, le harcèlement sexuel. Par là, se reflétait non seulement le souhait de la postulante mais aussi l'état de la discussion de jadis dans le mouvement des femmes et parmi le public sur le thème de la "violence envers les femmes". C'était le temps de la création des premiers foyers pour femmes battues, maisons qui allaient devenir rapidement surpeuplées. Des journalistes et expertes en sciences sociales prirent position et ont débattu dans leurs articles, leurs livres et films cette problématique de la violence des hommes exercées envers les femmes.

Ce thème-là serait aujourd'hui plutôt placé dans l'ombre. D'autres formes de violences comme le harcèlement sexuel, les abus sexuels envers les adolescentes et adolescents au sein de la famille occupent aujourd'hui beaucoup plus les médias et le grand public que la violence conjugale.

Le but de la présente revue est de démontrer ce développement et de faire place à l'actuelle discussion sur la violence envers les femmes.

Pour commencer, deux articles dans lesquels une Suisse allemande et une Suisse romande, qui s'occupent depuis longtemps de ce thème aussi bien au niveau théorique que pratique, exposent leur point de vue sur ce développement durant ces dernières années, sur le changement des thèmes et les parallèles qu'elles peuvent en tirer dans leur travail, tout en tenant compte des nouvelles tendances dans les structures et le décentrement du mouvement féministe.

Un autre article débat de la manière dont la réalité de cette violence masculine exercée envers les femmes est tenue pour vraie, le cas échéant réprimée, voire souvent dissimulée dans les médias.

Dans la deuxième partie se verbaliseront les aspects actuels des thèmes de la violence dans le mouvement des femmes.

A propos des abus sexuels envers les jeunes filles et les garçons, une exposition itinérante sur mandat du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, se monte actuellement. Son vernissage aura lieu le 24 septembre 1992 à Berne. Elle informera le grand public sur ce thème et donnera une impulsion particulière sur la prévention aussi bien sur le plan individuel qu'au niveau social.

Cet automne seront publiés les résultats de la première recherche suisse sur le thème du harcèlement sexuel. Ils dénoncent clairement que, chez nous aussi, cette forme de violence exercée envers les femmes est largement répandue. Par contre elle est à peine tenue pour vraie ce qui rend la situation encore plus difficile pour les femmes victimes de cette violence et les empêche de se défendre.

Une loi fédérale entrera en vigueur le 1er janvier 1993, celle de "l'aide aux victimes". Les femmes concernées travaillant à ce problème en espèrent quelque chose. L'Etat tiendra-t-il cet élan pour vrai?

Les trois thèmes démontrent que, malgré certaines variantes, un fil rouge existe dans les préoccupations des féministes concernées par la violence: Il est impératif de détruire les tabous, d'initier des groupes d'entraide et de promouvoir des changements de société.

Anne-Marie Barone, dans son article, nous donne une analyse critique sur une tendance du mouvement féministe se développant simultanément; celle de déléguer de plus en plus les problèmes de violence à des professionnelles et à des spécialistes. Aussi perd-on forcément de vue la constatation indéniable du discours féministe que la violence des hommes exercée envers les femmes est une constante omniprésente et fondamentale de la société patriarcale et que la résistance contre cette violence ne peut donc que s'attaquer aux racines sociales du rapport de forces entre les sexes. Il est important que cette critique soit prise au sérieux; d'autant plus que les médias ont lancé une attaque sur cette constatation féministe précitée en faisant croire haut et fort que la violence, la violence conjugale et sexuelle ne serait qu'un phénomène indépendant du rapport de forces entre hommes et femmes.

C'est consciemment que nous avons renoncé aux illustrations pour ce grave sujet.

Katharina Belser  
(Traduction: Anne-Marie de Warren)

*La question de la violence faite aux femmes a été, avec celle de l'avortement, un des grands thèmes de réflexion et de mobilisation du mouvement féministe dans les années 70. Près de quinze ans après, il est intéressant de s'interroger sur l'évolution du discours et des pratiques des groupes issus de ce mouvement féministe, dans le domaine de la violence contre les femmes.*

## **VIOLENCES FAITES AUX FEMMES: ENTRE LUTTE FEMINISTE ET AIDE SOCIALE**

par Anne-Marie Barone

### **LA POLITIQUE DU CORPS**

Il y a maintenant une bonne quinzaine d'années que dans les pays d'Europe occidentale, y compris en Suisse, le mouvement féministe et les groupes qui en sont issus mènent un travail de réflexion et d'action contre les violences faites aux femmes.

La lutte contre les violences faites aux femmes avait un point commun avec l'autre combat lancé par le mouvement féministe autonome dans les années 1970, celui contre la criminalisation de l'avortement: dans les deux cas, *la dépossession des femmes du pouvoir sur leur corps et leur sexualité* était désignée comme une caractéristique fondamentale de leur oppression dans le patriarcat.

La question du Corps était en effet au centre de la réflexion du féminisme radical, pour qui la libération des femmes devait passer par la récupération du pouvoir sur leur corps et leur sexualité.

Ceci impliquait, parallèlement, une rupture avec la conception traditionnelle (masculine) du 'politique', dès lors que les racines de l'oppression des femmes étaient identifiées comme relevant principalement de la sphère dite 'privée' (famille, rapports entre les sexes, etc.)

Avec le slogan 'Le privé est politique', le mouvement féministe exprimait non seulement une critique radicale de la coupure entre 'sphère publique' et 'sphère privée' sur laquelle repose notre société, mais affirmait que les violences exercées contre les femmes dans le 'privé', et donc la lutte contre ces violences, avaient un caractère fondamentalement *politique*. Ces violences étaient analysées comme un phénomène qui, loin d'être anecdotique, individuel ou 'déviant', représentait au contraire un des piliers par lequel se maintient et se perpétue l'oppression des femmes, c'est-à-dire une caractéristique inhérente au patriarcat. En d'autres termes: lutter contre les vio-

lences implique nécessairement de lutter contre le patriarcat.

### **LE VIOL**

Dans ce contexte, les grandes mobilisations féministes qui se sont déroulées en France au milieu des années 70 à l'occasion de procès de viol étaient essentiellement un mouvement de *dénonciation*, visant à briser le mur du silence qui entourait encore le viol, à le faire sortir du domaine du 'privé'.

C'est à l'occasion de ces procès et de la mobilisation qui les a entourés qu'ont été diffusés en Europe et développés les éléments fondamentaux de l'analyse féministe sur le viol, qui avait été élaborée quelques années plus tôt par les féministes nord-américaines. En substance, il s'agissait de démontrer que le viol n'avait rien à voir avec le 'désir sexuel', mais qu'il était avant tout l'expression d'un besoin de *domination*, un 'acte de pouvoir et de colère'!

Par ailleurs, le viol n'atteint pas seulement la victime au plus profond de son identité, il atteint toutes les femmes, en renforçant le contrôle social du groupe des hommes sur celui des femmes. Ainsi, les hommes qui harcèlent, attaquent, violent les femmes étaient décrits comme 'les inquisiteurs, les flics, les garde-chiourmes de l'ordre patriarcal', et non comme des déments, des inadaptés ou des obsédés sexuels, car 'la chasse aux femmes est ouverte toute l'année 24 heures sur 24'.<sup>2</sup>

Il n'est pas fortuit que les premières grandes mobilisations féministes contre le viol aient eu lieu à l'occasion de procès: le traitement des victimes de viol par l'institution policière et judiciaire était en effet autant la cible de la dénonciation que le viol lui-même, et la procédure était dénoncée comme un 'deuxième viol' par les plaignantes.

A Genève aussi, c'est un procès pour viol (le procès dit 'de Pré-Naville', pour un viol commis par une bande d'une dizaine de jeunes hommes sur deux femmes squatters) qui, au début des années 1980, a provoqué une large mobilisation et a eu un grand retentissement public.

Une interrogation, une contradiction importante est vite apparue au sein du mouvement, autour de la question du recours à la justice ou de la recherche de moyens de lutte alternatifs.

En effet, outre le caractère très pénible de la procédure judiciaire pour les victimes de viol, une partie du mouvement a vite ressenti un malaise en constatant que les mobilisations autour des procès aboutissaient d'une part à une aggravation des peines prononcées contre les violeurs, et donnait par ailleurs l'impression que la justice patriarcale pouvait être un allié des femmes dans la lutte contre le viol.

Cette contradiction a provoqué des débats animés, et a amené une partie du mouvement à rechercher des formes de lutte contre le viol *alternatives* au procès. Il s'agissait notamment d'organiser une riposte face au viol entre femmes, de manière collective et organisée. Dans un certain nombre de cas - statistiquement marginaux, mais politiquement significatifs -, des violeurs ont ainsi soit été dénoncés publiquement dans leur quartier ou sur leur lieu de travail, soit même ont reçu une bonne raclée par un groupe de femmes en colère!

### L'AUTO-DEFENSE DES FEMMES

C'est précisément dans cette recherche de formes de lutte alternatives pour prévenir et combattre le viol que s'est développée la réflexion et la pratique sur l'auto-défense des femmes, d'abord aux USA et au Canada, puis en Europe.

A la fin des années 70, en France et en Suisse, se développent des stages de 'Wen-Do', technique d'auto-défense mise au point par des féministes pour les femmes. A la différence des arts martiaux traditionnels, cette méthode mise autant, voire davantage, sur le développement et le renforcement de la *confiance en soi* des femmes, sur le dépassement de la peur, que sur l'apprentissage de techniques sophistiquées. Dans ces stages de Wen-Do, une place importante est accordée à la discussion, à l'échange d'expériences des participantes par rapport à la violence, à une réflexion sur le conditionnement social des femmes à la soumission, etc.

### LA VIOLENCE CONJUGALE

Parallèlement aux mobilisations contre le viol s'est développée dans la deuxième moitié des années 70 la lutte contre les violences conjugales. Plus concrètement encore peut-être que dans le cas du viol, la lutte contre les violences conjugales était la mise en

pratique du mot d'ordre 'le privé est politique'. En dénonçant les violences subies par les femmes dans 'le privé', le mouvement féministe formulait une critique radicale de la famille, institution de base de la société, en la dévoilant comme un lieu d'oppression et de violence pour les femmes.

A la différence du mouvement contre le viol, qui s'est centré à ses débuts sur le terrain de la justice, la lutte contre les violences conjugales ne pouvait pas bénéficier d'une telle tribune publique, car bien plus encore que le viol, la violence au sein de la famille est pratiquement invisible et impunie. C'est ainsi que face aux violences conjugales, le mouvement féministe a mis sur pied des groupes d'entraide, puis de véritables centres d'accueil, destinés à permettre aux femmes violentées de quitter leur conjoint.

Le premier foyer pour femmes battues ouvre ses portes à Genève en 1977, en France en 1978.

Dans leur conception d'origine, ces maisons d'hébergement visaient non seulement à offrir un refuge aux femmes, mais étaient en même temps des centres de conscientisation, de militantisme féministe. L'expérience quotidienne dans ces foyers venait alimenter l'analyse de la famille patriarcale, la violence étant considérée comme intrinsèque à celle-ci, et non pas comme un phénomène pathologique ou déviant.

Par ailleurs, comme en matière de viol, le discours féministe évitait d'isoler les femmes victimes de violence des autres, d'en faire une catégorie à part, mais insistait au contraire sur le fait que *toutes* les femmes sont affectées par la violence qui s'exerce sur certaines d'entre elles. En effet, il n'est pas nécessaire que *toutes* les femmes soient battues ou violées pour que la conscience et la peur de la violence des hommes façonnent le comportement des femmes, s'impriment dans leur esprit, limitent leur liberté.

\* \* \*

Si la lutte contre le viol et les violences conjugales est restée jusqu'à aujourd'hui une préoccupation centrale des féministes, d'autres formes de violence contre les femmes ont été mises à jour et sont devenues à leur tour des terrains de lutte dans les années 1980.

### LA PORNOGRAPHIE

Dans le courant des années 80, la diffusion de la pornographie a connu un développement quantitatif massif, lié notamment à celui de nouveaux moyens de

communication (vidéo-cassettes, minitel, etc.) ainsi qu'une évolution de son contenu dans le sens d'une violence toujours plus grande.

Le mouvement féministe n'a pas tardé à percevoir le danger de ce phénomène social: la pornographie constitue une banalisation, voire une légitimation de la violence et de l'exploitation sexuelle des femmes, et véhicule en outre une image de la sexualité féminine fondée sur des fantasmes masculins, selon laquelle les femmes jouissent d'être violées, humiliées, attachées, mutilées, torturées, avilies, etc. La pornographie est une forme de violence en soi, qui vise à 'érotiser' l'oppression des femmes (à 'rendre le scisme sexy', selon l'expression des féministes nord-américaines), et qui renforce les stéréotypes les plus sexistes.

Le choix des méthodes de lutte contre la pornographie ne fait toutefois pas l'unanimité. Faut-il ou non en appeler à l'Etat, à la censure? N'y a-t-il pas un risque à confier à l'Etat le pouvoir de décider ce qui est ou non pornographique, ce qui doit ou non être interdit? Comment éviter d'être assimilées au courant puritain le plus rétrograde, pour qui toute représentation explicite de la sexualité est une atteinte aux 'bonnes moeurs'?

Le débat sur ces questions et bien d'autres questions qui se posent dans la lutte contre la pornographie ne fait encore que commencer en Suisse romande.

#### L'INCESTE ET LES ABUS SEXUELS CONTRE LES ENFANTS

Dans le courant des années 80, un phénomène séculaire mais jusque là occulté a commencé à être dévoilé: celui des abus sexuels contre les enfants, notamment dans le cadre de la famille.

La mise sur pied, par les groupes contre le viol, de permanences téléphoniques permettant un accueil et une écoute des femmes, a certainement joué un rôle important dans la mise en lumière de ce 'tabou', en favorisant les témoignages de femmes sur ce qu'elles avaient vécu dans leur enfance.

Si la question des abus sexuels contre les enfants au sein de la famille se situe dans le prolongement logique des luttes féministes contre les violences faites aux femmes dans la famille, elle n'en pose pas moins des problèmes et des contradictions nouvelles.

Il s'agit d'une part de trouver des moyens d'action nouveaux, dès lors que contrairement aux femmes maltraitées, les enfants (en majorité des fillettes ou adolescentes) abusés sexuellement par un parent

n'ont guère la possibilité (matérielle, psychologique et légale) de quitter d'elles-mêmes leur foyer.

Il s'agit d'autre part d'approfondir et de renouveler l'analyse du rôle de la femme dans la famille, cette fois non plus sous l'angle exclusif du rapport au conjoint, mais en incluant sa dimension de mère par rapport aux enfants. Ceci a notamment ouvert un débat, qui est loin d'être achevé, sur la responsabilité ou non des mères dans des situations où le conjoint ou compagnon abuse sexuellement d'un enfant, parfois pendant des années...

#### LE HARCELEMENT SEXUEL AU TRAVAIL

C'est également du milieu des années 80 que date, en France, la dénonciation d'une autre forme de violence contre les femmes, séculaire elle aussi, qui a été désignée, à la suite des féministes anglo-saxonnes, sous le terme de 'harcèlement sexuel'.

A la différence du viol et de l'inceste, qui étaient au moins *nommés* dans la loi et le vocabulaire courant, et ceci bien avant de devenir un terrain de lutte féministe, le phénomène social qui a été désigné du terme de 'harcèlement sexuel' n'avait même aucune dénomination dans le langage de tous les jours.

Il s'agit donc, comme l'a relevé la juriste féministe américaine Catherine MacKinnon, du premier genre de violence qui a été nommé et défini par les femmes elles-mêmes.<sup>3</sup>

Le fait que la dénonciation du harcèlement sexuel au travail ait pris une telle ampleur dans la 2ème moitié des années 80 est probablement lié à la fois à l'épuisement du mythe de l'émancipation des femmes par le travail salarié, et à l'accentuation du chômage et de la précarité de l'emploi, qui aggrave la vulnérabilité des salarié-e-s, tout particulièrement des femmes, aux abus de tous ordres.

Comme l'a écrit Marie-Victoire Louis, une des fondatrices de l'Association contre les violences faites aux femmes au travail, créée en France en 1985, le harcèlement sexuel est significatif du fait que 'la frontière entre l'appropriation du corps des femmes et l'utilisation de leur force de travail est encore extrêmement floue.'<sup>4</sup>

De manière analogue à ce qui s'est passé pour le viol, la lutte contre le harcèlement sexuel au travail s'est exprimée avec force sur le terrain de la justice, utilisant en sa faveur le vide juridique total en la matière. A Genève, c'est à l'occasion d'un procès devant la juridiction du travail (Tribunal des Prud'hommes) que s'est constitué, en 1988, le Co-

mité contre le harcèlement sexuel.

Mais à la différence du viol, lutte dans laquelle le mouvement féministe ne pouvait et voulait compter que sur ses propres forces, la lutte contre le harcèlement sexuel au travail, par ses caractéristiques mêmes, a amené les féministes à porter le débat dans d'autres milieux, tout particulièrement les syndicats, et à tenter de les impliquer dans ce combat. Il est encore trop tôt pour tirer un bilan définitif de cette stratégie, mais l'écho et l'impact qu'a obtenu en quelques années ce mouvement contre le harcèlement sexuel est à souligner.

### QUINZE ANS APRES... OU EN SOMMES-NOUS?

Il n'est pas possible d'analyser ici l'ensemble des changements sociaux, idéologiques etc. qui ont transformé la société ces 15 dernières années, et l'influence de ces changements sur le mouvement des femmes. C'est donc de manière nécessairement sommaire que j'essaierai d'identifier quelques tendances dans l'évolution du discours et de la pratique féministes sur le thème des violences faites aux femmes.

Une première constatation s'impose: bien que de nouveaux aspects de la violence contre les femmes aient été abordés ces dernières années, ceci n'a pas occulté la question du viol et des violences conjugales, qui restent au centre non seulement de la réalité quotidienne de nombreuses femmes, hélas, mais aussi au centre des préoccupations des groupes féministes. Les formes et, parfois, les contenus de la lutte contre le viol et les violences conjugales ont en revanche notablement évolué depuis les années 70.

Pour assurer une continuité au travail autour de la question du viol, au-delà des grandes mobilisations et manifestations de rue qui ne pouvaient avoir qu'un caractère ponctuel, les groupes féministes ont mis sur pied une pratique d'accueil des femmes victimes d'agressions sexuelles, notamment par le biais de permanences téléphoniques.

Cette pratique de l'accueil et de l'écoute, qui a joué un rôle déterminant pour permettre de dévoiler de nouveaux aspects de la violence contre les femmes jusque là tabous, a par ailleurs peu à peu modifié la perception des problèmes, des priorités: les efforts se sont concentrés sur les femmes qui s'adressaient aux permanences, sur leurs besoins concrets, sur l'aide à leur apporter individuellement. Cette évolution, qui en soi n'a rien de critiquable, a cependant entraîné au fil du temps une sorte de coupure, le plus souvent involontaire mais bien réelle, entre les femmes qui faisaient partie de ces groupes et per-

manences, et celle qui y avaient recours, ou, plus schématiquement, entre celles qui répondaient au téléphone et celles qui appelaient. Cette coupure est caractéristique des services sociaux traditionnels (il y a les 'professionnels du social' et les 'usagers'), mais est parfaitement antagoniste avec la conception féministe qui voit dans le viol d'une femme une attaque contre *toutes* les femmes, et qui envisage la lutte contre les violences comme une lutte *collective* contre une société patriarcale qui repose sur la violence faite aux femmes.

En ce qui concerne les foyers d'hébergement pour femmes battues, on peut constater qu'au fil des années, ces groupes ont été amenés à consacrer toujours plus de temps et d'énergie à assurer la gestion et la survie même des foyers, s'épuisant dans des recherches de fonds et demandes de subvention, ce qui s'est fait au détriment du but poursuivi initialement, celui de dénoncer et de lutter (là aussi, d'une manière collective qui aille au-delà de l'aide individuelle nécessaire) contre les violences conjugales.

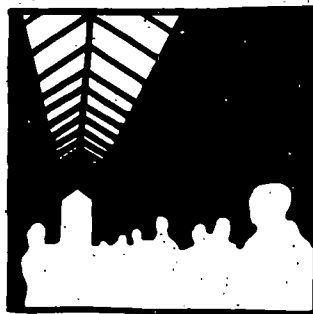
La professionnalisation des femmes travaillant dans ces foyers, certes inévitable vu la lourdeur de la structure à gérer, a accéléré la transformation de ce qui était à l'origine des groupes féministes militants en institutions d'aide sociale.

Parallèlement à cette évolution des groupes issus du mouvement féministe, on constate que le discours féministe a, dans une certaine mesure, influencé les institutions sociales et étatiques traditionnelles, en faisant progresser la reconnaissance sociale du problème de la violence faite aux femmes. On peut citer à titre d'exemple la Campagne nationale d'information et de sensibilisation sur les violences conjugales, menée en France en 1989 par le secrétariat d'Etat chargé des droits des femmes, ou certaines actions menées à Genève par le Bureau de l'égalité entre hommes et femmes.

Si la visibilité du problème de la violence contre les femmes a progressé ces dernières années, ce qui est à mettre à l'actif du mouvement féministe, la manière d'aborder ce problème a subi un glissement fondamental. Le discours à la mode aujourd'hui est celui de 'l'aide aux victimes' (une loi fédérale portant ce nom entrera en vigueur en Suisse en 1993), et les femmes qui subissent des violences sexuelles ou conjugales sont assimilées à une catégorie de 'cas sociaux' nécessitant une aide matérielle et psychologique. Sans nier qu'à titre individuel des femmes puissent trouver une utilité réelle dans des mesures d'aide sociale ou psychologique, il n'en reste pas moins que cette approche assistantielle est entièrement étrangère à toute perspective de changement de l'ordre patriarcal existant, se bornant à y apporter certains aménagements.

Comme l'écrit avec clairvoyance Odile Dhaqvernas, 'on peut se demander si nous ne sommes pas tout simplement entrés dans une ère de *gestion de la souffrance*: si les pratiques sociales évoluent à l'égard des violences faites aux femmes, tous les progrès - réels ou apparants - se concentrent sur la prise en charge et le *traitement des suites de la violence*.<sup>5</sup>

Les groupes qui continuent aujourd'hui à travailler sur la question des violences faites aux femmes, et qui se réclament encore du féminisme, sont donc placés devant cette question: y a-t-il une alternative possible à ce courant dominant de 'gestion de la souffrance'? Ou, plus fondamentalement, avons-nous encore le désir, l'imagination, la force de croire et de lutter pour une société non patriarcale? Ou avons-nous fini par intégrer l'immutabilité du patriarcat, comme la gauche semble avoir intégré l'immutabilité du capitalisme?



1.17 Er sagt, ich bin dumm? Was er will, ist dumm. Warum holst du dir nicht jemand anders für deine dummen Spiele? Ich mag dich. Vatis Mädchen. Willste Vatis Mädchen sein? Nein. Sieh mal an. Sag nicht nein. Sag gar nichts. Ich habe gefragt, willst du nicht Vatis Mädchen sein? Ich erwarte ein Ja. Sag ja. Sag, vielen Dank, Vati. Das ist es, was er will. Sag's nicht. Sag gar nichts. Mach nicht mit bei seiner Sünde. Wenn du nicht ja sagst, ist es nur eine läbliche Sünde. Du mußt ja sagen. Er will ein Ja. Er wird ein Ja kriegen. Er wird seine Hände gebrauchen, um ein Ja zu bekommen. Er wird dir die Haare ausreißen. Er wird ein Ja kriegen. Jetzt ist es deine Sünde. Jetzt ist es deine Schuld.

1.18 Erinnerung. Kontinuität. Jahr des Kaninchens. Vor der Erinnerung davonlaufen. Vor ihm kann ich nicht davonlaufen. Wohin denn? Niemand glaubt, daß er mich schlägt. Wie kann ich sie dann von all dem anderen überzeugen? Wohin sollte ich gehen? Er sagte, er würde mich finden und umbringen, selbst wenn ich noch so renne. Keine Hoffnung. Nur Haß. Haß als etwas Lebendiges, Wachsendes. Haß hält mich am Leben. Für morgen: den Tag, wenn jemand mir glaubt. Morgendämmer. Eines Tages: Alles, was ich lebe, ist Nacht. Wie kannst du nur des Nachts leben. Ganz einfach. Fünfundzwanzig Jahre der Dunkelheit. Nicht einfach. Haß als Weggefährte. Niemand glaubt mir mit achtzehn. Mit zwanzig. Dreiundzwanzig. Mit fünfundzwanzig erklärt man mich für abgefickt. Zu nichts nütze. Wieder einmal. Ich schwöre, mit meinem Haß die Stadt zu verlassen. Ich schwöre; die Sonnenseite zu suchen. Ich gehe zu einem Seelenklempner. Zu noch einem Seelenklempner. Zu noch einem. Schließlich zu einer Frau. Mitgefühl. Jetzt hat der Haß mir die Lippen versiegelt, sie mir auf die Zähne geheftet. Ich kann nicht mehr sprechen. Siebenundzwanzig. Neunundzwanzig. Der Wille ist paralysiert. Abgefickt, zu nichts nütze. Für alle. Sogar für mich. Zu nichts nütze.

1.20 Alptraum. Ich bin wach. Wie kann dies ein Traum sein? Ich wünschte, es wäre ein Traum. Wenn es ein Traum wäre, könnte ich vergessen. Bitte, sag, daß dies ein Traum ist. Sag, daß ich mich irre. Sag, daß ich mich nicht erinnern kann. Sag, daß es viel zu lange her ist. Sag, daß Kinder so etwas falsch verstehen. Sag, daß ich mich gar nicht erinnern muß.

1.21 Vierzig. Das Jahr des Hasen. Das Jahr des Lichts in der Dunkelheit. Wiedergeburt. Erinnerung als Talisman. Hoffnungsschimmer. Jemand glaubt mir. Ich kann das Geheimnis nicht mehr für mich behalten. Das Geheimnis bringt mich um. Hände um meine Kehle. Vierzig. Alpträume. Graue Himmel. Märzhasen. Durchdrehen. Ich brauche Wut. Ich weiß nur, wie ich die Wut gegen mich richte.

- 1) Selon le titre de l'ouvrage de Célyne LACERTE-LAMONTAGNE et Yves LAMONTAGNE, 'Le viol: acte de pouvoir et de colère', Ed. La Presse, 1980.
- 2) Des féministes révolutionnaires, 'Justice patriarcale et peine de viol', in: Alternatives No 1, Paris, juin 1977.
- 3) Association européenne contre les violences faites aux femmes au travail, 'De l'abus de pouvoir sexuel', Ed. La Découverte, Paris, 1990, p. 52.
- 4) Marie-Victoire LOUIS, 'Le harcèlement sexuel', in: Actes No 70, Paris, printemps 1990.
- 5) Odile DHAVERNAS, 'La dénonciation et au-delà', in: Actes No 70, Paris, printemps 1990.

Das Problem der Gewalt gegen Frauen war - zusammen mit der Abtreibungsfrage - eines der grossen Themen der Frauenbewegung in den 70er Jahren. Rund 15 Jahre später wollen wir uns mit der Entwicklung der Diskussion und mit der Praxis jener Gruppen auseinandersetzen, welche aus der Frauenbewegung hervorgegangen und im Bereich der Gewalt gegen Frauen aktiv sind.

**"...EINE REVOLTE GEGEN DAS MÜRBEPRÜGELN DER WEIBER..."**

**ODER:  
KEIN THEMA WIE IRGEND EIN ANDERES**

von Christa Hanetseder

Die Beschäftigung mit dem Themenbereich Gewalt gegen Frauen stellt in der Frauenbewegung eine Konstante dar. Als "fast unermessliches Gebiet, ... uferlos" erweist sich die Auseinandersetzung damit, wie die Autorinnen in einem Editorial der 'Frauc-Zitig'<sup>1</sup> bekennen, oder als 'Jahrtausendthema', wie ein Artikel in der 'Emanzipation'<sup>2</sup> übertitelt wurde. Und tatsächlich: was ich als Titel über meine Ausführungen setze, heisst im vollen Wortlaut:

"Wer weiss, am Ende ist die ganze moderne Frauenbewegung nichts als eine Revolte gegen das Mürbeprügeln der Weiber, und sie bezweckt nichts als die Emanzipation des Weibes vom Stock."

Die das geschrieben hat - Hedwig Dohm<sup>3</sup> -, meint mit der modernen Frauenbewegung nicht etwa die Neue Frauenbewegung, die sich Ende der 60er-Jahre gebildet hat, sondern die Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts. Ihre Aussage ist einer längeren Abhandlung entnommen, die sie 1876, also vor 116 Jahren, geschrieben hat. Ausserordentlich früh wurde damit der zentrale Stellenwert erkannt, den Gewalt gegen Frauen in patriarchalen Gesellschaften einnimmt, und auf einen einfachen Nenner gebracht, was hauptsächlichstes Ziel der Frauenbewegung sei, nämlich die Befreiung von Frauen aus Gewaltverhältnissen.

In meinem Artikel konzentriere ich mich auf die Neue Frauenbewegung, also den Zeitraum zwischen 1970 und heute, und auf die Situation in der Schweiz. Dabei postuliere ich, dass die grundlegende Stärke der Frauenbewegung in ihrer 'doppelten Strategie' liegt:

- zum einen *distanziert* sie sich vom vorgegebenen (Denk-)Rahmen, indem sie die Gesellschaft und

die darin eingerichtete Geschlechterordnung einer fundamentalen Analyse und daraus hervorgehenden Kritik unterzieht. In dieser 'Vogelperspektive' wird deutlich, dass 'die Geschichte des Geschlechterverhältnisses eine Geschichte der Gewalt'<sup>4</sup> ist. Oekonomische, psychische, physische, sexuelle Gewalt wird als Spezialfall einer allgemeinen Viktimisierung von Frauen in patriarchalen Gesellschaften erkannt und hat die Funktion, weibliche Unterordnung zu sichern. Gewalterleiden, Demütigungen, Benachteiligungen sind für die soziale Lage von Frauen charakteristisch und nicht die Ausnahme.

- zum andern *nähert* sich die feministische Analyse dem Problem auf eine Nähe von 'Gesicht zu Gesicht', indem sie wahrnimmt, dass Gewalt nicht weit weg, fernen Frauen, wiederfährt, sondern indem sich Frauen ihrer unmittelbaren Betroffenheit stellen. In der Selbsterfahrung und Selbstreflexion liegen die Mittel einer vertieften Erkenntnistmöglichkeit.

Eine der Definitionen lautet so:

"Gewalt gegen Frauen umfasst alle durch die patriarchalisch-kapitalistischen Verhältnisse bedingten Einschränkungen, die eine Entfaltung der psychischen und körperlichen Entwicklung von Frauen im Vergleich zu ihren potentiellen Möglichkeiten verhindern."<sup>5</sup>

Und als zugrunde liegende Ursache wird gefolgert: "...resultiert Gewalt aus der Leugnung des eigenständigen Subjektseins und der Autonomie des anderen Menschen."<sup>6</sup>

Der Neuen Frauenbewegung ist es gelungen, Gewalt gegen Frauen als Skandal ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit zu holen. Selbstverständlich: das Problem existiert weiterhin in erschreckendem Ausmass und von einem 'qualitativen Sprung' im Verhältnis der Geschlechter kann keine Rede sein. Aber in der Gesellschaft ist ein Bewusstwerdungsprozess in Gang gesetzt worden.

Zur Illustration: Während meiner Vorarbeiten zu diesem Artikel habe ich im Sozialarchiv Zürich die Schachteln mit den gesammelten Artikeln der Tagespresse zum Thema Gewalt gegen Frauen durch-

gesehen. Von 1964(!)-1981 (17 Jahre) reicht eine Schachtel aus, wobei je ein Artikel 1964 und 1969 publiziert wurde, und der 'Blick' 1968 eine Serie über die schwierigen Arbeitsbedingungen von Hotelzimmermädchen bringt; die eigentliche Berichterstattung setzt erst 1975 ein. Je eine weitere Schachtel enthält dann aber die Artikel der Jahre 1982-1985 und 1986-1989.

Damit möchte ich sagen: das zugrundeliegende Problem besteht nach wie vor, aber es ist das Verdienst der Neuen Frauenbewegung, dass es kontinuierlich und konstant thematisiert wurde und nicht mehr in die Vergessenheit und Nichtbeachtung zurücksinken konnte, so wie dies - trotz richtiger Analysen - beispielsweise 1876 wieder geschah.

Da Selbsterfahrung einen wesentlichen Beitrag zur Theoriebildung und Problemanalyse leistet, wurde sehr schnell festgestellt, dass die Problembenennung im Kampf zur Abschaffung der gesellschaftlichen und individuellen Diskriminierung von Frauen nicht ausreicht. Der gesellschaftlich bedingte Notstand wurde aufgezeigt, und *gleichzeitig* wurden eigenständige, neuartige Beiträge der Selbsthilfe entwickelt. Dies führte zu einem fortschreitenden *Differenzierungsprozess* auf mehreren Ebenen:

- Transparenz und Enttabuisierung
- Etablierung kreativer Selbsthilfe
- Kontinuität in der Dokumentation.

Hier der Anschaulichkeit zuliebe in Ebenen/Bereiche Getrenntes, ist in Realität vielfältig miteinander verknüpft und beeinflusst sich wechselseitig; auch bedeutet die Reihenfolge keine Wertung ihrer Wichtigkeit.

### TRANSPARENZ UND ENT TABUISIERUNG

Wer sich mit der gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen auseinandersetzt, stösst auf die basale Rolle, die Gewalt dabei spielt und entdeckt, dass sie in allen gesellschaftlichen Sphären präsent ist, ja, dass bereits in der Dichotomisierung von privat und öffentlich, von innen und aussen ein Gewaltmoment enthalten ist. Hierzu lagen bereits sehr früh Analysen verschiedener Theoretikerinnen/Wissenschaftlerinnen vor, beispielsweise von Simone de Beauvoir, Alice Schwarzer, Susan Brownmiller, Edit Schläffer, Cheryl Benard, um einige Namen willkürlich herauszugreifen.

Wo immer die (frauen-)engagierte Auseinandersetzung beginnen mag - ob bei den 'grossen' Institutio-

nen (z.B. Politik, Militär, Kirche, Justiz, Psychiatrie, Berufswelt, Sprache usw.) oder im 'privaten' Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen - immer wird Gewalt als den Verhältnissen immanent zum Vorschein kommen. Und: wir haben heute wesentlich präzisere und häufig mit erschreckenden Statistiken belegbare Vorstellungen davon, welche Gewaltformen bestehen, wer die Gewaltbetroffenen sind, wer die Gewaltausübenden, wo sich die Orte der Gewalt befinden. Ausserdem wissen wir heute durch die politische Auseinandersetzung und die therapeutische Arbeit mit den Opfern sehr viel genauer über die Folgen sehr früh einsetzender oder langandauernder oder wiederholter Gewalt Bescheid: körperliche und seelische Krankheiten können eintreten, Schuld-, Scham- und Ohnmachtsgefühle, Verluste an Vertrauen und der Fähigkeit zur Artikulation, Rückzug auf sich selbst, Angst und Ängste, Identifikation mit dem Aggressor.

Vermehrt rückt auch ins Bewusstsein, dass süchtige oder sich prostituierende oder suizidale Frauen oft eine gewalttätige Kindheit oder aktuelle Beziehung zu bewältigen haben.

Die nachfolgende Tabelle will einen Ueberblick geben über Gewalt, wie sie von Frauen - ermöglicht durch zugrunde liegende Gesellschaftsstrukturen - im Beziehungskontext erfahren werden kann:

Gewaltbetroffenen	Gewaltausübende	Orte der Gewalt	Gewaltformen
Ehefrau / Freundin	Ehemann / Freund	Ehe / Partnerschaft	ökonomisch, physisch, psychisch, sexuell
Kinder, v.a. Mädchen	Vater, Onkel, Grossvater Freund der Familie, Nachbar	Familie Nachbarschaft	physisch, psychisch, sexuell
Schwester	Bruder	Familie	physisch, psychisch, sexuell
Mädchen	Lehrer	Schule	psychisch, sexuell
Mutter	heranwachsende Söhne	Familie	physisch, psychisch, ökonomisch
Berufstätige	Arbeitskollegen, Vorgesetzte	Arbeitsplatz	psychisch, sexuell
Prostituierte	Freier	Strasse, 'Strich'	ökonomisch, physisch, sexuell
Patientinnen	Arzt, Therapeut	Therapie, Praxis, Klinik	sexuell, psychisch

#### ETABLIERUNG KREATIVER SELBSTHILFE

Die Erkenntnis, in welchem grundlegendem Ausmass Frauen Opfer individueller wie gesellschaftlicher Gewalt sind, löste jedoch in der Frauenbewegung eine Betroffenheit aus, die die Frauen motivierte, selbst Abhilfe zu schaffen. Es war wohl auch die realistische Folgerung, dass, wenn nicht Frauen selbst die Problemlösung konkret an die Hand nehmen, niemand sonst dies tun würde. So entstanden zwischen 1977 und heute zahlreiche Projekte, die je einen spezifischen Teil der Gewaltproblematik thematisierten und ein Hilfsangebot aufbauten:

Frauenhäuser für misshandelte Frauen, Nottelefon für vergewaltigte Frauen, das Dritte Welt Frauen-Informationszentrum FIZ, die Beratungsstelle für Prostituierte Xenia, die (inzwischen aufgehobene) Beratungsstelle für sich prostituierende drogenabhängige Frauen Lila Bus, Beratungsstellen für sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz; zur Zeit sind in verschiedenen Städten Mädchenhäuser für inzestbetroffene/sexuell ausgebeutete Mädchen geplant.

In der Entstehung dieser Projekte spiegelt sich auch, welche Aspekte der weiblichen Gewalterfahrung zu einem bestimmten Zeitpunkt vordringlich diskutiert werden: physische und psychische Misshandlung in Partnerschaften, sexuelle Gewalt, insbesondere Vergewaltigung, Pornografie, Gewalt durch Rassismus-Sexismus, Gewalt am Arbeitsplatz...

Dabei kann die Existenz dieser realisierten Projekte, diese Einmischung in gesellschaftliche Verhältnisse, ermutigender Anstoss sein, weitere nötige und den Gewaltaspekt einer bestimmten Situation spezifisch aufgreifenden Einrichtung aufzubauen. Zudem erhalten die in den Projekten engagierten Frauen konkrete Einblicke in die Beziehungs- und Lebensrealität von Frauen, und es wird sichtbar, welches die Folgen einer bestimmten Gesetzgebung und Politik sind. Als Beispiel: die zahlenmässige Häufung von Frauen aus der Dritten Welt in den Frauenhäusern machten die Folgen des 'Sextourismus', der Prostitution von Frauen aus fernen Ländern und des Frauenhandels belegbar und konnten so die Initiative der 'Erklärung von Bern' unterstützen, eine spezifische Fachstelle zu initiieren (FIZ).

Allerdings: Frauenprojekte sind hohen Selbst- und Fremderwartungen ausgesetzt. Sie stehen im Spannungsfeld zwischen ihrem selbstgesetzten 'Anspruch, einen Teil der konkreten Utopie (einer nicht-sexistischen, gewaltfreieren Gesellschaft) zu antizipieren', wie es Erika Steinert und Ute Straub für die Frauenhäuser formulieren, und der Kritik/Selbstkritik von Frauenbewegung und den in den Projekten Tätigen: die Alibifunktion für die Gesellschaft wird befürchtet<sup>7</sup>, ja, dass sie sogar durch ihre Existenz geradezu zum Fortbestand ungerechter, frauenfeindlicher Zu-

stände beitragen könnten im Sinne 'für jedes soziale Problem die passende Institution', manchmal entstehe sogar der Eindruck, '...dass bei vielen Projekten in Vergessenheit geraten ist, ... einen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess zu leisten'<sup>8</sup>. Dennoch dokumentieren Frauenprojekte unüberschaubar, wie gravierend die Auswirkungen einer patriarchal geprägten Gesellschaftsordnung sind.

### KONTINUITÄT IN DER DOKUMENTATION

Dass das Thema Gewalt gegen Frauen ab Mitte der 70er-Jahre in den Medien mehr Raum erhielt, ist nicht zuletzt damit verknüpft, dass die Frauenbewegung in Publikationen und Filmen den Stand der (feministischen) Diskussion und der bestehenden Erkenntnisse aufbereitete.

Seit 1975 hat die Schweizer Frauenbewegung in den beiden Periodika 'Fraue-Zitig' (seit 1982 'Fraz') und 'Emanzipation' eine Plattform zur theoretischen Auseinandersetzung und zur Koordination verschiedenster Aktionen/Aktivitäten, Strömungen, Tendenzen, Interessens- und Schwerpunktgebiete von Frauen und Frauengruppen können kontinuierlich und - was den Zeitungsmacherinnen und -leserinnen wesentlich ist - unzensuriert dargestellt werden:

Was auffällt: Gewalt gegen Frauen ist immer wieder und konstant Thema, wobei besonders zu den Themenbereichen Misshandlung von Frauen in Beziehungen, Vergewaltigung, Prostitution/Pornografie und seit Mitte der 80er-Jahre zu sexuellem Kindes(Mädchen-)missbrauch mit Nachdruck recherchiert wird. So bringt die 'Emanzipation' im Jahr 1983 in jeder Nummer Artikel zum Thema Vergewaltigung und leuchtet es unter verschiedensten Aspekten aus (Selbsthilfegruppen, Öffentlichkeitsarbeit, Telefilm, Motionen und Podiumsgespräche, Theoriediskussion u.ä.).

Kein anderes Themengebiet der Frauenbewegung - mit Ausnahme der Feminismuskritik und der Frauenprojekte - behält seine Aktualität im selben Ausmass bei; kein anderes Themengebiet erhält mehrmals den Platz einer Sondernummer,<sup>9</sup> kein anderes Themengebiet ist so häufig eines der Titelthemen oder erscheint im Inhaltsverzeichnis.

Ein weiteres Indiz für die fortwährende Aktualität und Hinweis auf den Stand der Diskussion ist die hierzu erscheinende *Literatur*.

- *Aufklärungsarbeit* durch Problemdarlegung (statistische) Problemnachweise und -verbreitung, durch die Veröffentlichung von Erfahrungsberichten,<sup>10</sup>

- *Skandalisierung* des sich Ereignenden, d.h. Sensibilisierungs- und Bewusstseinsprozesse aktivieren;<sup>11</sup>

- *Grundlagenstudien* für alternative Lösungsansätze;<sup>12</sup>

- *Bilanzierung* des Erreichten, Reflexion der Tätigkeit.<sup>13</sup>

In den letzten Jahren griffen Autorinnen auch in aktuelle Meinungsbildungsprozesse ein, indem sie ihre Sicht auf das Problem und eigene Entwürfe formulierten: z.B. zur Revision des Sexualstrafrechtes wurde durch die Demokratischen Juristinnen eine fundierte Broschüre zusammengestellt<sup>14</sup> (aufgegriffen wurde die Diskussion bereits in der Novembernummer der 'Emanzipation' 1986); oder zuhanden der bundesrätlichen 'Arbeitsgruppe Kindesmisshandlung' gaben die Dachorganisationen der Schweizer Frauenhäuser und der Nottelefone eine Stellungnahme ab.<sup>15</sup>

Dauerhafte Dokumente stellen aber auch *Filme* dar. Hier möchte ich auf vier Arbeiten hinweisen: 1977 wurde im Schweizer Fernsehen der von Marianne Pletscher gedrehte Film 'Weggehen ist nicht so einfach' ausgestrahlt, ein Film, der ergreifend die schwierigen Lebenssituationen und Ablösungsversuche misshandelter Frauen schildert. Im 1980 anlautenden Film von Gertrud Pinkus 'Das höchste Gut einer Frau ist ihr Schweigen' verweist nicht nur der Filminhalt - die Lebensumstände einer Emigrantin in der Schweiz - auf die Einschränkungen, sondern bereits in der Filmarbeit entstehen massive Schwierigkeiten, weil Ehemann und Verwandte der Frau grösste Widerstände entgegengesetzt (Verbieten der Aufnahmen) oder Auflagen machen (alle Szenen mit Männern müssen durch männliche Verwandte gespielt werden).

Kristin Wirthenson und Margrit Bühler zeichnen in ihrem Film 'Noch führen die Wege an der Angst vorbei' nach, wie Frauen ihre Wege stets im Hinblick auf mögliche Attacken und in der Furcht vor Vergewaltigungen planen müssen. Im jüngsten Beispiel, dem 1991 erschienenen Film von Josy Meier 'Der Kunde ist König', wird dokumentarisch aufgezeichnet, wie sich die Situation für sich prostituierende junge Drogenabhängige darstellt und welche Erklärungen Freier dafür geben, dass sie zu den teilweise noch sehr jungen Frauen gehen und nicht zu einer professionellen Prostituierten.

Enttabuisierungen, Selbsthilfe und das Einfordern gesellschaftlicher Veränderungen, Dokumentationen sind Ausdruck davon, dass sich Frauen eigene Räume - bildlich wie materiell - aneignen, dass sie ihre Sichten auf Realität formulieren. In diesen Aktionen brechen Frauen aus den Vorschriften weiblich-

cher Rollenstereotype auf; setzen an die Stelle von Vereinzlung den Zusammenschluss und die Solidarisierung, von Sprachlosigkeit die Artikulation, von Ohnmacht und Hilflosigkeit die Handlung. Sie sind damit, was ich mit die Aneignung des bisher Ausgegrenzten bezeichnen möchte.

### ANEIGNUNG DES AUSGEGRENZTEN

Nottelphone, Frauenhäuser, FIZ, Xenia ... Publikationen, Filme - sie alle haben mit Grenzüberschreitungen zu tun, mit dem Verlassen bisheriger Rollenvorstellungen, mit dem Sichtbarmachen weggedrängter Realität. Aneignung des Ausgegrenzten meint, Anspruch darauf zu erheben, dass die Wirklichkeit von weiblichem Leben endlich wahrgenommen werden muss *und* dass Frauen aktiv aus Zurückbindung ausbrechen, zugewiesene Plätze verlassen und neue beanspruchen, Gewaltverhältnisse nicht mehr auszuhalten bereit sind.

Aneignung des Ausgegrenzten beinhaltet materielle, handlungsmässige und emotional/kognitive Seiten:

#### *materiell*

Dies meint die ganz unmittelbare, direkte Beanspruchung von Räumen - z.B. öffentliche Strassen und Plätze für Demonstrationen, für den Frauentag am 8. März; Kino für Frauenfilmtage (März 1988 unter Motto 'Gewalt gegen Frauen'); Vortragssäle für Kampagnen (z.B. 1989 in verschiedenen Städten Pornographie-Kampagne) und Veranstaltungsreihen (z.B. 1989 im Zusammenhang mit einer Häufung grausamer Vergewaltigungen/Ermordungen vom Nottelphone Zürich organisierte Reihe); - z.B. Nottelphone, Frauenhäuser, Beratungsstellen als neue und sichere Räume für Frauen.

#### *handlungsmässig*

Dies meint die Aneignung selbstbestimmter Verhaltensweisen (z.B. kämpferische Aktivitäten entwickeln in der Selbstverteidigung - Wen-Do, frauenbewusste Sprache u.v.m.) und Antworten auf sich ereignendes gewalttätiges Unrecht, z.B. machte die OFRA Strafanzeige, nachdem Offiziere der Schweizer Armee auf Frauenbilder geschossen hatten. Es sind alle Demonstrationen gemeint, wo Frauen ihre Stimme erheben, und alle Seminare, Kampagnen, Kurse...

#### *emotional/kognitiv*

Dies meint die Aneignung all jener Gefühle und Gedanken, die uns so lange nicht erlaubt waren; zu entdecken, was sich wirklich im Innern ereignet, was tatsächlich unsere Wünsche, Ansprüche, Vorstellungen sind. Ich denke, dass in diesem Bereich sich wirklich Neuartiges ereignet: anfangs der 80er-Jahre kam das Thema der Macht<sup>16</sup> in die Diskussion und

die Erkenntnis, dass hier Ansprüche und Vorstellungen bestehen; Mitte der 80er-Jahre löste die Mittäterschafts-These von Christina Thürmer-Rohr<sup>17</sup> eine breite Diskussion aus und führte schliesslich zur (spektakulären) Zurückweisung der (ausschliesslichen) Opferrolle und zu einer Sicht, wo Frauen durch Loyalitäten Mit-dem-Täter verknüpft sind.

Und hier - in diesen Aneignungen, in der Begegnung mit bisher aus unserem Selbst- und Fremdbild Ausgegrenztem, liegt wohl viel Stoff für weitere feministische Diskussionen: Hier geht es um die Beschäftigung mit Unvertrautem: mit Gefühlen, die wir nicht so ohne weiteres als positive Bestandteile ins Gefühlleben aufnehmen mögen (Hass, Zorn, Wut, Neid, Aerger...), mit Verhaltensweisen, zu denen wir ein ambivalentes Verhältnis unterhalten (Aggressionen, Kampf, Stellen von Machtansprüchen, aktives Einbringen unserer Sicht...).

Und wahrscheinlich liegt gerade in diesen Entdeckungen das Potential, um Frauen aus Gewaltverhältnissen zu befreien.

### Literaturverweise

- 1 Editorial in 'Fraz', Nr. 4, Dez.-Feb. 1982/83.
- 2 von Felten, Margrit & Rusterholz, Ingrid: Ein Jahrtausendthema. In: 'Emanzipation', Nr. 2, Feb. 1989, S. 16-19.
- 3 Dohm, Hedwig: Der Frauen Natur und Recht. Zur Frauenfrage zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen, Berlin, 1876, S. 94.
- 4 Benard, Cheryl & Schlaffer, Edit: Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe. Reinbeck b.Hamburg: Rowohlt, 1978.
- 5 Ohl, Dagmar & Rösener, Ursula: Und bist Du nicht willig. Frankfurt a.M.: Ullstein, 1979, S. 133.
- 6 Benjamin, Jessica: Herrschaft - Knechtschaft. In: List, Elisabeth & Studer, Herlinde: Denkverhältnisse. Frankfurt a.M.: edition suhrkamp, 1989, S. 517.
- 7 Vgl. etwa: Maurer, Katrin & Stähli, Aida: 10 Jahre Frauenhaus Zürich. In: 'Emanzipation', Nr. 2, Feb. 1989, S.s 22/23.
- 8 Zur Diskussion Frauenprojekte - Frauenbewegung vgl. etwa: 'Emanzipation', Nr. 1, 3, 4, 7, 1985 und 'Fraue-Zitig', Nr. 18, März-Mai 1980; auch 'Fraue-Zitig', Nr. 11, 1978.

- Zitat von Stingelin, Christine: Frauenbewegung und Frauenprojekte. In: 'Emanzipation', Nr. 7, S. 4/5.
- Weiter: Sippel, Lisbeth: Wo ist sie denn, die Frauenbewegung? 'Selbstgenügsame Frauenprojekte' - eine Antwort. In WochenZeitung, Nr. 44, 1985.
- Goll, Christine: Frauenhäuser zwischen Anpassung und Widerstand. In: Tages-Anzeiger, 15. Dez. 1987, S. 2.
- Weiter: Podiumsgespräch im Volkshaus Zürich am 10. März 1989 zum Thema: Frauenhäuser. Frauenbewegung. Was haben wir uns noch zu sagen?
- 9 Sondernummer zum Thema Gewalt: 'Fraue-Zitig', Nr. 17, Dez.-Feb. 1979/80; 'Fraz', Nr. 4, Dez.-Feb. 1982/83; bereits 1975 gab die 'Fraue-Zitig', Nr. 4, ein Heft zur Sexualität heraus, worin Artikel zu Vergewaltigung und Pornographie enthalten sind.
- 10 Vgl. etwa: Jahresberichte der Schweizer Frauenhäuser und Nottelfone, FIZ u.w.; diverse Diplomarbeiten/Lizentiatsarbeiten und Dissertationen (eine Zusammenstellung siehe Hanetseider, Christa: Frauenhaus: Sprungbrett zur Freiheit? Bern: Haupt, 1992, S. 35-45, 50-54). Untersuchungen von Kommissionen wie Frauenzentrale Basel, 1978 oder Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, 1982.
- 11 Drei Bücher seien hier stellvertretend angeführt: Pletscher, Marianne: Weggehen ist nicht so einfach. Zürich: Limmatverlag, 1977.
- Kazis, Cornelia (Ed.): Dem Schweigen ein Ende. Basel: Lenos, 1988.
- Wirtz, Ursula: Seelenmord: Inzest und Therapie. Zürich: Kreuzverlag, 1989.
- 12 Konzeptarbeiten für Frauenhäuser, Nottelfone, Mädchenhäuser sowie Grundlagenstudien, die als Diplomarbeiten/Lizentiate geschrieben wurden.
- 13 Vgl. oben angeführte Publikationen; im besonderen sei auf Bader, Susanne, Leiser, Annemarie & Obrist, Yvonne: Ein Buch über einen 10jährigen Prozess feministischer Arbeit. Frauenhaus Zürich. Zürich, 1990, verwiesen.
- 14 Demokratische Juristinnen Basel (Eds.): Was heisst hier Vergewaltigung? Sexualstrafrecht aus feministischer Sicht. Basel, 1987.
- 15 Dachorganisation der Schweizer Frauenhäuser und der Nottelfone für vergewaltigte Frauen (Eds.): Zu Ursachen, Art, Umfang und Massnahmen bei Kindesmisshandlung und sexueller Ausbeutung von Mädchen und Jungen. Stellungnahme aus feministischer Sicht. ohne Ort, 1990.
- 16 Vgl. die Dokumentation 'Frauen und Macht'. Tagung an der Paulus-Akademie, 20./21. März 1982.
- 17 Thürmer-Rohr, Christina: Vagabundinnen. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1988.



2.16 Es gibt keinen Menschen mehr, mit dem ich reden kann. Meine Tante sagt das gleiche wie der Priester. Er liebt dich. Er ist vielleicht grob, doch ich weiß, daß er dich liebt. Aber was bedeutet das, Tante, wenn dich ein Mann zwischen den Beinen anfaßt? Das bedeutet, daß du ein schlechtes und verdorbenes Kind bist und daß ich dich nie mehr in meinem Haus sehen will. Aber, Tante, es tut weh. Was bedeutet das? Komm ja nicht wieder hierher. Böses Kind. Verdorbenes Kind. Häßliches Kind. Deine Gedanken sind durch und durch schlecht, das bedeutet es. Ich will nicht, daß du mit meinen Kindern zusammen bist. Komm ja nicht wieder hierher. Aber, Tante, ich weiß nicht, was das bedeutet. Du hast mich verstanden, hör jetzt auf mit deinem Mist.

2.17 Ich denke, in Büchern muß mehr stehen, als ich weiß. Ich bekomme die Erlaubnis, in der Stadt in die Leihbücherei zu gehen. Da gibt es oben interessante Bücher, doch ich werde nach unten geschickt. Hier, Kleine, hier sind die Bücher für Kinder. Aber die will ich nicht. Ich habe die meisten schon gelesen. Du kannst dir die Bücher von oben erst ausleihen, wenn du erwachsen bist; diese Bücher sind nur für Erwachsene. Wie alt bist du, Kleine? Neun? Dann wird es aber noch viele Jahre dauern, bis du mit den Büchern für Erwachsene etwas anfangen kannst, Kleine. Wenn es irgendwas gibt, das du wirklich brauchst, bitte deine Mutter, es für dich auszuleihen.

*Männergewalt gegen Frauen hat in den Medien nur noch in extremen Fällen Nachrichtenwert. Aktuelles Thema sind die geschlagenen Männer. Der 'postmoderne' Umgang mit dem Thema Gewalt, die Gleichsetzung der Gewalt von Frauen und Männern, übersieht die Tragweite der Männergewalt gegen Frauen und kann negative sozialpolitische Folgen haben.*

## **ZUM UMGANG MIT DEM UNERTRÄGLICHEN**

von Alberto Godenzi

Die universale Männergewalt gegen Frauen in ihren verschiedenen Formen hat Ausmass und Charakter einer sich alltäglich ereignenden Katastrophe.

Der Begriff "Katastrophe" allein deckt den Bedeutungsgehalt des Phänomens Männergewalt nur unzureichend ab, da er in sich die Bedeutung der Umkehr, der Wendung trägt und damit Unglücksfälle grösseren Ausmasses meint, welche plötzlich und verhängnisvoll auftreten.

Männergewalt gegen Frauen zeichnet sich aber gerade dadurch aus, dass sie schon immer da ist, und nur in bezug auf die einzelne Akteurin mehr oder minder aktuelle Relevanz hat. Zusätzlich impliziert die Rede von Katastrophen im Alltagsgebrauch den Hinweis auf Ausnahmereisnerungen.

Der Gebrauch des Terminus "Katastrophe" würde die Existenz der Erscheinung "Nicht-Männergewalt gegen Frauen" voraussetzen (ansonsten kann nicht von einer Wendung zur Gewalt gesprochen werden). Aus der Gewaltforschung ist jedoch bekannt, dass Erlebnis und Bewertung der "Pausen" zwischen einzelnen expliziten Gewalthandlungen durch eben diese Übergriffe geprägt sind. Deshalb können solche Zwischenphasen nicht als bedrohungs- oder gewaltfrei interpretiert werden.

Sogar wenn Frauen nie Zielscheibe direkter oder indirekter, körperlicher oder psychischer männlicher Gewalt werden, müssen sie sich in einem System zu rechtfinden, indem diese latente Bedrohung ihre Schritte und Entscheidungen beeinflusst.

Auf der begrifflichen Ebene wären deshalb dem Hauptwort "Katastrophe" die Beiwörter "alltägliche" oder "permanente" voranzustellen (im Widerspruch zur Grundbedeutung von "Katastrophe"). Besser oder genauer erscheint mir der Begriff Dauerterror. Letzterer hat zudem den Vorteil, eine Eigenschaft der Terroristen mitzutragen, nämlich den Hass auf die Adressatinnen bzw. die Kälte, die Gleichgültigkeit gegenüber allfälligen Gewaltwirkungen.

Auf diese Weise wäre dem unterdessen teilweise etablierten Begriff "Überlebende" (anstelle von "Opfer") ein entsprechender zugeordnet.

Wer glaubt, der Begriff "Terror" sei bloss für extreme Gewalthandlungen oder -regime reserviert, übersieht zum einen die Tragweite der Männergewalt gegen Frauen, zum andern bedeutet Terror im ursprünglichen Sinn Gewaltherrschaft, rücksichtsloses Vorgehen, Bedrohung, Einschüchterung, Unterdrückung, mithin Attribute, welche alle auf die Männergewalt und dem ihr zugrundeliegenden Patriarchat zutreffen.

Menschen, die in einem Klima des Terrors leben müssen, entwickeln Überlebens- und Anpassungsstrategien. Neben Widerstandsformen gehören dazu Techniken der Verdrängung, oberflächliche Beherrschtheit und Arrangements mit der Situation und den bedrohenden oder misshandelnden Akteuren.

### *Sprung.*

Anfangs dieses Jahres wurde in einer schweizerischen Frauenzeitschrift neben Beiträgen zu Mode, Körperpflege, Rendez-vous und Küche eine Exklusiv-Umfrage mit der Headline "Frau, Mann und Gewalt" und dem Prädikat "sensationelle Ergebnisse" publiziert ("annabelle", Nr. 3/92).

Im Jahre 1978 veröffentlichte Susanne Steinmetz in der Fachzeitschrift "Victimology" den Artikel "the battered husband syndrome". Darin stellt sie die These auf, dass der Prozentsatz gewalttätiger Ehefrauen grösser ist als derjenige gewalttätiger Ehemänner. Diese "Entdeckung" von Steinmetz erzeugte in den amerikanischen Medien ein grosses Echo. Kaum eine Zeitschrift oder Zeitung, kaum eine Radio- oder Fernsehstation, die nicht darauf gewartet hatte, dass endlich nach den unzähligen Berichten über Männergewalt gegen Frauen sich eine Gegenposition manifestierte. Das Medienereignis "geschlagene Ehemänner" hatte aber auch sozialpolitische Folgen. Vielerorts und vor allem auch in einschlägigen Gewaltkommissionen wurde nicht länger von "wife abuse" gesprochen, sondern neu von "spouse abuse", von "domestic violence". Öffentliche Gelder für Frauenhäuser und Notrufstellen wurden gekürzt oder zurückgestellt mit dem Argument, für

die geschlagenen Männer sei noch nie etwas getan worden.

Wie können solche Umfrageergebnisse hergestellt werden, obschon aus verschiedenen Untersuchungen bekannt ist, dass Männer Frauen wesentlich häufiger und folgenschwerer misshandeln als umgekehrt. Der Kniff liegt in der Frageformulierung und im Fragebereich: Welche Fragen werden gestellt und welche nicht. Die MacherInnen der Frauenzeitschrift liessen telefonisch fragen: Haben Sie schon einen Mann bzw. eine Frau geschlagen? Sie fragten aber nicht, welche Gewalt, mit welcher Intensität, mit welchen Folgen, in welcher Situation (z.B. Notwehr) angewandt wurde. Damit gingen sie aber absichtlich oder unabsichtlich an den entscheidenden erklärenden Variablen vorbei. Abgesehen davon implizieren derartige telefonische Befragungen zu heikeln Themenbereichen immer grosse Fehleranteile, z.B. wird vermutet (auch von "annabelle"), dass Männer sich grössere Zurückhaltung auferlegen als Frauen, wenn sie zu körperlichen Gewaltakten stehen sollen.

In der Frauenzeitschrift kommen einige "Experten" zu Wort, welche vor voreiligen Schlüssen warnen: Vielleicht verstehen Frauen und Männer nicht dasselbe unter "schlagen". Dennoch, der Artikel beginnt mit den Worten: "Das Ergebnis ist überraschend. Es sprengt Klischees. Von geschlagenen Männern spricht man kaum."

Die Forscherin Steinmetz wehrte sich gegen die Argumente ihrer zahlreichen KritikerInnen. Wer die Frauengewalt nicht zur Kenntnis nehmen wolle, spreche den Frauen aktives Tun ab. Sie kehrte die oft gestellte Frage, weshalb Frauen in Gewaltverhältnissen verharren, um und fragte: "Why do husbands stay?"

Männergewalt gegen Frauen hat nur noch in extremen Fällen Nachrichtenwert. Frauengewalt gegen Männer hingegen ist allemal eine Titelgeschichte oder einen wissenschaftlichen Zeitschriftenartikel wert.

### *Sprung.*

Im Raum Zürich erregten im April dieses Jahres zwei Mordfälle öffentliches Aufsehen. Der eine liegt schon etwas länger zurück. Ein Mann erschiess unter Beihilfe eines zweiten Mannes einen Kollegen. Fall zwei: Zwei Männer erwürgen während einer Autofahrt eine Kollegin. Konsterniert und bestürzt scheint das Publikum vor allem deshalb, weil in beiden Fällen kaum Motive zu finden sind. Fachleute versuchen, diese Leerstelle zu füllen: Okkulte Riten, Projektionen negativer Anteile auf Andere, unverarbeitete Kindheitserinnerungen sollen den Ausschlag gegeben haben.

Das Ungenügen solcher Erklärungsversuche wird augenscheinlich, wenn gefragt wird, ob Frauen unter ähnlichen psychischen und situationalen Bedingungen solche Taten begangen haben. Die Antwort ist eindeutig: Sie taten es nicht. Weshalb wird aber dann ein hervorstechendes gemeinsames Merkmal beider Handlungen, das Geschlecht der Täter, im öffentlichen Diskurs ignoriert? Ist es zu selbstverständlich, wird hier einmal mehr Mann mit Mensch gleichgesetzt?

Die Negation, Ausblendung der Geschlechtervariable in der Gewalt- oder genereller in der Delinquenzdiskussion hat Tradition. Sowohl in der Kriminologie als auch in der Soziologie abweichenden Verhaltens wurden Serien von Variablen bemüht zur Erklärung von Asozialität und Destruktivität. Das Faktum, dass in den meisten Fällen Männer (Gewalt-)Täter sind, kam - bis vor wenigen Jahren - nicht über den Status von Fussnoten hinaus. In neueren Lehrbüchern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt: "(...) kein Merkmal (weist) eine so grosse statistische Bedeutung auf wie das Geschlecht, Rechtsbrecher von Rechtskonformen zu unterscheiden" (G. Kaiser, Kriminologie, Heidelberg, 1989, S. 257).

Das Verhalten von Männern ungefiltert und unbeschönigt wahrzunehmen, heisst viele Selbstverständlichkeiten zwischen den Geschlechtern und viele tradierte Regeln der gesellschaftlichen Ordnung in Frage zu stellen.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat drei Fachfrauen des Schweizerischen Präventionsvereins LIMITA mit der Realisation einer Ausstellung zum Thema "Sexuelle Ausbeutung von Mädchen" beauftragt. Die Wanderausstellung wird am 24. September 1992 in der Dampfzentrale in Bern eröffnet.

## **DARÜBER REDEN IST EIN ANFANG, ABER NICHT GENUG**

von Jolanda Bertozzi

### **PRÄVENTION SEXUELLE AUSBEUTUNG VON MÄDCHEN UND KNABEN**

Prävention hat zum Ziel, sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Knaben zu verhindern oder bei aktueller sexualisierter Gewalt bereits in den Anfängen beendend einzugreifen.

### **DARÜBER REDEN IST EIN ANFANG...**

Sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Knaben ist in den letzten Jahren auch in der Schweiz ein Thema geworden. Vorträge werden gehalten, Weiterbildungen angeboten und fachspezifische Gruppen entstehen. Vor zwei Jahren wurde der Schweizerische Präventionsverein LIMITA gegründet und im Mai 1992 in Zürich die erste Beratungsstelle CASTAGNA eröffnet. In den Medien wird vermehrt über die sexualisierte Gewalt an Kindern berichtet. Auf Gesetzesebene erhalten Betroffene durch das neue Opferhilfegesetz und das revidierte Sexualstrafrecht besseren Schutz, wirksamere Hilfe und eine rechtliche Besserstellung im Strafverfahren. Die Problematik ist öffentlicher geworden und ein grösseres Bewusstsein ist entstanden. Vermehrt setzen sich auch Berufsleute aus dem sozialen, pädagogischen, therapeutischen und medizinischen Bereich mit dem Thema und adäquaten Hilfs- und Beratungsansätzen auseinander.

### **...ABER NICHT GENUG!**

Jedes 3.-4. Mädchen und jeder 7.-8. Knabe wird zwischen dem 1.-16. Lebensjahr Opfer von sexueller Gewalt. Täter sind zum grossen Teil Männer aus der Familie des Kindes oder andere nahe Bezugspersonen. Die gesundheitlichen und sozialen Folgen von sexualisierter Gewalt, z.B. Isolation, psychische und psychosomatische Krankheiten, Suchtprobleme wie

Drogenabhängigkeit und Alkoholismus, Suizid, Prostitution usw. prägen und beeinträchtigen das Leben einer grossen Anzahl von Kindern, Frauen und Männern. Da kein Kind vor sexueller Ausbeutung sicher ist, ist es wichtig, diesen Folgen möglichst weitgehend und breitflächig vorzubeugen. Vorbeugende Massnahmen sind bei uns jedoch noch kaum ein Thema und finden nur ansatzweise und vereinzelt statt. Isolierten Bemühungen haben aber wenig Chancen, Kinder vor sexuellen Uebergriffen zu schützen. Wenn wir mit Kindern präventiv arbeiten wollen, müssen wir eine Umgebung schaffen, die die Signale und Hilferufe der Kinder auch aufnehmen kann. Dazu müssen gezielte, flächendeckende und gut vernetzte Präventionsprogramme ausgearbeitet und realisiert werden.

### **ANSÄTZE FÜR EINE PRÄVENTIVE ARBEIT**

Aus der Definition der sexuellen Ausbeutung lassen sich Ansätze für vorbeugende Massnahmen ableiten:

*"Sexuelle Ausbeutung von Kindern oder Jugendlichen durch Erwachsene oder ältere Jugendliche ist eine sexuelle Handlung des Erwachsenen an einem Kind, das aufgrund seiner emotionalen und intellektuellen Entwicklung nicht in der Lage ist, dieser sexuellen Handlung informiert und frei zuzustimmen. Dabei nützt der Erwachsene die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Erwachsenen und Kindern aus, um das Kind zur Kooperation zu überreden oder zu zwingen. Zentral ist dabei die Verpflichtung zur Geheimhaltung, die das Kind zur Sprachlosigkeit, Wehrlosigkeit und Hilflosigkeit verurteilt." (nach Susanne Sgroi, 82)*

Prävention muss also auf den Ebenen Gesellschaft und Individuum ansetzen und sich an Kinder und Erwachsene gleichermaßen richten:

- a) *Auf der individuellen Ebene (personenorientiert):* Information und Aufklärung, Sensibilisierung, Weiterbildung für Berufsleute, Einzelhilfe für Betroffene, Elternarbeit, Selbsthilfegruppen, Netzwerke, präventive Arbeit mit Kindern, täterorientierte Arbeit.
- b) *Auf der gesellschaftlichen Ebene (systemorientiert):* Ursachenforschung und -analyse, Veränderung

der Sozialisation von Mädchen und Jungen, Gleichberechtigung von Frau und Mann, Sozialpolitik, Familienpolitik, Kindsrecht, Justiz, Hilfs- und Beratungsstellenangebote.

### VERÄNDERUNGEN PASSIEREN NICHT VON HEUTE AUF MORGEN.

Um Ursachen und Bedingungen, die sexuelle Ausbeutung begünstigen und möglich machen, zu verändern, braucht es sehr viel Zeit. Mythen, Vorurteile und Fehlinformationen können nicht von heute auf morgen abgebaut werden. Kinder können nicht in wenigen Schulstunden lernen, sich gegen sexualisierte Gewalt zu wehren. Die Stärkeren (in diesem Falle vorwiegend die Männer) werden ihre Macht nicht freiwillig abgeben. Erwachsene brauchen Informationen und müssen sensibilisiert sein, um die Signale und Hilferufe von Kindern, die sexuell ausgebeutet werden, wahrnehmen zu können. Es ist wichtig, ausgehend vom endgültigen Ziel, das wir erreichen wollen, Arbeits- und Zwischenziele zu formulieren und entsprechende Präventionsprogramme darauf auszurichten.

#### Kurzfristige Ziele:

Information und Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit, Ausbildung von Berufsleuten im sozialen, pädagogischen, juristischen und medizinischen Bereich, Elternarbeit, Aufbau von Beratungsstellen und Hilfsangeboten, Präventionsmaterial erarbeiten.

#### Mittelfristige Ziele:

Aufbau von Netzwerken (z.B. Selbsthilfegruppen, Berufsgruppen), Präventionsarbeit mit Kindern und

Jugendlichen, täterorientierte Arbeit, empirische Untersuchungen, Gesellschaftsanalysen und Evaluation von Präventionsmodellen.

#### Langfristiges Ziel:

Verhindern von sexueller Ausbeutung und Aufdecken aktuell stattfindender sexualisierter Gewalt bereits in den Anfängen.

### AUFBAU VON PRÄVENTIONSPROGRAMMEN

Da sowohl der Einbezug der individuellen wie auch der gesellschaftlichen Ebene für präventive Massnahmen sehr wichtig ist und sich die Prävention einerseits an bestimmte Zielgruppen (Jugendliche, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen etc.) richtet, andererseits aber auch eine breite Öffentlichkeit informiert und sensibilisiert werden soll, müssen unterschiedliche Präventionsaktivitäten stattfinden.

Wenn sich ein präventives Programm auf eine bestimmte Zielgruppe (z.B. Risikogruppe Mädchen, Weiterbildungen für Berufsleute) konzentriert oder sich auf eine umschriebene Störung (Sexuelle Ausbeutung von Kindern) bezieht, ist es spezifisch.

Unspezifische Prävention strebt eine indirekte Verhütung von Problemen an (z.B. Sozialisation von Mädchen und Knaben).

Ein Ordnungsschema, in das die unterschiedlichen Präventionsaktivitäten bei sexueller Ausbeutung von Mädchen und Knaben eingeordnet werden müssten, könnte folgendermassen aussehen:

	spezifisch	unspezifisch
<b>individuelle Ebene</b> (personenorientiert)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit durch eine Wanderausstellung für Erwachsene und Jugendliche</li> <li>- Rahmenveranstaltung zur Verteilung für unterschiedliche Interessengruppen</li> <li>- Weiterbildungsangebote für Berufsleute</li> <li>- gezielte Weiterbildungen über sexuelle Ausbeutung an Ausbildungsstätten</li> <li>- Elternarbeit</li> <li>- gezielte Präventionsarbeit mit Kindern im Kindergarten und im Schulunterricht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gezielte Angebote für Mädchen und Knaben (Mädchengruppen, Selbstverteidigungskurse für Mädchen, Mädchenpower-Wochen, Knabengruppen zu Themen Gewalt, Männlichkeit etc.)</li> <li>- Mädchenfreundlicherer Schulunterricht, geschlechtsneutrales Schulmaterial, nichtsexistische Sprache etc.</li> <li>- Vorstellen und Bekanntmachen von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche</li> <li>- Themen Familie, Gesellschaft, Gewalt an Kindern, Sexualität, Beziehungen etc. im Lebenskundeunterricht in Zusammenhängen erarbeiten</li> </ul>
<b>gesellschaftl. Ebene</b> (systemorientiert)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbot der sexualisierten Kinder- und Frauenwerbung</li> <li>- Verbot des Verkaufs und Konsums von Pornos</li> <li>- Angebot von Hilfs- und Beratungsstellen aufbauen</li> <li>- gesamtschweizerische Präventionsprogramme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung der Stellung der Kinder in Familie und Gesellschaft</li> <li>- Gleichberechtigung von Frau und Mann</li> <li>- Sozial- und Familienpolitik</li> <li>- Einbezug der Männer in Erziehungs- und Hausarbeit, Veränderung der Arbeitsbedingungen, Teilzeitleisten etc.</li> </ul>

## *EIN ERSTER SCHRITT: PRÄVENTION ANHAND EINER AUSSTELLUNG*

Inhaltliche Schwerpunkte der Ausstellung bilden Zahlen und Fakten, Täterverhalten, Signale und Folgen, behinderte Mädchen, Sexualstrafrecht, Opferhilfegesetz, Kindsrecht, individuelle und gesellschaftliche Bedingungen, Sozialisation von Mädchen, Mütter betroffener Kinder und Verarbeitungsmöglichkeiten betroffener Frauen. Die Wanderausstellung soll eine breite Öffentlichkeit über sexuelle Ausbeutung informieren und damit einen Beitrag zur Enttabuisierung des Themas leisten. Sie will Erwachsene und Jugendliche sensibilisieren und soll als Forum zur Diskussion und Meinungsbildung dienen und damit die gesellschaftliche Entwicklung, den Umgang mit sexueller Ausbeutung und die Situation von Mädchen und Knaben beeinflussen. Eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit in Städten und Gemeinden kann so auf gesamtschweizerischer Ebene ein entscheidender erster Schritt für die Präventionsarbeit sein. Die Ausstellung bietet an einem räumlich konzentrierten Ort die Möglichkeit, BesucherInnen durch zielgerichtete Informationen sowie Aussagen und Darstellungen von betroffenen Mädchen und Frauen über die vielfältigen Aspekte der Thematik zu informieren, sie gefühlsmässig anzusprechen und die Situation in der Schweiz darzustellen. In der Ausstellung werden Präventionsgrundlagen vorgestellt, die neue Erkenntnisse zum Thema berücksichtigen und Ansätze im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aufzeigen. Eine Dokumentationsmappe mit Zusatzinformationen, Falblätter für Jugendliche und Erwachsene sowie eine Uebersicht über das Beratungs- und Hilfsstellenangebot in der Schweiz bieten weitere Möglichkeiten zur Information.

### *Rahmenprogramm*

Die Ausstellung bildet zusätzlich die Basis für ein begleitendes Veranstaltungsprogramm, in dem interessierte Kreise die Thematik vertiefen und sich mit verschiedenen Aspekten der sexuellen Ausbeutung auseinandersetzen können. Themenschwerpunkte bilden dabei die sexuelle Ausbeutung von Knaben, therapeutische Interventionen, Beratungsarbeit mit Betroffenen, Präventionsarbeit mit Kindern, gesellschaftliche Aspekte und Ursachen etc. An verschiedenen Ausstellungsorten werden zudem Weiterbildungen für Berufsleute angeboten.

### *Ein nächster Schritt*

Die "Sozialisationsagenturen" Schule und Familie sind die Institutionen mit der grössten "Tiefenwirkung" auf das psychosoziale Befinden eines Kin-

des. Unter dem Gesichtspunkt, dass viele Mädchen und Knaben vorwiegend durch männliche Bezugspersonen in der Familie und im nahen Umfeld sexuell ausgebeutet werden, und aufgrund der grösseren Zugänglichkeit sind Kindergärten und Schulen geeignete Orte für die Präventionsarbeit mit Kindern. Ein Teil der Ausstellung könnte in einem nächsten Schritt als Basis zur gezielten Präventionsarbeit an Schulen dienen. Neben geeigneten Präventionsmaterialien und altersgemässen Unterrichtseinheiten wäre dazu die gezielte Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern Voraussetzung. Um eine breite Basis von Erfahrungen zu bekommen und adäquate Präventionsprogramme für Kinder erarbeiten zu können, ist es wichtig, die Ausstellung mit wissenschaftlichen Methoden zu evaluieren. Die Auswertung mit Schulklassen (Jugendlichen), die die Ausstellung besucht haben, und mit PädagogInnen gäbe Aufschluss über die Wirksamkeit der Ausstellung. Die Informationen könnten bei der Erarbeitung von Schulprogrammen von grossem Nutzen sein.

### **Quellen:**

Grundsatzpapier Schweizerischer Präventionsverein LIMITA

Ernst H.: Primäre Prävention: Möglichkeiten und Grenzen einer Strategie. In: Professionelle Prävention, Teil 1, Riagg, Westhage

Herriger N., 1986: Präventives Handeln und soziale Praxis. Konzepte zur Verhütung abweichenden Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen, Weinheim/München

Keupp H., 1987: Soziale Netzwerke: Eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs. In: Keupp H./Röhrle B. (Hg.): Soziale Netzwerke, Frankfurt a.M./New York.

Stark W., 1989: Menschenkräfte. Von der Prävention zur Förderung von Gesundheit. Unveröffentl. Manuskript, München.

**Informationen zur Ausstellung**

Die Ausstellung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann wird vorerst in einer deutschen und einer französischen Version hergestellt und soll zu einem späteren Zeitpunkt ins Italienische übersetzt werden. Die Ausstellung wird im September erstmals in Bern und anschliessend in verschiedenen Schweizer Städten und Gemeinden gezeigt. Sie kann von interessierten Gruppierungen gemietet werden.

**Ausstellungseröffnung:**

25. September - 30. Oktober in Bern  
 "Dampfzentrale", Marzilistrasse 47, 3005 Bern  
 Begleitend zu der Ausstellungen finden Rahmenveranstaltungen statt.

Anschliessend wird die Ausstellung in folgenden Städten gezeigt: St.Gallen, Rorschach, Zürich; Winterthur, Basel, Biel, Aargau  
 Das Eröffnungsdatum für die französische Ausstellung steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv fest.

**Verleihsekretariat:**

Interessierte Gruppen können die Ausstellung mieten. Weitere Auskünfte über die Verleihbedingungen erteilen Ihnen bis Ende Juli 1992:

**Für die deutsche Ausstellung**  
 Ausstellungsprojekt, Jolanda Bertozzi, Annemarie Leiser, Yvonne Portenier, Badenerstrasse 89, 8004 Zürich, Mi und Do Nachmittag; 01/291 29 69

**Für die französische Ausstellung**  
 Marcelle Braegger: 037/23 28 30 oder 031/22 38 79

Ab August können Sie den neuen Ort des Verleihsekretariats über das Eidgenössische Gleichstellungsbüro in Bern, Tel. 031/61 68 43, erfahren.

**Informations sur l'exposition**

L'exposition du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes se fera tout d'abord en langues française et allemande et, ultérieurement, en langue italienne. Elle aura lieu pour la première fois à Berne, en septembre, puis dans diverses villes et communes suisses. Les groupes intéressés ont la possibilité de la louer.

**Dates et lieux:**

du 25 septembre au 30 octobre à Berne  
 "Dampfzentrale", Marzilistrasse 47, 3005 Berne.  
 Ateliers dans le cadre de l'exposition.

Les villes suivantes accueilleront ensuite l'exposition:

St-Gall, Rorschach, Zurich, Winterthur, Bâle, Bienne, Aarau

La date d'ouverture de l'exposition en langue française n'a pas encore été fixée.

**Secrétariat s'occupant de la location:**

Les groupes intéressés peuvent louer l'exposition. Pour d'autres informations concernant les conditions de location, contacter jusqu'à fin juillet 1992:

**Exposition en langue française**  
 Marcelle Braegger: 037/23 28 30 ou 031/22 38 79  
**Exposition en langue allemande**  
 Projet, Jolanda Bertozzi, Annemarie Leiser, Yvonne Portenier, Badenerstrasse 89, 8004 Zurich, me et je après-midi: 01/291 29 69.

Dès août 1992, vous pourrez vous renseigner sur les nouvelles coordonnées du Secrétariat s'occupant de la location auprès du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, Berne, 031/61 68 43

*Le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a chargé trois femmes spécialistes, faisant partie de l'Association pour la prévention de l'exploitation sexuelle des filles et des garçons en Suisse (LIMITA), de mettre sur pied une exposition sur le thème "Exploitation sexuelle des filles". L'exposition sera inaugurée le 24 septembre 1992 à la Dampfzentrale à Berne.*

### **EN PARLER, C'EST DÉJÀ QUELQUE CHOSE, MAIS ÇA NE SUFFIT PAS!**

par Jolanda Bertozzi

#### **PREVENTION DE L'EXPLOITATION SEXUELLE DES FILLES ET DES GARÇONS**

*La prévention a pour but d'empêcher l'exploitation sexuelle des filles et des garçons ou d'intervenir de bonne heure lorsqu'il y a eu violence sexuelle et d'y mettre fin.*

#### **EN PARLER, C'EST DÉJÀ QUELQUE CHOSE...**

L'exploitation sexuelle des filles et des garçons préoccupe également la Suisse depuis quelques années. Elle fait l'objet de discours, de programmes de formation continue et des groupes de spécialistes se penchent sur ce problème. L'Association pour la prévention de l'exploitation sexuelle des filles et des garçons en Suisse, LIMITA, a été fondée il y a deux ans et le premier centre de consultation, CASTAGNA, a ouvert ses portes en mai 1992, à Zurich. Les médias relatent plus souvent des violences sexuelles infligées à des enfants. Au niveau des lois, les personnes touchées bénéficient, grâce à la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions et suite à la révision du droit pénal en matière sexuelle, d'une protection plus poussée, d'une aide plus efficace et d'une amélioration de leurs droits dans la procédure pénale. Parmi le public, une prise de conscience accrue s'est produite. Des professionnels œuvrant dans les domaines social, pédagogique, thérapeutique et médical débattent davantage ce thème et les méthodes adéquates en matière d'assistance et de conseils.

#### **... MAIS ÇA NE SUFFIT PAS!**

Une fille sur 3 à 4 et un garçon sur 7 à 8 sont victimes de violences sexuelles entre 1 et 16 ans. Les agresseurs sont la plupart du temps des membres masculins de la famille ou de l'entourage de l'enfant. Les conséquences de ces actes sur le plan social et

sur celui de la santé, p.ex. isolement, maladies psychiques et psychosomatiques, toxicomanie (drogues et alcool), suicide, prostitution, etc. marquent un grand nombre d'enfants, de femmes et d'hommes et portent préjudice à leur vie.

Aucun enfant n'étant à l'abri de l'exploitation sexuelle, il importe de prévenir ces conséquences sur une grande échelle. Il n'est encore guère question, dans notre pays, de mesures préventives et elles n'existent qu'à l'état d'ébauches et de manière isolée. Des efforts dispersés ont toutefois peu de chance de s'avérer efficaces. Si nous voulons prévenir les abus sexuels, nous devons créer un environnement capable de capter les signaux de détresse et les appels à l'aide des enfants, et élaborer et réaliser à cet effet des programmes de prévention appropriés, de grande portée et coordonnés.

#### **APPROCHES SUR LE PLAN DE LA PREVENTION**

La définition de l'exploitation sexuelle permet de dégager des approches en matière de prévention:

*"L'exploitation sexuelle des enfants ou des adolescents par des adultes ou des jeunes plus âgés qu'eux est un acte sexuel commis par un adulte sur un enfant qui, en raison de son développement émotionnel et intellectuel, n'est pas en mesure de donner librement et en connaissance de cause son consentement. Ce faisant, l'adulte tire profit des rapports de force inégaux existant entre adultes et enfants, pour convaincre ou contraindre l'enfant de coopérer à l'acte. L'obligation faite à l'enfant de garder le secret revêt une importance fondamentale; elle le condamne au silence, à l'incapacité de se défendre et au sentiment d'être désarmé." (d'après Suzanne Sgroi, 82; trad. de l'allemand).*

La prévention doit par conséquent se faire aux niveaux social et individuel et être axée dans une égale mesure sur les enfants et les adultes.

##### **a) Au niveau individuel (axée sur la personne)**

Information et explication, sensibilisation, formation continue des professionnels, assistance individuelle des victimes, travail avec les parents, groupes d'entraide, réseaux, travail de prévention avec les enfants, travail axé sur les agresseurs.

*b) Au niveau social (axée sur le système)*

Recherche et analyse des causes, modification de la socialisation des filles et des adolescents, égalité des droits entre femmes et hommes, politique sociale, politique familiale, droit des enfants, justice, centres d'assistance et de consultation.

**LES CHANGEMENTS NE S'EFFECTUENT PAS DU JOUR AU LENDEMAIN**

Il faut énormément de temps pour modifier les causes et les conditions qui favorisent et rendent possible l'exploitation sexuelle. Les mythes, les préjugés et les informations erronées ont la vie dure. Les enfants ne peuvent pas apprendre en quelques heures, à l'école, à se défendre contre la violence sexuelle. Les plus forts (en l'occurrence surtout les hommes) ne renoncent pas spontanément à leur pouvoir. Les adultes ont besoin d'être informés et sensibilisés pour parvenir à percevoir les signaux de détresse et les appels à l'aide des enfants victimes d'abus sexuels. Il importe, en se fondant sur l'objectif définitif que nous voulons atteindre, de formuler des objectifs de travail et des objectifs intermédiaires et de mettre sur pied des programmes de prévention appropriés.

*Objectifs à court terme:*

Informé et sensibiliser un large public, former des professionnels dans les domaines social, pédagogique, juridique et médical, travailler avec les parents, créer des centres de consultation et des programmes d'assistance, élaborer du matériel de prévention.

*Objectifs à moyen terme:*

Créer des réseaux (p.ex. des groupes d'entraide, des

groupes professionnels), faire du travail de prévention avec les enfants et les adolescents, travailler sur les agresseurs, effectuer des enquêtes empiriques, des analyses sociales et évaluer des modèles de prévention.

*Objectif à long terme:*

Empêcher et dépister de bonne heure l'exploitation sexuelle.

**ELABORATION DE PROGRAMMES DE PREVENTION**

Attendu qu'il est très important d'agir tant au niveau individuel qu'au niveau social et de viser d'une part des groupes-cibles déterminés (jeunes, enseignants, travailleurs sociaux, etc. des deux sexes), et d'autre part un large public qu'il faut informer et sensibiliser, l'activité de prévention doit comporter plusieurs volets.

Lorsqu'un programme de prévention est centré sur un groupe-cible déterminé (p.ex. groupe à risques des filles, professionnels à des fins de formation continue) ou se rapporte à une atteinte bien précise (exploitation sexuelle des enfants), il s'agit d'un programme spécifique.

La prévention non spécifique vise à prévenir indirectement les problèmes (p.ex. socialisation des filles et des garçons).

Le schéma des diverses activités de prévention pourrait se présenter comme suit:

**Niveau individuel (axée sur la personne)**

**spécifique**

- Sensibilisation d'un large public au moyen d'une exposition itinérante destinée aux adultes et aux jeunes
- Réunions servant à approfondir les problèmes, à l'intention de divers groupes d'intérêts
- Programmes de formation continue à l'intention des professionnels
- Cours de formation continue portant sur l'exploitation sexuelle, donnés dans des établissements de formation
- Travail avec les parents
- Travail de prévention ciblé avec des enfants dans des jardins d'enfants et à l'école

**Niveau social (axée sur le système)**

**spécifique**

- Interdiction de la publicité à caractère sexuel utilisant des enfants et des femmes
- Interdiction de la vente et de la consommation de produits pornographiques
- Création de centres d'assistance et de consultation
- Programmes de prévention au niveau national

**non spécifique**

- Cours ciblés destinés aux filles et aux garçons (groupes de filles, self-défense pour les filles, semaines sur le thème de la force des filles, groupes de garçons traitant des thèmes de la violence, de la "virilité", etc.)
- Enseignement scolaire plus gratifiant pour les filles, matériel pédagogique neutre du point de vue sexuel, langage non sexiste, etc.
- Présentation des possibilités de consultation pour enfants et adolescents
- Traitement coordonné des thèmes famille, société, violence à l'égard des enfants, sexualité, relations, etc. dans le cadre des cours de biologie

**non spécifique**

- Renforcement de la position des enfants dans la famille et dans la société
- Égalité des droits entre femmes et hommes
- Politique sociale et familiale
- Association des hommes à l'éducation des enfants et aux travaux ménagers, modification des conditions de travail, emplois à temps partiel, etc.

## *PREMIERE ETAPE: PREVENTION AU MOYEN D'UNE EXPOSITION*

Chiffres, faits, comportement des agresseurs, signaux de détresse et conséquences, filles handicapées, droit pénal en matière sexuelle, loi sur l'aide aux victimes d'infractions, droit des enfants, conditions individuelles et sociales, socialisation des filles, mères d'enfants victimes d'abus et possibilités de traiter les femmes victimes ayant subi autrefois des abus. L'exposition itinérante doit servir à informer un large public sur l'exploitation sexuelle et contribuer ainsi à détabouiser le thème. Elle vise à sensibiliser les adultes et les jeunes et à tenir lieu de forum de discussion et de formation de l'opinion, afin d'influer sur l'évolution de la société, les attitudes à l'égard de l'exploitation sexuelle et la situation des filles et des garçons. Un travail de relations publiques mené sur une grande échelle dans les villes et les communes peut constituer, au niveau national, une première étape décisive en matière de prévention. L'exposition offre la possibilité, dans un espace défini, d'instruire les visiteuses et visiteurs au moyen d'informations ciblées, de déclarations et d'exposés faits par des filles et des femmes victimes d'abus sur les multiples aspects du problème, de s'adresser à eux à travers le langage des sentiments et de brosser un tableau de la situation en Suisse. Des mesures de prévention élémentaires y seront présentées, dans lesquelles il est tenu compte des dernières connaissances acquises sur le sujet, et mettront en évidence des approches dans les relations avec les enfants et les adolescents. Une documentation comportant des informations supplémentaires, des dépliants s'adressant aux jeunes et aux adultes ainsi qu'une liste des centres d'assistance et de consultation en Suisse sera à disposition.

### *Programme d'encadrement*

L'exposition constitue en outre la base d'un ensemble d'ateliers, dans lesquels les milieux intéressés peuvent venir approfondir le thème dans son ensemble et s'entretenir de divers aspects de l'exploitation sexuelle. L'exploitation sexuelle des garçons, les interventions à but thérapeutique, les conseils aux victimes, le travail de prévention avec les enfants, les aspects et les causes d'ordre social, etc. constituent les points forts de ces ateliers. Des cours de formation continue sont également proposés aux professionnels à divers endroits où se tiendra l'exposition.

### *Etape suivante*

L'école et la famille, ces lieux de socialisation, sont les institutions où l'"action en profondeur" sur le

comportement psychosocial de l'enfant est la plus intense. De nombreux garçons et filles étant agressés principalement par des membres masculins de leur famille ou de leur entourage, les jardins d'enfants et les écoles, très facilement accessibles, sont des endroits indiqués pour le travail de prévention avec les enfants. Une partie de l'exposition pourrait, dans une prochaine étape, servir de base à un travail de prévention ciblé dans les écoles. Il est indispensable, à cet effet, non seulement de disposer d'un matériel de prévention approprié et de constituer des groupes selon les âges, mais encore d'organiser la formation continue des enseignantes et des enseignants.

Afin de rassembler toute une gamme d'expériences et de pouvoir élaborer des programmes de prévention adéquats concernant les enfants, il importe d'évaluer l'impact de l'exposition au moyen de méthodes scientifiques. Une évaluation effectuée avec des classes d'écoles (adolescents) qui ont visité l'exposition et des pédagogues renseignerait sur son efficacité. Les informations rassemblées pourraient s'avérer très utiles lors de l'élaboration des programmes scolaires.

(Traduction: Francine Matthey)

*Die sexuelle Belästigung wird im allgemeinen nicht in ihrer gesamten Dimension erfasst; sie gilt als Privatsache und als ein in der Schweiz wenig verbreitetes Problem. Eine in Genf bei 558 Arbeitnehmerinnen durchgeführte Erhebung zeigt jedoch das hohe Ausmass dieser Problematik. Diese Studie ist die erste dieser Art, die in der Schweiz durchgeführt wurde. Bisher mussten die Angaben zu diesem Thema aus ausländischen Erhebungen bezogen werden. \*)*

**SEXUELLE BELÄSTIGUNG AM  
ARBEITSPLATZ:  
EINE BESTANDSAUFNAHME IN GENF**

von Véronique Ducret

**EINFÜHRUNG**

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und das "Bureau de l'égalité des droits entre homme et femme" (Büro für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau) des Kantons Genf haben eine Studie zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz finanziert, die insgesamt über zwei Jahre lief. Ziel dieser Studie war es, das Ausmass dieser Problematik zu erfassen und, in einem zweiten Schritt, aufgrund der erhaltenen Ergebnisse, Massnahmen zur Bekämpfung dieses Problems zu erwägen.

Die Bestandsaufnahme wurde in Genf vorgenommen und umfasste 558 Frauen im Alter von 18 bis 62 Jahren, die in den folgenden Sektoren tätig waren: Banken/Versicherungen, Handel, Verkauf, Hotelgewerbe/Restauration, Metallindustrie, Chemie, Druckgewerbe, Verkehrs-/Kommunikationswesen, Baugewerbe, Gesundheitswesen, Staat/internationale Organisationen. Nach zahlreichen Unterredungen mit den Arbeitgeber(n)/innen hatten sich schliesslich 25 Betriebe damit einverstanden erklärt, dass die Befragungen während der Arbeitszeit erfolgten. Die Frauen nahmen an einem vom Studienteam geleiteten Gespräch teil. Sie wurden in Funktion ihres Berufs, ihrer Stellung im Betrieb und ihres Alters ausgewählt. Die Betriebsleitungen hatten keinerlei Einfluss auf die Auswahl der Personen, und der Inhalt des Fragebogens war ihnen nicht bekannt. Auf diese Weise konnte den Arbeitnehmerinnen die vertrauliche Behandlung ihrer Antworten gewährleistet werden.

*\*) Der Bericht dieser Studie wird im Herbst 1992 in französischer und deutscher Sprache erscheinen.*

**DIE ERGEBNISSE DER ERHEBUNG**

Die Studie beschränkte sich auf die letzten zwei Jahre, während derer die Frauen in der Stellung, die sie zum Zeitpunkt der Erhebung einnahmen, gearbeitet hatten. 71% der selektionierten Frauen nahmen an der Erhebung teil. Die Teilnahme bestand in einem Gespräch mit einer Interviewleiterin, anhand dessen ein Fragebogen ausgefüllt wurde. Die Studie massst sich nicht an, das Problem umfassend und abschliessend behandeln zu können. Sie will viel mehr einen Überblick geben und sich mit den wichtigsten Themen, wie den Formen der sexuellen Belästigung und ihren Auswirkungen, den Reaktionen der Arbeitnehmerinnen auf Situationen sexueller Belästigung, den Vermeidungsstrategien der Frauen, der Stellung der Urheber von sexuellen Belästigungen, den Unterschieden zwischen den Frauen sowie den Unterschieden zwischen den verschiedenen Tätigkeitssektoren, auseinandersetzen. Im folgenden sind einige der wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung zusammengefasst.

*Das Ausmass der Problematik*

Die sexuelle Belästigung kann verschiedene Formen annehmen: aufdringliche Blicke, sexistische Sprüche, anzügliche und peinliche Bemerkungen, Vorzeigen oder Benutzen von pornographischem Material, Berührungen, unerwünschte Einladungen, Annäherungsversuche, die mit Versprechen von Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einhergehen, Erzwingen von sexuellen Beziehungen, sexuelle Übergriffe und, im Extremfall, Vergewaltigung oder körperliche Gewalt. Bestimmte Verhaltensweisen, wie Bemerkungen, Kommentare oder das Vorzeigen von pornographischen Bildern können nicht nur gegen Einzelpersonen, sondern auch ganz allgemein gegen eine Gruppe von Personen gerichtet sein.

Die sexuelle Belästigung wird der betroffenen Person aufgedrängt und ist ein Ausdruck des Machtverhältnisses gegenüber Frauen. Die Frauen sind der sexuellen Belästigung gleich doppelt ausgesetzt, einmal weil sie Frauen sind, und dann auch, weil sie sich im allgemeinen in der Stellung der Untergebenen befinden.

59% der befragten Frauen gaben an, im Verlaufe der letzten zwei Jahre sexuell belästigt worden zu sein.

71% der belästigten Frauen erwähnten mehr als eine Situation sexueller Belästigung

#### Formen der sexuellen Belästigung

Art der Belästigung	% Frauen
Unangebrachte Bemerkungen über Frauen im allgemeinen	35%
Unangebrachte Bemerkungen	33%
Peinliches Benehmen	30%
Zweideutige oder peinliche Aufforderungen	19%
Vorhandensein von pornographischem Material	16%
Unerwünschte Körperkontakte	14%
Sexuelle Erpressung	2%
Erzwingen von sexuellen Beziehungen	0,7%
Körperliche Gewalt	0,4%
Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung	0,2%

Das Total ergibt nicht 100%, da mehrere Situationen angegeben werden konnten.

n = 558 Frauen

Die Verhaltensweisen, die am häufigsten erwähnt wurden (Benehmen, Bemerkungen), sowie das Zeigen von pornographischem Material erfolgen oft in aller Öffentlichkeit. Sie werden im allgemeinen toleriert und gehören für viele Frauen zum Arbeitsalltag. Diese Verhaltensweisen werden sowohl von den Männern als auch von den Frauen nur selten als sexuelle Belästigung wahrgenommen, da sie noch als "normale" Umgangsformen zwischen Männern und Frauen gelten, unter denen die Frauen zu leiden haben.

An zweiter Stelle folgen die körperlichen Kontakte und die zweideutigen Einladungen. Diese Verhaltensweisen werden banalisiert, da sie meist nicht als wirklich schwerwiegend betrachtet werden. Der Urheber dieser Art von Belästigung gilt als Schürzenjäger oder Frauenheld. Die herabsetzende oder beleidigende Natur seiner Handlung wird ignoriert.

Die am wenigsten verbreiteten Verhaltensweisen sind die sexuelle Erpressung und die körperlichen und sexuellen Übergriffe. Diese Verhaltensweisen werden von der Gesellschaft im allgemeinen nicht toleriert, wobei die Vergewaltigung von Gesetzes wegen bestraft wird. Solche Handlungen erfolgen im

Prinzip niemals öffentlich, so dass auch keine Zeugen vorhanden sind.

Je harmloser und banaler ein Benehmen von der Gesellschaft eingestuft wird, desto häufiger wird es am Arbeitsplatz beobachtet. Da diese Verhaltensweisen nicht als verwerflich betrachtet werden, können ihre Urheber völlig ungehindert handeln. Gesellschaftlich oder strafrechtlich verurteilte Verhaltensweisen sind dagegen sehr viel seltener anzutreffen.

#### Die Wiederholung der Belästigung

87% der belästigten Frauen gaben an, von derselben Person mehrmals belästigt worden zu sein.

Für 81% der belästigten Frauen dauerte die unangenehme Situation über ein Jahr an, wobei 16% täglichen Belästigungen ausgesetzt waren.

Diese Zahlen belegen, dass die sexuelle Belästigung im allgemeinen kein isolierter Vorfall, Ausrutscher oder Faux-pas einer Person ist, sondern dass es sich dabei um eine wiederholte und andauernde Verhaltensweise handelt.

#### Die Reaktionen der Frauen

72% der belästigten Frauen haben auf diese Verhaltensweisen reagiert.

Die Frauen reagieren auf verschiedene Arten. Die Reaktionen spiegeln einerseits den Charakter der Frauen wider, andererseits aber auch die den Opfern tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel, mit denen sie sich zur Wehr setzen können. Die Reaktionen hängen von der Stellung des Urhebers sowie dessen Funktion innerhalb des Betriebs ab.

Bestimmte Frauen wehrten sich mit Worten, indem sie ihre Missbilligung deutlich kundtaten, andere blieben kalt und distanzieren sich, andere strafen solche Verhaltensweisen mit Verachtung. Wieder andere versuchten den Belästigern mit Witz und Ironie zu begegnen. Nur sehr wenige Arbeitnehmerinnen haben es gewagt, sich zu beschweren, und nur eine kleine Anzahl nahm das Risiko auf sich, sich mit Gewalt (Ohrfeigen, Fusstritte usw.) zur Wehr zu setzen.

Die häufigste Reaktion der Frauen, mit der sie ihre Missbilligung ausdrücken, ist die verbale Antwort.

Die Arbeitnehmerinnen, die auf solche Verhaltensweisen nicht reagieren konnten, gaben unterschiedli-

che Gründe dafür an: Eine Gruppe von Frauen war verwirrt, ja geradezu gelähmt und körperlich nicht in der Lage, zu reagieren; andere sind resigniert oder glauben, dass solche Verhaltensweisen zur alltäglichen Realität gehören; wieder andere zogen es vor zu schweigen, aus Angst, sich zusätzliche Probleme einzuhandeln; die Angst (vor Sanktionen oder Kündigung) ist ebenfalls ein Element, das die Frauen daran hindert, sich zu wehren, insbesondere dann, wenn die sexuelle Belästigung von einem Vorgesetzten ausgeht.

#### *Sollte man reagieren?*

*In 83% der Fälle geht die sexuelle Belästigung auch nach einer Reaktion des Opfers weiter.*

Dennoch neigt der Belästiger eher dazu, sein unerwünschtes Verhalten einzustellen, wenn die Frauen eine Reaktion zeigen, die ihre Missbilligung auf die eine oder andere Art zum Ausdruck bringt, als wenn sie auf keinerlei Weise reagieren. Nicht jede Reaktion ist jedoch eine Garantie für die Einstellung der Belästigung: Immerhin 77% der Frauen, die reagiert haben, konnten im Verhalten des Belästigers keinerlei Änderungen feststellen. Es scheint, dass bestimmte Reaktionen gegen die sexuelle Belästigung wirksamer sind als andere. Dazu gehören die Gleichgültigkeit und die Verachtung gegenüber dem Urheber, die Beschwerde bei den zuständigen Stellen und die unverzüglichen Reaktionen (Ohrfeigen, Hiebe).

*Die Tatsache, dass die Belästiger nach einer Zurechtweisung durch die Frauen ihr Verhalten weiterführen, zeugt davon, dass es sich dabei um ein vorsätzliches Verhalten handelt. Die Reaktionen der Frauen sollten doch eigentlich ein klares Zeichen für ihre Ablehnung sein, auch wenn sie diese nicht immer ausreichend kategorisch ausdrücken. Gewisse Männer verwechseln ein "Nein" immer noch allzu oft mit einem "Ja vielleicht". Die Frauen sind im allgemeinen schlecht darauf vorbereitet, ihren Willen klar zum Ausdruck zu bringen. Schon als kleine Mädchen lernen sie, nett zu sein, Freude zu bereiten, Gefallen zu tun, alles zu akzeptieren usw. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass die Mädchen diese Art des Verhaltens als erwachsene Frauen reproduzieren werden.*

#### *Mit wem sprechen die Frauen darüber?*

*58% der belästigten Arbeitnehmerinnen haben sich jemandem anvertraut.*

Es sind vor allem die Arbeitskolleginnen und die

Nahestehenden des Opfers (Familie, Freundinnen und Freunde), die von solchen Situationen erfahren. In einigen Fällen wurden auch die Betriebsleitung oder die Vorgesetzten, noch seltener die Personalvertretung, die Krankenstation, der Sozialdienst des Betriebs, die Gewerkschaft oder Frauengruppen darüber informiert.

Wenn die Frauen mit jemandem sprechen, dann tun sie das eher mit dem Ziel, sich jemandem anzuvertrauen, als in der Absicht, die Situation aufzudecken, um dem Verhalten ein Ende zu setzen. Aus diesem Grund werden die zuständigen Stellen, die tatsächlich intervenieren könnten, nur sehr selten informiert. Immerhin werden sich die Frauen durch das Gespräch mit anderen Arbeitskolleginnen manchmal bewusst, dass sie mit ihrem Problem nicht allein dastehen, und dass die Kollegin, die neben ihr arbeitet, ebenfalls zu den Opfern gehört.

*Diese Angaben zeugen davon, wie schwer es den Frauen fällt, sich innerhalb oder ausserhalb des Betriebs, bei Organisationen wie den Gewerkschaften oder den Frauengruppen zu beschweren. Einer der Gründe, die die Frauen daran hindern, sich zu beschweren, ist wahrscheinlich darin zu suchen, dass die sexuelle Belästigung nicht als ein soziales Problem anerkannt wird.*

#### *Die Auswirkungen der sexuellen Belästigung*

*28% der belästigten Frauen beklagten sich über Auswirkungen, die ihr Berufs- und Privatleben beeinträchtigten.*

Am häufigsten wurden hier die Auswirkungen auf die Moral der Frauen erwähnt. Diese konfliktbeladenen Situationen lassen bei den Frauen depressive Stimmungen aufkommen. Sie beklagen sich über Stress. Ihre gesamte Energie wird auf das Ausdenken von Strategien verwendet, um die Belästigungssituationen zu vermeiden oder dem Urheber der Belästigungen aus dem Weg zu gehen.

Oft wurden auch Auswirkungen auf die Arbeit und die Beziehungen zu den Arbeitskollegen erwähnt. Die Frauen verlieren das Interesse an ihrer Arbeit, würden ihr am liebsten fern bleiben und fehlen oft. Einige leiden unter Racheakten des Belästigers, die ihnen das Leben zur Hölle machen.

Manche Frauen, die bei ihren Arbeitskollegen eine gewisse Komplizität mit dem Belästiger vermuten, trauen nach und nach niemandem mehr. Sie kommen so weit, dass sie sich für das, was ihnen widerfährt, schuldig fühlen, und es aus Angst vor Vorwürfen nicht wagen, sich ihren Arbeitskolleg(en)/innen anzuvertrauen.

Die Auswirkungen auf die Gesundheit und das Privatleben wurden im Verhältnis zu anderen Auswirkungen relativ selten erwähnt. Nur wenige Personen erkennen den Zusammenhang zwischen körperlichen Beschwerden und Arbeitsbedingungen. Trotzdem haben 7% der Frauen angegeben, in der Folge von Situationen sexueller Belästigung an schweren gesundheitlichen Störungen gelitten zu haben. 7% der Arbeitnehmerinnen leiden unter der Verständnislosigkeit ihrer Angehörigen und Freunde. Sexuelle Belästigung führt oft zu Konflikten im Privatleben.

### *Die Vermeidungsstrategien*

Jede Frau weiss, ob bewusst oder unbewusst, dass der Umstand, dass sie eine Frau ist, Risiken mit sich bringt. Von Kindheit an lernen die Mädchen erst von ihren Eltern, dann in der Schule, dass sie sich vor Männern in acht nehmen müssen. Sie erhalten alle möglichen Ratschläge: - "Fahre nie per Anhalter", - "Komm nicht zu spät nach Hause", "Geh nie mit einem Fremden", - "Zieh dich nicht so an" usw. Sie werden dazu erzogen, zu ihrem Schutz bestimmte Verhaltensweisen anzunehmen. Später werden sie diese Verhaltensweisen dann bewusst oder unbewusst reproduzieren.

Die Ergebnisse der Studie bringen diesen Aspekt klar zum Vorschein:

*72% der befragten Frauen nehmen Verhaltensweisen an, deren Zweck es ist, Situationen sexueller Belästigung zu vermeiden oder sich davor zu schützen.*

Die meisten Frauen gaben an, sich distanziert, kalt oder seriös zu verhalten, um jedes Missverständnis auszuschliessen. Einige sagten, dass sie zur Vermeidung von zweideutigen Situationen ihre Spontanität zügeln müssten.

Ein anderes Verhalten besteht darin, belästigende Situationen zu ignorieren, so zu tun, als ob man nichts bemerkte, oder ganz einfach die Naive zu spielen. Wenn die Atmosphäre zweideutig wird, hören und sehen sie nichts mehr. Zahlreiche Arbeitnehmerinnen gaben auch an, sich so unauffällig wie möglich zu kleiden.

Hier noch einige andere Strategien, die erwähnt wurden: Einige Frauen geben auf die eine oder andere Weise zu verstehen, dass sie nicht frei sind, indem sie zum Beispiel einen Ehering tragen oder Fotoalben mit Familienfotos an die Arbeit bringen. Andere entwickeln permanente Strategien, um Personen, die als Belästiger bekannt sind, aus dem Weg zu gehen. Wieder andere geben an, alles daran zu setzen, dass sie nicht als provozierende Frauen gel-

ten. Einige Frauen schliesslich wählen die radikale Lösung, nämlich die Isolierung. Sie gehen nie in die Kantine, bleiben dem Aperitif unter Kollegen fern, weigern sich, an den Neujahrssessen des Betriebs teilzunehmen, gehen innerhalb des Betriebs keine Freundschaften ein usw.

Dennoch werden 67% der Frauen, die sich mit ihren Strategien gegen die sexuelle Belästigung zu schützen versuchen, trotzdem belästigt. Die Ergebnisse sind paradox.

Das Thema ist sehr komplex, geht es doch dabei um die Rolle, die die Frauen in dieser Gesellschaft spielen müssen, um "respektiert" zu werden. Diese Vermeidungs- und Abwehrstrategien der Frauen stellen genaugenommen eine Autozensur dar. Die Frauen verwehren es sich, sich so zu verhalten, wie sie es eigentlich wollten, und sind in ihrem Bewegungsfreiraum eingeschränkt. Wenn die Frauen solche Verhaltensweisen dennoch annehmen, dann deshalb, weil sie sich vor den etwaigen Vorwürfen schützen wollen, die man ihnen machen würde, wenn sie Opfer einer sexuellen Belästigung würden. Jede Frau weiss, ob bewusst oder unbewusst, dass man sie für eine sexuelle Belästigung selbst verantwortlich machen würde. Die Gesellschaft verbreitet immer noch Mythen, die der Frau die Schuld zuschieben. Wie oft hört man doch Aussprüche wie: - "sie hat das ja gewollt", - "das gefällt der", - "sie hat es provoziert" usw. So zensurieren sich die Frauen dann selbst und verhalten sich so, wie man es von ihnen erwartet, um zu vermeiden, dass sie als die Schuldige hingestellt werden.

*Die Frauen werden dazu veranlasst, Schutzverhalten anzunehmen, die sich in der Praxis teilweise als unwirksam herausstellen, werden doch 67% der Frauen, die sich vor solchen Situationen schützen, trotzdem belästigt.*

*Die sexuelle Belästigung oder die Angst davor, mit einer solchen Situation konfrontiert zu werden, kommt einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Frauen gleich, verwehren sich doch diese durch ihre Autozensur das Recht, sich so zu benehmen, wie sie es eigentlich wollten.*

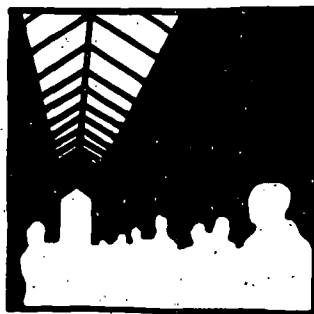
### **SCHLUSSFOLGERUNG**

59% der befragten Frauen beklagten sich über sexuelle Belästigungen, die im Verlaufe der vergangenen zwei Jahre an ihrem Arbeitsplatz stattgefunden hatten. Dennoch wird das Problem noch weitgehend ignoriert. Weder die Gewerkschaften der Arbeitnehmer/innen noch die Arbeitgeber/innen haben wesentliche Massnahmen zu ihrer Bekämpfung ergriffen. Diese Situation des Nicht-Anerkennens der se-

xuellen Belästigung als eine gesellschaftliche Realität trägt dazu bei, das Schweigen über dieses Thema aufrechtzuerhalten. Sie hat zur Folge, die Frauen glauben zu lassen, dass die sexuelle Belästigung ein integrierender Bestandteil ihrer Arbeitsbedingungen darstellt. Die Reaktion der Resignation der Arbeitnehmerinnen zeugt davon. Die Frauen kommen an einen Punkt, an dem sie es als normal empfinden, wenn sie eine Person über ein Jahr lang mit obszönen Verhaltensweisen oder unangebrachten Bemerkungen, zum Beispiel über ihr Intimleben, schikaniert.

Solange dieses Problem von den Behörden, den Arbeitgeberverbänden, den Arbeitnehmer(innen)-verbänden sowie der Gesellschaft im allgemein nicht ernst genommen wird, werden die Urheber von sexuellen Belästigungen völlig legitim handeln können, und die Frauen werden weiterhin schweigen.

(Übersetzung: Barbara Matas-Zeltner)



4.1 *Drittes Tor.* Die Stunkmacherin. Die vierjährige Stunkmacherin. Die Lügnerin. Alles in meiner Welt hat sich verändert. Ich hatte recht. Meine Mutter. Was war nur mit meiner Mutter los? Was hatte er mit ihr gemacht, während ich fort war? Hatte er auch ihr weh getan? Warum sah ihr Gesicht so geschwollen aus? Warum weinte sie jedesmal, wenn sie mich ansah? Warum wollte sie mich nicht um sich haben? Warum lachte sie gar nicht mehr? Was war geschehen, während ich bei Oma in Amsterdam war? War ich in die falsche Familie zurückgekehrt? Was war los? Wo war meine Mutter? Hatte ich alles ganz falsch in Erinnerung? Wurde ich bestraft, weil ich nicht nach Hause kommen wollte? Warum war alles so verändert? Was hatte ich nur so Schlimmes verbrochen?

4.2 Das alles hätte ich mir nur zurechtgesponnen, sagte sie. Lügnerinnen könnten die Wahrheit nicht von der Unwahrheit unterscheiden. Kinder würden Erwachsene doch immer nur belügen. Ich brächte in meinem Kopf alles durcheinander. Sie würde mir nie wieder Glauben schenken. Einmal eine Lügnerin, immer eine Lügnerin. Ich müsse fürs Lügen bestraft werden, aber sie wisse ja, daß nichts mich daran hindern würde. Und ich müsse mich bei Vati entschuldigen, weil ich seine Gefühle verletzt habe. Ich weigerte mich. Ich könne mich nicht weigern. Er wolle seine Entschuldigung. Du kannst mich nicht dazu zwingen, sagte ich. Ich hab' nicht gelogen. Ich will nicht mehr an das denken, was er getan hat. Ich hab' nicht gelogen. Ich weiß, wo er mich angefaßt hat. Ich weiß, wie sich das angefühlt hat. Warum soll ich sagen; tu mir leid, wenn ich gar nichts getan hab'? Das ist nicht fair. Ich weiß, sagte meine Mütter. Aber er will eine Entschuldigung, und es ist am besten, ihm zu geben, was er will.

4.10 Jahrclang die Böse. Was ich auch tat oder dachte. Was ich auch nicht tat oder nicht dachte. Alles an mir war böse. Es störte mich nur beim Essen, wenn er brüllte. Es störte mich nur, wenn die kleinen Schwestern, die ich liebte, mich haßten, weil er's ihnen eingepfift hatte. Es störte mich nur, wenn sie weinten. Nein, Vati, ich will nicht so werden wie sie. Nein, Vati, ich werde nie lügen wie sie.

4.11 Vierzig. Noch immer die Böse. Noch immer voller Haß. Noch immer verlogen. Und Geschwister über dreißig glauben ihm noch immer. Sie vertrauen ihm. Sie vertrauen sich selbst nicht, und sie hassen mich noch immer für das Leid, das ich ihnen bereitet habe. Ich habe versucht, einigen zu erzählen, was er getan hat. Ich ernte keinen Unglauben. Ich ernte Außersichsein vor Entsetzen. Wie könne ich ihm so was antun? Wie könne ich so was von ihm auch nur denken? Wie könne ich bloß so ein gemeines und elendes Miststück sein? Niemals würde Vati so was tun, er könne nicht mal einer Fliege etwas antun. So ein wundervoller Vati. So ein empfindsamer Vati. So ein guter Vati. Wir lieben unseren Vati so sehr. Und dich hassen wir noch immer. Er hatte recht. Er hatte schon immer recht, was dich betrifft.

*Le harcèlement sexuel n'est généralement pas appréhendé dans sa globalité; il est perçu comme une affaire privée et comme un problème peu répandu en Suisse. Pourtant, une enquête menée à Genève auprès de 558 travailleuses témoigne de l'ampleur du phénomène. Cette étude est une première du genre en Suisse. En effet, la connaissance que nous avons jusqu'à présent du problème relevait de données étrangères. \*)*

## **HARCELEMENT SEXUEL SUR LES LIEUX DE TRAVAIL: ENQUETE A GENEVE**

par Véronique Ducret

### **INTRODUCTION**

Le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes ainsi que le Bureau de l'égalité des droits entre homme et femme (canton de Genève) ont financé une étude, qui a duré pendant deux ans, concernant le harcèlement sexuel sur les lieux de travail. L'objectif étant, d'une part, d'évaluer l'ampleur du phénomène, et d'autre part, en fonction du constat effectué, de réfléchir à des moyens d'action pour éliminer ce problème.

L'enquête a été menée à Genève auprès de 558 femmes âgées entre 18 et 62 ans, travaillant dans les secteurs suivants: banques/assurances, commerce, vente, hôtellerie/restauration, métallurgie, chimie, imprimerie, transports/communications, bâtiment, santé, Etat/organisations internationales. Après de nombreux contacts avec les employeur-euse-s, ce sont 25 entreprises qui ont donné leur accord pour que l'enquête s'effectue pendant les heures de travail. Les femmes ont participé à un entretien, mené par l'équipe de recherche. Elles ont été sélectionnées en fonction de leur profession, de leur statut hiérarchique et de leur âge. Les directions des entreprises n'ont pas opéré au choix des personnes et n'ont pas eu connaissance du questionnaire. La confidentialité des réponses a donc pu être garantie aux travailleuses.

*\*) Le rapport de la recherche sera publié dans le courant de l'automne 1992 en français et en allemand.*

### **LES RÉSULTATS DE L'ENQUETE**

L'axe de la recherche est limité aux deux dernières années d'activité professionnelle des femmes dans le cadre de leur poste actuel. 71% des femmes qui ont été sélectionnées ont participé à l'enquête; elles devaient répondre à un questionnaire lors d'un entretien avec une enquêtrice. Cette étude n'a pas la prétention de faire le tour du problème de manière achevée, elle est avant tout exploratoire et traite de

grandes questions telles que la manifestation du harcèlement sexuel et ses conséquences, les réactions des travailleuses face à ce problème, les moyens adoptés par les femmes pour éviter d'être confrontées au harcèlement sexuel, le statut des auteurs, les différences entre les femmes et les diversités entre les secteurs professionnelles. Voici un résumé de quelques résultats importants de cette investigation.

#### *L'ampleur du phénomène*

Le harcèlement sexuel peut prendre différentes formes: regards insistants, remarques sexistes, commentaires grossiers et embarrassants, exposition ou usage de matériel pornographique, attouchements, invitations gênantes, avances accompagnées de promesses de récompense ou de menaces de représailles, contrainte à l'acte sexuel, agressions sexuelles et, cas extrêmes, viol ou violence physique. Certains comportements tels que les remarques, les commentaires ou l'exposition d'images pornographiques peuvent ne pas viser une personne en particulier, mais s'adresser à une catégorie de personnes en général.

Le harcèlement sexuel est imposé à la personne qui le subit et résulte de rapports de pouvoir exercés à l'encontre des femmes. Ces dernières sont à double titre exposées au harcèlement sexuel, d'une part, parce qu'elles sont femmes, et d'autre part, parce qu'elles occupent généralement des postes de subordonnées.

59% des femmes interrogées affirment avoir été confrontées au harcèlement sexuel au cours des deux dernières années.

71% des femmes harcelées ont mentionné plus d'une situation de harcèlement sexuel.

#### Manifestation du harcèlement sexuel

Type de comportements	% femmes
Paroles déplacées à l'égard des femmes en général	35%
Paroles déplacées	33%
Attitudes qui mettent mal à l'aise	30%
Propositions ambiguës ou gênantes	19%
Présence de matériel pornographique	16%
Contacts physiques non désirés	14%
Chantage sexuel	2%
Rapports sexuels imposés	0.7%
Violences physiques	0.4%
Viol, Tentatives de viol	0.2%

Le total ne donne pas 100, car il était possible de citer plusieurs situations.

n = 558 femmes

Les comportements qui ont été cités le plus fréquemment (attitudes, paroles) de même que l'usage de la pornographie ont souvent lieu publiquement. Ils sont généralement tolérés et font partie de l'environnement quotidien de travail pour beaucoup de femmes. Ces agissements sont rarement considérés comme du harcèlement sexuel, tant par les hommes que par les femmes, car ils sont encore perçus comme des rapports "normaux" de communication entre les hommes et les femmes, dont ces dernières en sont victimes.

Viennent ensuite les contacts physiques et les invitations. Ces comportements sont banalisés, car ils ne sont pas considérés comme répréhensibles la plupart du temps. L'auteur de ce type de harcèlement passe pour un dragueur, un homme qui est attiré par les femmes. Le caractère humiliant ou méprisant de son acte est ignoré.

Les comportements le moins répandus sont le chantage ainsi que les agressions physiques et sexuelles. De manière générale, ces actes ne sont pas tolérés par la société. Le viol est d'ailleurs pénalisé par la loi. Ces comportements n'ont en principe jamais lieu publiquement, il n'y a donc pas de témoins.

Plus le comportement est socialement considéré com-

me normal, banal, plus il est présent sur les lieux de travail. Ces conduites n'étant pas incriminées permettent aux auteurs d'agir en toute liberté. Par contre, lorsqu'il s'agit d'actes socialement ou pénalement répréhensibles, le phénomène est plus rare.

#### La répétition de l'acte

87% des femmes harcelées ont subi les actes d'un même auteur à plusieurs reprises.

Pour 81% d'entre elles, la situation désagréable a duré pendant plus d'un an, dont 16% de femmes se plaignent d'un harcèlement quotidien pendant plus d'une année.

Ces chiffres nous montrent que, d'une manière générale, le harcèlement sexuel n'est pas un fait isolé, un accident de parcours, une maladresse de la part d'un individu, il s'agit d'un acte répété qui persiste dans le temps.

#### Les réactions des femmes

72% des femmes harcelées ont réagi suite à ces comportements.

Les réactions sont diverses: elles reflètent, d'une part, le caractère des femmes, mais, d'autre part, elles correspondent également aux possibilités objectives que les victimes disposent pour montrer leur désaccord. Le statut de l'auteur ainsi que la fonction professionnelle vont déterminer le type de réactions.

Certaines femmes ont réagi par une réponse verbale pour exprimer leur désapprobation, d'autres sont restées froides et distantes ou ont traité ces attitudes par le mépris. La plaisanterie et l'ironie ont également été utilisées pour faire barrage aux harceleurs. Seul un très petit nombre de travailleuses a osé se plaindre, et également une minorité de femmes a pris le risque de rétorquer par la violence (giffles, coups de pied etc.).

La réaction la plus courante adoptée par les femmes est la réponse verbale indiquant une désapprobation.

Les travailleuses qui n'ont pas pu réagir suite à ces comportements gênants donnent différentes raisons: certaines sont décontenancées, voire paralysées, dans l'impossibilité physique de répliquer; d'autres sont résignées ou considèrent que ces conduites font partie de la réalité quotidienne; d'autres encore préfèrent se taire de peur de s'attirer des ennuis supplémentaires; la peur (sanction, licenciement) est

également un élément qui empêche les salariées de se défendre, surtout lorsque l'auteur est un supérieur hiérarchique.

#### *Faut-il réagir?*

*Dans 83% des cas, le harcèlement sexuel n'a pas cessé, même après réaction de la victime.*

Néanmoins, lorsque les femmes ont une réaction, témoignant d'une façon ou d'une autre leur désaccord, le harceleur a davantage tendance à interrompre son attitude désagréable que lorsque les travailleuses ne répliquent d'aucune manière. Pourtant, toute réaction ne constitue pas une garantie pour faire cesser l'abuseur: il y a tout de même 77% des femmes qui ont réagi et qui n'ont vu aucune modification dans l'attitude de l'auteur. De fait, certaines réactions semblent plus efficaces que d'autres contre le harcèlement sexuel: ce sont la froideur et le mépris vis-à-vis de l'auteur, la plainte auprès des instances compétentes et la réaction immédiate (giffle, coup).

*Le refus des harceleurs d'abandonner leurs attitudes, suite à la réprobation des femmes, témoignent de leur mauvaise intention. Les réactions des femmes devraient pourtant constituer un indice attestant leur désaccord, même si celles-ci ne l'expriment pas toujours de façon suffisamment catégorique. Certains hommes confondent encore trop souvent un "non" avec un "oui peut-être". Toutefois, les femmes sont peu préparées à affirmer clairement leurs intentions. Petites filles, elles apprennent à être gentilles, à faire plaisir, à rendre des services, à accepter, etc. Il apparaît évident qu'une fois adultes, les femmes reproduisent ce genre de comportements.*

#### *A qui en parlent les femmes?*

*58% des travailleuses harcelées se sont confiées à quelqu'un-e*

Ce sont surtout les collègues féminines ou l'entourage de la victime (famille, ami-e-s) qui sont tenus au courant. Dans quelques cas, les supérieurs hiérarchiques ou la direction ont été informés, plus rarement encore la commission du personnel, l'infirmerie, le service social de l'entreprise, le syndicat ou les groupes de femmes.

Lorsque les femmes font part de ce qui leur arrive, c'est davantage dans le but de se confier que de dénoncer la situation pour faire cesser le comportement. En effet, les instances compétentes qui auraient le pouvoir d'intervenir sont très peu informées.

Néanmoins en en parlant à d'autres collègues féminines, des femmes se rendent parfois compte qu'elles ne sont pas les seules dans cette situation, car la voisine de travail révèle à son tour qu'elle fait également partie des victimes.

*Ces données témoignent de la difficulté qu'ont les femmes pour porter plainte au sein de l'entreprise, ou à l'extérieur, auprès d'organismes comme les syndicats ou les groupes de femmes. Une des raisons qui empêchent les femmes de se plaindre est probablement la non reconnaissance du harcèlement sexuel comme un phénomène social.*

#### *Les conséquences du harcèlement sexuel*

*28% des femmes harcelées se plaignent de conséquences qui perturbent leur vie professionnelle et privée.*

Ce sont les conséquences relatives au moral des femmes qui sont citées le plus souvent. Ces situations conflictuelles rendent les travailleuses dépressives. Elles se plaignent de stress. Toute leur énergie est canalisée dans l'invention de stratégies visant à éviter les comportements ou la présence de l'auteur qui les importunent.

Les conséquences liées au travail et aux relations avec les collègues sont également souvent mentionnées. Les femmes se désintéressent de leur travail, elles n'ont plus envie de s'y rendre, elles s'absentent souvent. Certaines sont confrontées à la vengeance du harceleur qui leur mène la vie impossible.

Pressentant parfois une complicité avec l'auteur, certaines femmes finissent par se méfier de tout le monde. Elles arrivent à se sentir coupables de ce qui leur arrive, et elles n'osent pas se confier à leurs collègues, par crainte de reproches.

Les conséquences sur la santé et la vie privée sont relativement peu citées en regard des autres conséquences. Les personnes font rarement un lien entre maux physiques et conditions de travail. Néanmoins 7% des femmes ont dit souffrir de problèmes de santé importants consécutifs à des situations de harcèlement sexuel. 7% des travailleuses également endurent l'incompréhension de leur entourage. Le harcèlement sexuel est source de conflit dans la vie privée.

#### *Les stratégies d'évitement*

Toutes les femmes savent, consciemment ou inconsciemment, que le fait d'être une femme représente

des risques. Depuis toutes petites, les filles ont appris, en premier lieu, par les parents, puis par l'école, à se méfier des hommes. Elles ont entendu toutes les recommandations possibles: - "Ne fais pas du stop", - "Ne rentre pas trop tard", - "Ne sort pas avec un inconnu", - "Ne t'habille pas ainsi", etc. Elles ont été conditionnées à adopter des comportements dans le but de se protéger. Plus tard, elles vont, de façon consciente ou non, reproduire ces attitudes.

Les résultats de l'enquête relèvent clairement cet aspect:

*72% des femmes interrogées adoptent des comportements dans le but de prévenir ou de se protéger contre le harcèlement sexuel.*

La majorité des femmes disent prendre un air distant, froid, sérieux dans le but d'éviter tout mal-entendu. Certaines affirment devoir réfréner leurs élans spontanés pour parer à toute équivoque.

Une autre attitude consiste à ignorer, à faire semblant de rien ou carrément à jouer les naïves. Lorsque le climat devient ambigu, elles ne voient rien, elles n'entendent rien. De nombreuses travailleuses disent aussi s'habiller de manière à éviter les regards.

D'autres stratégies sont également évoquées: des femmes montrent d'une façon ou d'une autre qu'elles ne sont pas libres, en portant, par exemple, une alliance ou en amenant l'album de photo de famille. Certaines adoptent des stratégies permanentes pour éviter des individus connus comme des harceleurs. Un certain nombre de travailleuses déclarent tout faire pour ne pas être considérées comme des femmes provocantes. Enfin quelques femmes choisissent la solution radicale, l'isolement. Elles ne vont jamais à la cantine, elles ne fréquentent pas les apéritifs entre collègues, elles refusent de participer aux repas de fin d'année, elles ne créent aucun lien d'amitié dans le cadre du travail, etc.

Pourtant 67% des femmes qui adoptent des stratégies dans le but de se protéger contre le harcèlement sexuel sont tout de même harcelées. Les résultats sont paradoxaux.

La question est complexe, car elle aborde le rôle que doivent jouer les femmes dans cette société pour être "respectées". Ces stratégies de défense adoptées par les femmes sont, de fait, des comportements d'auto-censure. En effet, les femmes se privent d'agir comme elles le souhaiteraient, elles restreignent leurs conduites, elles ne sont pas libres de leurs mouvements. Si les femmes adoptent ces comportements, c'est essentiellement pour se prémunir contre les reproches éventuels qu'on leur adresserait si elle étaient victimes de harcèlement sexuel. Toute femme

sait, consciemment ou inconsciemment, que si elle faisait l'objet de harcèlement sexuel, elle serait rendue responsable. La société véhicule des mythes qui culpabilisent les femmes. Il est courant d'entendre dire: - "elle l'a bien cherché", - "elle aime bien cela", - "elle provoque", etc. Par conséquent les femmes, pour éviter d'être traitées en coupables, vont s'autocensurer et adapter leur conduite à ce qu'on attend d'elles.

*On incite les femmes à adopter des comportements de protection qui s'avèrent, dans la pratique, partiellement inefficaces, puisque 67% des femmes qui se prémunissent contre ce phénomène sont néanmoins harcelées.*

*Le harcèlement sexuel ou la peur d'être confrontées à cet acte a pour effet d'exercer un contrôle social sur les femmes. En effet, ces dernières vont se priver d'agir en toute liberté en se censurant elles-mêmes.*

## CONCLUSION

59% des femmes interrogées se plaignent de harcèlement sexuel ayant eu lieu au cours des deux dernières années sur leur place de travail. Pourtant le problème est encore largement ignoré: les syndicats des salarié-e-s tout comme les employeur-euse-s n'ont pas encore pris de mesures importantes pour enrayer ce phénomène. Cette situation de non reconnaissance du harcèlement sexuel comme une réalité sociale contribue à maintenir le silence sur le sujet; elle a pour conséquence de laisser croire aux femmes que le harcèlement sexuel fait partie intégrante de leurs conditions de travail. Les réactions de résignation des travailleuses en témoignent; les femmes parviennent à trouver normal de devoir supporter de la part d'un même individu, pendant plus d'une année, des attitudes obscènes ou des paroles déplacées concernant, par exemple, leur vie intime.

Aussi longtemps que ce phénomène ne sera pas pris au sérieux par les pouvoirs publics, par les milieux patronaux, par les associations de salarié-e-s ainsi que par la société en général, les auteurs de harcèlement sexuel agiront en toute légitimité et les femmes continueront à se taire.

*Am 1. Januar 1993 wird das neue Opferhilfegesetz in Kraft treten, welches eine unbürokratische und umfassende Hilfe für Opfer von Gewalttaten ermöglichen soll. Was kann dieses neue Gesetz für gewaltbetroffene Frauen bringen? Für den Aufbau und den Betrieb entsprechender Beratungsstellen sind die Kantone zuständig. Als bisher einziger Kanton hat der Kanton Zürich am 15. Oktober 1991 für Opfer von Sexualdelikten - dies sind vor allem Frauen - eine Kontaktstelle Opferhilfe eröffnet.*

### **DIE FINANZIELLE BESSERSTELLUNG DER OPFER VON STRAFTATEN GEGEN LEIB UND LEBEN**

von Jeanne DuBois

Das Opferhilfegesetz wird auf den 1. Januar 1993 in Kraft treten. Das Gesetz soll v.a. die psychischen Folgen der Straftaten mindern helfen - durch die neu vorgesehene Möglichkeit von Beratung/Betreuung und die Besserstellung der Opfer im Strafverfahren gegen den Täter. Es gibt aber neu auch einen finanziellen Aspekt. Was bringt das neue Gesetz den Opfern in finanzieller Hinsicht?

Endlich haben Opfer, u.a. Frauen, deren physische, psychische oder sexuelle Integrität verletzt wurde, mehr Rechte. Zum einen sieht das Gesetz vor, dass die Kantone Beratungsstellen einzurichten haben, die den Opfern medizinische, psychologische, soziale, materielle und juristische Hilfe leisten können. Die Kantone können zentrale Opferhilfestellen einrichten oder - unter Sicherstellung der Koordination - die Beratung/Betreuung bestehenden Stellen von Gemeinden oder privaten Institutionen überlassen. Im Kanton Zürich ist der Entscheid, welcher dieser beiden Wege eingeschlagen wird, noch nicht gefallen. Eine zentrale kantonale Beratungsstelle zu errichten, scheint wenig sinnvoll in Anbetracht der vielen Beratungsstellen, die im Kanton Zürich bereits bestehen - wie auch in anderen grösseren Kantonen wie bspw. das Nottelefon, das vergewaltigten Frauen Beratung und Betreuung anbietet, die offene Tür und andere mehr. Es versteht sich von selbst, dass dabei beachtet werden muss, dass solche Stellen Gewähr bieten, dass ihre Beratungs- und Betreuungsarbeit den Anforderungen des Opferhilfegesetzes genügen. Gegen eine zentrale kantonale Beratungsstelle spricht auch der Umstand, dass es wenig sinnvoll ist, dass jene Stelle, die die Betreuung inne hat, dieselbe ist, die die allfällige Entschädigung und Genugtuung dem Opfer zuspricht oder eben verweigert. Wie kann da das Opfer ein Vertrauensverhältnis zur beratenden Person aufbauen?

Mehr Rechte in finanzieller Hinsicht haben gemäss dem neuen Gesetz nicht alle Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben, sondern nur jene, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Frauen, die vergewaltigt wurden, die in guten finanziellen Verhältnissen leben, können vom Beratungs- und Betreuungsangebot Gebrauch machen, nicht aber finanzielle Forderungen stellen. Als Einkommensgrenze wurden Grenzbeträge nach dem Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur AHV übernommen (das Dreifache des Grenzbetrages, derzeit ca. Fr. 46'000.-- für Alleinstehende und Fr. 69'000.-- für Ehepaare).\*) Hat nun eine vergewaltigte Frau nach der Straftat ein Einkommen von weniger als dem einfachen Grenzbetrag (nach Art. EIG), erhält sie den vollen erlittenen Schaden gedeckt, so zum Beispiel die Kosten für eine Psychotherapie, die von einer Versicherung nicht übernommen werden oder Anwaltskosten und anderes mehr. Bewegt sich ihr Einkommen zwischen dem einfachen und dem dreifachen Grenzbetrag, erhält sie eine umgekehrt proportionale reduzierte Entschädigung.

Die Verknüpfung der Entschädigung mit dem Einkommen ist m.E. unbefriedigend. Der Bundesgesetzgeber wollte aber offensichtlich nur Personen, die durch die Straftat in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, entschädigen. Weshalb eigentlich? Soll ich den Schaden solch einer Gewalttat selber tragen, nur weil ich etwas mehr verdiene? Die Kantone könnten weitergehen und alle Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben voll entschädigen, ein Anliegen, das nun in die Kantonsparlamente hineingetragen werden muss! Die Kantone haben ja jetzt kantonale Einführungsgesetze zum Opferhilfegesetz zu erlassen. Die Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben sollten nicht aufgrund der angespannten kantonalen Finanzen einmal mehr zu kurz kommen.

\*) Verordnung 92 vom 21.8.1991 über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (AS 1991, 212)

*Wie können vergewaltigte Frauen diese Rechte geltend machen?*

Wurde die Straftat in der Schweiz verübt, kann sich die betroffene Frau an die Opferhilfestelle des Kantons, in welchem die Tat verübt wurde, wenden. Wie das im Detail vor sich geht, welche Gesuchsformulare aufliegen, ist noch nicht bekannt. Die Gesetze und die diesbezüglichen Verordnungen hierzu liegen mehrheitlich noch nicht vor. Wichtig ist, dass die betroffene Frau einen Vorschuss verlangen kann, wenn sie sofortige finanzielle Hilfe benötigt. Damit soll sie ihre finanziellen Rechte unbürokratisch ausüben können, ein Anliegen, das das Opferhilfegesetz betont hat. Verdient sie mehr als die erwähnten Grenzbeträge, kann sie trotzdem Forderungen geltend machen. Unabhängig von ihrem Einkommen kann eine Genugtuung ausbezahlt werden, wenn sie schwer betroffen ist und besondere Umstände es rechtfertigen, wie der Gesetzestext das nennt. Die Genugtuung ist eine Entschädigung für die immaterielle Unbill, die sie durch die Straftat erlitten hat, so die zugefügten Schmerzen, das psychische Leid. Einen Rechtsanspruch auf diese Genugtuung hat sie im Gegensatz zur Entschädigung nicht. Die Idee dahinter ist aber, dass ein Ausgleich geschaffen werden kann zum eher starren Entschädigungssystem.

Läuft überhaupt ein Strafverfahren gegen den Täter, macht das Opfer in der Regel die zivilrechtlichen Forderungen, Schadenersatz und Genugtuung im Rahmen dieses Verfahrens geltend. In diesem Fall muss aber nicht zugewartet werden, bis das Verfahren erledigt ist; dieselben Ansprüche können bei der Opferhilfestelle gemeldet werden; erfolgt die Auszahlung, ist es dann Sache des betreffenden Kantons, das Geld beim Täter zurückzufordern.

Die Frist, innert welcher Ansprüche bei der Opferhilfestelle geltend gemacht werden können, beträgt nur zwei Jahre nach der Straftat. Das ist recht kurz bemessen. Für eine betroffene Frau ist es schwierig, sich nebst der Verarbeitung des Geschehenen noch um die Finanzen kümmern zu müssen. Es wird nicht zuletzt Aufgabe der Beratungsstellen sein, das Opfer darauf hinzuweisen, die Gesuche ausfüllen zu helfen und auch da beratend zur Seite zu stehen.

Dass das Ganze recht unbürokratisch über die Bühne gehen kann, zeigt das Beispiel der Kontaktstelle für Hilfeleistungen an Opfer von Sexualdelikten - einem Teil der vom Opferhilfegesetz genannten Opfer - im Sozialamt der Stadt Zürich (siehe das nachfolgende Interview). Es ist die erste Stelle dieser Art in der deutschen Schweiz. Die Kantone können sich da ein Beispiel nehmen.

## **INTERVIEW MIT FRAU RAHEL CHERRAH**

*Kontaktstelle Opferhilfe im Sozialamt der Stadt Zürich. Gespräch vom 28.4.1992 von Jeanne DuBois.*

*Das neue Opferhilfegesetz tritt auf den 1. Januar 1993 in Kraft. Das Gesetz ist Basis für eine ganzheitliche, unbürokratische und interdisziplinäre Opferhilfe. Die Kantone sind verantwortlich für den Aufbau und den Betrieb einer Beratungsstelle, die diese umfassende Hilfe gewährleistet. Das Ganze fängt nun langsam zu laufen an. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis solche Stellen ihre Arbeit für die Opfer aufnehmen können. Die Stadt Zürich ist schon vorgeprellt. Am 15. Oktober 1991 würde die Kontaktstelle Opferhilfe innerhalb des Sozialamtes der Stadt Zürich eröffnet. Ein ungewöhnlich schnelles Vorgehen. Wie kam es dazu, Frau Cherrah?*

Es war zum einen aus der Arbeit von privaten und öffentlichen Institutionen auf dem Platze Zürich klar ersichtlich, dass ein grosses Bedürfnis besteht nach Unterstützung von Opfern von Sexualdelikten. Es bedurfte sodann langjähriger Abklärungen, bis die Voraussetzungen für die Kontaktstelle vorhanden waren. U.a. wurde das Reglement über Hilfeleistungen am Opfer von Sexualdelikten erarbeitet. Im wesentlichen hat die Adjunktin für Spezialaufgaben beim Sozialamt, Frau Liliane Waldner, diese umfassende Vorarbeit geleistet.

*Die Kontaktstelle für Opferhilfe ist, wenn ich recht informiert bin, die erste Stelle dieser Art in der Schweiz. Haben Sie Vorbilder gehabt?*

Leider nein, wir mussten bei Null anfangen. Dies hatte sowohl Vor- als auch Nachteile.

*Welches waren denn die Nachteile?*

U.a. war das Kreieren all der notwendigen Unterlagen und Formulare bspw. für die Gesuchstellung recht schwierig. Diese Unterlagen mussten neu erarbeitet werden; wir konnten auf keine Erfahrungen zurückgreifen.

*Gemäss neuem Opferhilfegesetz wird Personen Hilfe geleistet, die Opfer von Straftaten gegen die körperliche, psychische und sexuelle Integrität geworden sind. Wem hilft nun die Kontaktstelle Opferhilfe der Stadt Zürich? Das Reglement über Hilfeleistungen an Opfer von Sexualdelikten ist namentlich da für vergewaltigte Frauen, für Kinder, aber auch für Männer, die Opfer eines Sexualdeliktes geworden sind.*

*Wenn ich auf der Strasse zusammengeschlagen, aber nicht sexuell bedrängt werde, dann kann ich nicht zu*

*Ihnen kommen?*

Nein, dafür ist die Kontaktstelle Opferhilfe nicht zuständig.

*Ich habe im Reglement mit Freude entdeckt, dass die Vergewaltigung durch den Ehemann dem Sexualdelikt gleichgestellt wird. Hat da die Stadt Zürich das neue Sexualstrafrecht vorweggenommen?*

Ja, es erschien uns sehr wichtig, dass auch die Vergewaltigung in der Ehe als Sexualdelikt benannt wird und im Reglement entsprechend mitberücksichtigt werden kann.

*Laut Reglement wird auch jenen Personen Hilfe geleistet, die gefährdet sind, Opfer eines Sexualdelikts zu werden. Wie weit muss es gekommen sein, damit ich an Ihre Anlaufstelle gelangen kann?*

Sie sprechen da den präventiven Gedanken an. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass eine Gefahr besteht, Opfer eines Sexualdeliktes zu werden. Für eine Frau bspw. das Bewohnen einer Parterrewohnung in einer unsicheren Umgebung; Drohungen; Beziehungsschwierigkeiten. Wenn eine aktuelle Gefahr besteht, dann bezahlen wir bis zu Fr. 1000.-- für die Absicherung der Wohnung.

*Sind Sie auf dem Platz Zürich einfach eine Stelle mehr, die den Opfern helfen möchte und hilft, oder wie stehen Sie auch zu den anderen Stellen, wie bspw. dem Nottelefon für vergewaltigte Frauen, dem Weissen Ring etc.?*

In den vergangenen sechs Monaten hat die Kontaktstelle Opferhilfe innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung ihren Platz in der Opferhilfe gefunden. Man kann sagen, dass sie keine bestehende Institution oder Stelle ersetzt. Sie hat eine Lücke gefüllt unter den bestehenden Hilfsangeboten in der Opferhilfe. Die Lücke ist v.a. die Vernetzung von bestehenden Hilfsangeboten, dann die finanzielle Unterstützung von Opfern von Sexualdelikten, präventive Massnahmen zur Verhinderung von Sexualdelikten, z.B. die Unterstützung von Selbstverteidigungskursen oder das Mitwirken in städtebaulichen Massnahmen.

*Ihre Hilfe ist zum einen finanzielle Hilfe. Wofür zählt denn die Stadt Zürich Beiträge?*

Hier möchte ich auf das vorliegende Merkblatt verweisen, die Hilfeleistungen sind im einzelnen aufgeführt: So z.B. für juristische, medizinische und psychotherapeutische Hilfe, Umzugskosten, Lebensunterhaltskosten sowie Kosten für Sachschäden. Wichtig ist, denke ich, noch zu sagen, dass die Kontaktstelle Opfern Hilfeleistungen erbringt, wenn keine andere Institution - also Versicherungen oder andere private Stellen etc. - dafür aufkommt.

*Schaut man auch, ob der Täter bezahlt, oder kommt der einfach davon?*

Nein, wenn wir eine Möglichkeit sehen, ihn zur Kasse zu bitten, dann nicht. Es ist so, dass wir als Stadt dem Opfer das Geld vorstrecken und gegenüber dem Täter als Stadt natürlich mehr Möglichkeiten haben, dieses Geld wieder zurückzubekommen.

*Muss ich denn als betroffene Frau eine Strafanzeige machen, damit der mir entstandene Schaden von einem Gericht festgestellt wird, und ich dann diesen ersetzt erhalte?*

Wir haben im Reglement diesen schönen Begriff "in der Regel". Das heisst, die Strafanzeige ist nicht Bedingung für die Hilfeleistung. Die Stadt Zürich leistet auch Beiträge, wenn das Opfer keine Anzeige gemacht hat.

*Aber Sie klären den Sachverhalt dann doch ab. Oder wie läuft denn das praktisch ab, wenn eine betroffene Frau sich bei Ihnen meldet?*

Es ist so, dass durch die Vernetzung, die wir in den letzten sechs Monaten erreicht haben, eine enge Zusammenarbeit mit privaten Institutionen, so z.B. dem Nottelefon, besteht. Die betroffenen Frauen können sich im Gespräch mit uns durch eine solche Institution vertreten lassen. Das erleichtert dem Opfer den Zugang zu unserer Stelle und ist für uns eine sehr grosse Hilfe beim Behandeln des Gesuches um finanzielle Unterstützung.

*Reden Sie denn selber noch mit dem Opfer, um sich ein Bild zu machen von der Situation?*

Das ist in den meisten Fällen nicht nötig, eben dadurch, dass sich das Opfer vertreten lassen kann. Anhand des Gesuchsformulars haben wir auch umfassende Informationen.

*Die finanzielle Unterstützung hilft einer betroffenen Frau im Alltag. Sie finanzieren die Absicherung der Wohnung, Sie übernehmen Umzugskosten, zahlen allfällig weiteren Schaden. Diese Hilfe ist ja viel weitergehend als das neue Opferhilfegesetz es vorsieht. Kann man sagen, dass das Sozialamt der Stadt Zürich für vergewaltigte Frauen bahnbrechend ist in dieser Hinsicht - trotz der Finanzmisere der Stadt Zürich?*

Ich denke schon, dass hier neue Wege gegangen werden. Ich denke auch, die Hilfeleistungen sind wirklich abgestimmt auf die Situation der Opfer von Sexualdelikten.

*Wird denn einer betroffenen Frau auch sonstwie geholfen oder wird einfach Geld bezahlt?*

Ich denke, es ist sehr wichtig, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass wir keine Beratung anbieten. Wir crachten es als wenig sinnvoll, noch eine weitere Institution zu sein, die Beratung bietet. Es ist im weiteren sinnvoll, wenn die zwei Angebote - die Beratung einerseits und die Behandlung der Gesuche für finanzielle Unterstützung andererseits - nicht von derselben Stelle übernommen werden.

*Was unternimmt die Kontaktstelle für Opferhilfe, damit man sie überhaupt kennt? Sie haben die Zusammenarbeit mit dem Nottelefon erwähnt, aber es gelangen ja nicht alle betroffenen Frauen an das Nottelefon oder an andere Institutionen.*

Der erste Schritt an die Öffentlichkeit erfolgte schon im November des Jahres 1991 mit einer Pressekonferenz. Im zweiten Schritt war es sehr wichtig, mit Fachfrauen und -männern Kontakt aufzunehmen, eine Zusammenarbeit und Vernetzung aufzubauen und zuweisende Stellen über die Leistungen der Kontaktstelle Opferhilfe zu informieren.

*Wo liegt denn bspw. das Merkblatt auf?*

Das Merkblatt liegt mittlerweile bei fast allen Beratungsstellen der Stadt Zürich, innerhalb der Stadtverwaltung und bei allen Stellen der Opferhilfe oder Frauenberatung auf.

*Das Merkblatt spricht die deutschsprachigen Frauen an. Wenn nun eine anderssprachige Frau in der Stadt Zürich Opfer eines Sexualdeliktes wird, versteht sie das Merkblatt nicht. Kann diese Frau dann auch an Euch gelangen?*

Selbstverständlich kann auch sie an uns gelangen. In diesem Zusammenhang ist eben wieder sehr, sehr wichtig, dass auch Beratungsstellen, die für ausländische Frauen zuständig sind, diese Unterlagen haben und so die betroffene Frau im Gespräch mit uns vertreten können.

*Das Schweizerinnen-Bürgerrecht ist somit nicht Voraussetzung für Hilfeleistungen?*

Nein. Bedingung ist Wohnsitz in der Stadt Zürich.

*Die Kontaktstelle für Opferhilfe des Sozialamts der Stadt Zürich gibt es jetzt seit gut einem halben Jahr. Gibt es schon erste Resultate?*

Wie gesagt, die Kontaktstelle Opferhilfe hat auf dem Platz Zürich in der Opferhilfe in den vergangenen sechs Monaten ihren Platz gefunden. Bereits konnten Opfer unterstützt werden. Präventiv unterstützen wir Frauen und Mädchen, indem wir Beiträge an Selbstverteidigungskurse bezahlen und bei städtebaulichen Massnahmen mitarbeiten.

*Zum letzteren möchte ich noch etwas fragen. Wenn Sie in Kommissionen bspw. für Sicherheit von Parkhäusern mitarbeiten: Kann überhaupt verhindert werden, dass Frauen vergewaltigt oder zusammengeschlagen werden, so wie es bspw. im Parkhaus Urania geschah? Eine Garantie kann man nicht geben. Wir versuchen im Moment bei der Sanierung des Parkhauses Hohe Promenade ein Modell zu erarbeiten, um die subjektive und objektive Sicherheit von Frauen zu vergrössern.*

*Zum Schluss noch eine ganz persönliche Frage, Frau Cherrah. Sie sind ja erste Opferhilfestellenleiterin - was braucht es für diese Tätigkeit?*

Ich denke, was ich mitbringe, ist eine langjährige Erfahrung in den diversen Bereichen der Sozialarbeit im In- und Ausland. Es ist für mich eine grosse Herausforderung, und ich bin dankbar, dass ich diese Stelle aufbauen kann. Zum andern ist es auch eine Auseinandersetzung mit meiner Rolle als Frau in unserer Gesellschaft.

*Wie ist die Resonanz auf diese Stelle in- und ausserhalb der Stadtverwaltung?*

Man muss dabei in Betracht ziehen, dass Sexualdelikte und alles, was damit zusammenhängt, ein Tabuthema betrifft und dass Widerstände auftauchen. Sehr wichtig war für mich in den vergangenen sechs Monaten die Unterstützung der Fachfrauen in der Stadt Zürich.

## **AMELIORATION DE L'AIDE FINANCIERE AUX VICTIMES D'INFRACTIONS**

par Jeanne Dubois

La loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions entrera en vigueur le 1er janvier 1993. Elle doit avant tout servir à amoindrir les conséquences psychiques des infractions puisqu'elle prévoit désormais la possibilité de conseiller et d'encadrer les victimes ainsi que d'améliorer leur position dans la procédure pénale engagée contre les agresseurs. Elle comporte également un élément nouveau sur le plan financier. En quoi consiste-t-il?

Les personnes, notamment les femmes, qui ont subi du fait d'une infraction une atteinte directe à leur intégrité corporelle, psychique ou sexuelle ont enfin davantage de droits. La loi, d'une part, prévoit que les cantons veillent à mettre sur pied des centres de consultation chargés d'apporter aux victimes une aide médicale, psychologique, sociale, matérielle et juridique. Cette tâche peut être confiée à des services centralisés d'aide aux victimes ou - tout en veillant à assurer la coordination notamment - à des services déjà en place dans les communes ou des institutions privées. Le canton de Zurich ne s'est pas encore prononcé sur l'une ou l'autre solution. Vu les nombreux centres de consultation que compte déjà ce canton - de même que d'autres grands cantons -, par exemple Nottelphon (SOS téléphone), qui apporte conseils et appui aux femmes violées, die Offene Tür (La Porte ouverte), il ne serait pas très judicieux de créer un organe central. Ces centres offrent évidemment, il faut en tenir compte, toutes garanties que leurs prestations satisfont aux exigences de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions. Autre argument à l'encontre d'un organe cantonal: cela n'aurait guère de sens que le même service s'occupe à la fois d'assurer l'encadrement de la victime et de lui accorder ou lui refuser les éventuelles indemnités et réparations morales. Comment celle-ci pourrait-elle dès lors établir un rapport de confiance avec la personne à qui elle demande conseil?

La nouvelle loi, d'autre part, confère des droits accrus du point de vue financier aux victimes d'infractions, pour autant que leur revenu ne dépasse pas une certaine limite. Par exemple, une femme qui a subi un viol et dont la situation matérielle est saine peut bénéficier des conseils et de l'encadrement of

ferts mais pas prétendre à une aide financière. Les revenus déterminants sont fondés sur les limites fixées dans la loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (LPC). Ils ne doivent pas dépasser le triple de la limite supérieure, soit, actuellement, env. 46'000.-- fr. pour une personne seule et 69'000.-- fr. pour un couple<sup>\*)</sup>. Si une femme violée réalise après l'infraction un revenu inférieur au montant limite simple fixé selon la LPG, le dommage subi est couvert intégralement, y compris par exemple, les frais de psychotérapie et les frais d'avocat non couverts par l'assurance. Si son revenu dépasse cette limite supérieure, elle reçoit une indemnité réduite, inversement proportionnelle. Le lien entre indemnité et revenu, à notre avis, n'est pas satisfaisant. Le législateur a manifestement voulu n'indemniser que les personnes auxquelles l'infraction subie occasionne des difficultés économiques. Et pourquoi donc? Dois-je assumer moi-même le dommage résultant d'un acte aussi honteux pour la simple raison que je gagne un peu mieux ma vie? Les cantons pourraient aller plus loin et indemniser intégralement toutes les victimes ayant subi une atteinte directe à leur intégrité corporelle, psychique ou sexuelle, demande qu'il s'agit maintenant de porter devant leurs parlements! Ils doivent également édicter des lois cantonales d'introduction à la loi sur l'aide aux victimes d'infractions. Celles-ci ne devraient pas une fois de plus pâtir de la situation financière tendue que connaissent les cantons.

*Comment une femme victime d'un viol peut-elle faire valoir ces droits?*

Si l'infraction a été commise en Suisse, la victime peut par exemple s'adresser au centre de consultation du canton dans lequel elle s'est produite. Comment procéder dans les détails, quels formulaires de demande utiliser, jusqu'à présent rien n'a été défini. La plupart du temps, il n'existe pas encore de lois ni d'ordonnances d'exécution à ce sujet. Ce qui importe, c'est que la femme concernée ait la possibilité de demander une provision lorsqu'elle a besoin d'une aide pécuniaire urgente. Il faut par conséquent qu'elle puisse exercer ses droits sur le plan financier

<sup>\*)</sup> Ordonnance 92 du 21.8.1991 sur les adaptations des prestations complémentaires à l'AVS/AJ (RO 1991, 212).

sans se heurter à des tracasseries administratives, comme le souligne d'ailleurs la loi sur l'aide aux victimes d'infractions. Si son revenu est supérieur aux montants limites mentionnés, qu'elle ne perde pas courage. Elle peut, aux termes de la loi, demander une réparation morale indépendamment du niveau de son revenu lorsqu'elle a subi une atteinte grave et que des circonstances particulières le justifient. La réparation constitue une indemnité pour le tort moral subi, soit les douleurs et la souffrance psychique ressenties. La victime ne peut légitimement prétendre à une telle réparation, alors qu'elle a droit à une indemnité. L'idée est de compenser un système d'indemnisation plutôt rigide.

Si une procédure pénale a été ouverte contre l'auteur de l'infraction, la victime, en règle générale, peut intervenir et faire valoir ses prétentions civiles, en l'occurrence les dommages et intérêts et la réparation morale; il ne faut pas attendre patiemment que la procédure soit close. Elle peut formuler les mêmes exigences auprès du centre de consultation; si un paiement est effectué, il incombe au canton concerné de récupérer l'argent auprès de l'auteur de l'infraction.

Le délai dans lequel les exigences peuvent être formulées auprès du centre de consultation est de deux ans seulement, à compter du jour où l'infraction a été commise, ce qui est très-court. Il est en effet pénible, pour la victime, de devoir gérer ce qu'elle a vécu et s'occuper en outre d'aspects financiers. Ce sera l'une des tâches, et non la moindre, des centres de consultation de renseigner et de conseiller les victimes sur ce dernier point et de les aider à remplir les demandes d'aide financière.

L'exemple du Service d'aide aux victimes de délits sexuels (Kontaktstelle für Hilfeleistungen an Opfer von Sexualdelikten) - une catégorie de victimes parmi celles considérées dans la loi - de l'Office social de la ville de Zurich (voir interview dans le texte allemand), montre qu'il est possible de traiter une affaire de A à Z sans occasionner de tracasseries administratives à la victime. C'est le premier service du genre en Suisse alémanique. Les autres cantons pourraient prendre exemple sur lui.

(Traduction: Francine Matthey)



6.13 Jedesmal ist es ein Kampf. Ich leiste soviel Widerstand, wie ich wage. Ich will nicht noch härtere Schläge kassieren. Er wird mich schlagen, egal was ich tue. Wenn ihm nicht gefällt, was ich tue, wird er um so gemeiner. Ich kann lediglich versuchen zu verhindern, daß er mich umbringt. Elf. Ich kenne jede Bewegung von ihm und weiß, was sie für mich bedeutet. Ich kenne alles, was ihm gefällt, und weiß, wie ich ihm nicht nachgebe. Ich lasse ihn mich zwingen. Ich gebe ihm nichts, es sei denn, er zwingt oder prügelt mich erst. Ich mache es so schwer wie möglich. Er predigt von der Dummheit aller Frauen. Aber noch nie sei ihm eine begegnet, die so dumm ist wie ich. Er schlägt mich wegen meiner Dummheit. Er schlägt mich wegen meines Widerstands. Er schlägt mich wegen meiner Verstocktheit. Er schlägt mich, weil ich nicht mitspiele. Er schlägt mich für meine Aufsässigkeit. Er schlägt mich, weil ich ihm versage, was ich nur kann. Er schlägt mich, weil er mich gern schlägt.

6.14 Ich bekämpfe ihn, so gut ich es kann und weiß. Als er mir sagt, daß ich verrückt bin, habe ich nichts mehr zum Kämpfen. Ich werde lieb. Ich werde willig. Ich versuche, es ihm recht zu machen. Das ist besser, sagt er. Es hat reichlich lange gedauert, bis du begriffen hast. Ich schwöre, daß ich von nun an alles tun werde, was er will. Ich will nicht eingesperrt werden. O nein. Ich will leben. Ich will nicht vom Leben und von meinen Träumen abgeschnitten und eingesperrt werden.

6.16 Oben bin ich ein Kind ohne jede Erinnerung. Da ist kein Tag zu durchleben. Ich bin ein Zombie. Ich versuche, meinen Körper vor mir zu verbergen. Meine Mutter sagt, ich sei unkooperativ geworden. Sie beklagt sich über meine mürrischen Tage. Niemand fragt mich nach meinen Nächten. Ich schweige. Ich habe die Sprache verloren. Er hat gesagt, wenn ich es irgendwem erzähle, wird er mich einsperren lassen, weil ich verrückt sei. Oder er wird mich umbringen. Ich habe nicht mehr den Mut, über irgend etwas zu sprechen. Dunkelheit. Sie ist so böse, daß sie nie tut, was Vati sagt. Dunkelheit. Vatis Gesicht. Vatis Hände. Vatis Mund. Vatis Penis. Gute Nacht, Vati. Gute Nacht.

## **AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUM THEMA GEWALT GEGEN FRAUEN**

(ab 1987)

**BADER** Susanne/**LEISER** Annemarie/**OBRIST** Yvonne: Frauenhaus Zürich. Ein Buch über einen 10-jährigen Prozess feministischer Arbeit. Zürich 1990.

**BÖSEL** Monika: Nach dem Frauenhaus. Misshandelte Frauen berichten. Frankfurt a.M. 1989.

**BRAUEN** Barbara/**BALDENWEG** Caroline: Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum. Eine Anregung zu einer frauenfreundlicheren Raumplanung in der Stadt Bern. Regionsportrait im Rahmen des propädeutischen Praktikums. Bern 1992.

**BRANDAU** Heidrun/**HAEP** Margreth/**HAGEMANN-WHITE** Carol/del Mestre Annette: Wege aus Misshandlungsbeziehungen. Unterstützung für Frauen und ihre Kinder vor und nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus. Pfaffenweiler 1990.

**BURGARD** Roswitha: Mut zur Wut. Befreiung aus Gewaltbeziehungen. Berlin 1988.

**CAIGNON** Denise/**GROVES** Gail (Hg.): Schlagfertige Frauen. Erfolgreich wider die alltägliche Gewalt. Berlin 1990.

**CARMERON** Deborah/**FRAZER** Elizabeth: Lust am Töten. Eine feministische Analyse von Sexualmorden. Berlin 1990.

**ENDERS** Ursula (Hg.): Zart war ich, bitter war's. Sexueller Missbrauch an Mädchen und Jungen. Erkennen - Schützen - Beraten. Köln 1990.

**ENGELFRIED** Constance: Vergewaltigung - Was tun mit den Männern? Bestandesaufnahme und Analyse eines Männerproblems aus Frauensicht. Braunschweig 1990.

**GERHART** Ulrike/**HEILIGER** Anita/**STEHR** Annette (Hg.): Tatort Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung von Frauen. München 1992.

**GODENZI** Alberto: Bieder, brutal. Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt. Zürich 1989.

**HANETSEDER** Christa: Frauenhaus: Sprungbrett zur Freiheit? Eine Analyse der Erwartungen und Erfahrungen von Benutzerinnen. Beitrag zur Evaluation eines feministischen Projekts. Bern 1992.

**HEYNE** Claudia: Tatort Couch. Sexueller Missbrauch in der Therapie - Ursachen, Fakten, Folgen und Möglichkeiten der Verarbeitung. Zürich 1991.

**KAZIS** Cornelia (Hg.): Dem Schweigen ein Ende. Sexuelle Ausbeutung von Kindern in der Familie. Basel 1988.

**KILLIAS** Martin: Les Suisses face au crime. Leurs expériences et attitudes à la lumière des enquêtes suisses de victimisation. Grösch 1989.

**LICHT** Maren: Vergewaltigungsoffer. Psychosoziale Folgen und Verarbeitungsprozesse. Pfaffenweiler 1989.

**LINDNER** Susanne: Tatort Ehe. Zur sexuellen Gewalt in Mann-Frau-Beziehungen. Wien 1992.

**RECHSTEINER** Franziska/**TSCHOFEN** Rut/**MEIER SCHMID** Barbara: "...Am liebsten hätte ich eine Leibwächterin." Begleitung nach dem Frauenhaus. Diplomarbeit an der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit Solothurn. Solothurn 1991.

**SIMONSEN** Kerstin/**ZAUKE** Gabriele: Sicherheit im öffentlichen Raum. Städtebauliche und planerische Massnahmen zur Verminderung von Gewalt. Zürich/Dortmund 1991.

**WIRTZ** Ursula: Seelenmord, Inzest und Therapie. Zürich 1989.

Botschaft zur einem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG) und zu einem Bundesbeschluss über das Europäische Uebereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 25. April 1990, Bundesblatt 1990 II, S. 691ff.

**Bundesamt für Statistik** (Hg.): Kriminalstatistik - Sexualität und Repression. In: Statistik aktuell Nr. 4, März 1986.

**Demokratische Juristinnen Basel** (Hg.): Was heisst hier Vergewaltigung? Sexualstrafrecht aus feministischer Sicht. Basel o.J. (1988).

**Eidgenössische Kommission für Frauenfragen** (Hg.): Ausgewählte Literatur zum Thema Gewalt. In: F-Frauenfragen Nr. 1/1990.

## **CHRONIK DER LAUFENDEN EREIGNISSE FEBRUAR - MAI 1992**

von Elisabeth Kaestli

### **BASLER REGIERUNGSRAETIN GEWAEHLT**

(16.2.) Im zweiten Wahlgang hat das Basler Stimmvolk die 36jährige VPOD-Sekretärin Veronica Schaller zur ersten Regierungsrätin im Kanton Basel-Stadt gewählt. Die SP-Kandidatin warf den bisherigen SP-Regierungsrat Remo Gysin aus dem Sattel. Mit ihr zieht der Liberale Ueli Vischer neu in die Exekutive ein. Im ersten Wahlgang hatten die bisherigen Karl Schnyder (DSP) und Hansruedi Striebel (FDP) sowie die beiden Neulinge Christoph Stutz (CVP) und Jörg Schild (FDP) die Hürde des absoluten Mehrs geschafft. Damit bleibt die parteipolitische Zusammensetzung der Basler Regierung wie bisher.

### **ST. GALLEN LIBERALISIERT FORTPFLANZUNGSMEDIZIN**

(19.2.) Das Kantonsspital in St. Gallen kann seine Samenbank wieder öffnen, hat doch das Parlament einer liberalen Regelung der Fortpflanzungsmedizin zugestimmt: In-vitro-Fertilisation und Samenspende durch Dritte sind wieder zugelassen. Ein früheres Gesetz hatte diese Techniken untersagt, es war jedoch 1989 vom Bundesgericht als verfassungswidrig bezeichnet worden. Auch nach dem neuen Gesetz können aber nur Ehepaare von den Möglichkeiten der In-vitro-Fertilisation oder Samenspenden Gebrauch machen. Zudem sollen Eltern und das künstlich gezeugte Kind in die Akte über den Samenspende-Einsicht nehmen können; dadurch wird voraussichtlich das Angebot an Samenspendern sehr reduziert.

### **NACTARBEIT: UEBEREINKOMMEN NR. 89 GEKUENDIGT**

(20.2.) Der Bundesrat hat das Uebereinkommen Nr. 89 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), welches ein Nachtarbeitsverbot für Frauen beinhal-

tet, gekündigt. Das in der Schweiz gültige Nachtarbeitsverbot für Frauen soll jedoch erst aufgehoben werden, wenn der Schutz aller Beschäftigten, die in der Nacht arbeiten, durch eine Revision des Arbeitsgesetzes verbessert worden ist. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften und der meisten Frauenorganisationen ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das 1919 in Kraft getretene internationale Uebereinkommen nicht mehr für weitere zehn Jahre Gültigkeit haben soll. Er begründet dies mit der Notwendigkeit, sich den veränderten nationalen und internationalen Verhältnissen anzupassen und wettbewerbsfähig zu bleiben. 1991 hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg das Nachtarbeitsverbot für Frauen als nicht vereinbar mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter erklärt.

### **GENERALSEKRETAERIN DER BUNDESVERSAMMLUNG GEWAEHLT**

(20.2.) Erstmals hat das eidgenössische Parlament eine Frau an die Spitze des Generalsekretariats der Bundesversammlung gewählt: die 44jährige Annemarie Huber-Hotz. Sie wird Nachfolgerin des in den Ruhestand tretenden Jean-Marc Sauvant. Die Freisinnige Annemarie Huber-Hotz war bisher Stellvertretende Generalsekretärin. Sie steht seit 1978 im Parlamentsdienst und hat Studien in Soziologie und Ethnologie sowie in politischen Wissenschaften abgeschlossen.

### **FEUERWEHRPFLICHT FUER FRAUEN IN LUZERN UND THURGAU**

(29.2.) Wie Schaffhausen und St. Gallen wollen nun auch die Kantone Luzern und Thurgau die Feuerwehropflicht für Frauen einführen. In Luzern ist der Feuerwehrdienst für Frauen seit 1984 auf freiwilliger Basis möglich. Ein neuer Gesetzesentwurf sieht nun vor, dass ab 1993 sowohl Frauen wie Männer obligatorisch entweder Feuerwehrdienst zu leisten haben oder Ersatzabgabe zahlen müssen. Auch der Kanton Thurgau revidiert sein Feuerschutzgesetz und führt die Feuerwehropflicht für Frauen ein. Allerdings soll bei Ehepaaren die Feuerwehropflicht als erfüllt gelten, wenn einer der beiden Ehepartner aktiv Feuerwehrdienst leistet.

### *LUECKEN BEIM MILITAERISCHEN FRAUEN-DIENST*

(2.3.) Beim Militärischen Frauendienst (MFD) meldeten sich 1991 nur 52 Freiwillige, was zu grossen Bestandeslücken führte. Vor zehn Jahren hatten sich noch 650 Frauen eingeschrieben. MFD-Chefin Eugénie Pollak sieht als eine Ursache des Nachwuchsmangels die schlechtere Wirtschaftslage; Arbeitgeber seien weniger bereit, die Frauen für den Militärdienst freizustellen.

### *NATIONALRAT WILL BUNDESLOESUNG FUER KINDERZULAGEN*

(3.3.) Nach dem Willen des Nationalrates sollen die Kinderzulagen künftig in der ganzen Schweiz mindestens 200 Franken betragen. Heute sind sie von Kanton zu Kanton verschieden und variieren zwischen 100 und 230 Franken pro Kind. Mit einer parlamentarischen Initiative schlug nun SP-Nationalrätin Angeline Fankhauser vor, einheitliche Kinderzulagen von minimal 200 Franken pro Kind (indexiert) einzuführen. Die vorgeschlagene Regelung muss noch vom Ständerat beraten werden.

### *QUOTEN-INITIATIVE DER PDA GESCHEITERT*

(3.3.) Der Partei der Arbeit (PdA) ist es nicht gelungen, fristgerecht die notwendigen Unterschriften für ihre Initiative für eine bessere Frauenvertretung in den politischen Gremien zu sammeln. Anstatt der notwendigen 100'000 Unterschriften hat sie nur 40'000 zusammengebracht. Die Initiative verlangte, dass jeder Behörde mindestens 40 Prozent Frauen (bzw. Männer) angehören müssen.

### *NACHTARBEIT BEI UHRENFABRIK ETA GESTOPPT*

(6.3.) Das Verwaltungsgericht des Kanton Solothurn hat eine befristete Bewilligung für Nachtarbeit von Frauen bei der Uhrenfirma ETA in Grenchen aufgehoben. Das Gericht sah keine ausreichenden Gründe für eine Ausnahmegewilligung; somit dürfen die vier betroffenen Frauen ab sofort keine Nachtarbeit mehr leisten. Das Gericht folgte einer Beschwerde der Gewerkschaft SMUV, die die Bewilligung des kantonalen Arbeitsinspektorates angefochten hatte.

### *AKTIONEN ZUM INTERNATIONALEN TAG DER FRAU*

(8.3.) Keine nationale Kundgebung, dafür Aktionen in vielen Orten der Schweiz, war in diesem Jahr das

Losungswort für den 8. März, den internationalen Tag der Frau. Nachdem sich diese Form von Protest am Frauenstreik vom 14. Juni 1991 bewährt hatte, verzichtete die Ofra in diesem Jahr darauf, eine nationale Kundgebung zu organisieren, welche Jahr für Jahr weniger Zulauf fand. Stattdessen haben Frauen in den verschiedensten Städten Aktionen durchgeführt: eine Hexensuppe zur Eröffnung des Frauenzentrums in La Chaux-de-Fonds, einen Literaturapéro in Aarau, ein "Aktionszsmorge" in Baden, Stadtführung auf Frauenspuren in St. Gallen, Frauenfilme in Chur und Freiburg, eine Kundgebung gegen Sexismus und für Frauenräume in Zürich und anderes mehr.

### *EXPERTENKOMMISSIONEN WERDEN LANGSAM WEIBLICHER*

(13.3.) In den ausserparlamentarischen Expertenkommissionen sind zurzeit rund 15 Prozent der Mitglieder Frauen, d.h. 572 von insgesamt 3'770 Kommissionsmitgliedern. Dies ist gegenüber dem Stand von 1989, als 20 Nationalrätinnen den Bundesrat auf die krasse Untervertretung der Frauen hinwiesen und Abhilfe forderten, ein Fortschritt. Für kommenden Jahr wird eine weitere Zunahme des Frauenanteils erwartet, werden doch auf diesen Zeitpunkt die Mitglieder der Kommissionen durch die Departementsvorsteher neu gewählt. Der Bundesrat hat in den eben revidierten Kommissionsrichtlinien festgelegt, dass der Frauenanteil in einem ersten Schritt auf 30 Prozent und längerfristig auf 50 Prozent zu erhöhen sei.

### *VORGEZOGENER TEIL DER 10.-AHV-REVISION: GESCHIEDENE BESSERGESTELLT*

(18.3.) Bei geschiedenen Frauen, die Kinder aufgezogen haben, soll künftig die AHV-Rente nicht nur aufgrund des eigenen Einkommens berechnet werden, sondern durch eine Kinder-Erziehungsgutschrift ergänzt werden. Wenn der Ständerat dieser Regelung zustimmt, tritt sie 1994 in Kraft. Die übrigen vorgezogenen Massnahmen, denen der Ständerat bereits zustimmte, treten 1993 in Kraft. Dazu gehören eine neue Rentenformel, die Personen mit kleinen Einkommen höhere Renten bringt, der Ausbau der Hilflosenentschädigung und die Erhöhung des Bundesbeitrages an die AHV. In einem zweiten Paket soll die 10. AHV-Revision nach dem Willen der vorberatenden nationalrätlichen Kommission den Übergang zur Individualrente (Splittingsystem) bringen.

### **NATIONALFONDS-PROJEKT ZUR GLEICHSTELLUNG**

(23.3.) Der Nationalfonds will mit einem Forschungsprogramm die Gleichstellung von Frau und Mann fördern. Für das fünfjährige Forschungsprogramm stehen sechs Millionen Franken zur Verfügung. Die Forscherinnen und Forscher sollen wissenschaftliche Grundlagen für Handlungsstrategien zur Gleichstellung erarbeiten.

### **FRAUENHAUS GRAUBUENDEN VON KANTON WEITERHIN UNTERSTUETZT**

(25.3.) Die Weiterführung des Frauenhauses Graubünden ist dank der Zusage eines kantonalen Betriebsbeitrages für die nächsten drei Jahre gesichert. Allerdings will der Kanton maximal 80 Prozent der Bruttoaufwendungen des Frauenhausbetriebes übernehmen, beziehungsweise höchstens 180'000 Franken für die Zeitspanne von drei Jahren. Die übrigen Kosten sollen von privaten Organisationen, Kirchen und Gemeinden getragen werden. Das Frauenhaus in Chur wurde 1988 eröffnet und musste im vergangenen Jahr bereits 20 Frauen wegen Platzmangels abweisen.

### **OBWALDNER REGIERUNGSRAETIN GEWAHLT**

(26.4.) Die Landsgemeinde von Obwalden hat Maria Kuchler von der CVP in den Regierungsrat gewählt. Die 51jährige Sarnerin und ursprüngliche Lehrerin ist Geschäftsfrau und Mutter von vier erwachsenen Kindern. Seit 1990 sitzt sie im Kantonsparlament von Obwalden. In der Regierung ersetzt sie den zurückgetretenen Alexander Höchli.

### **MONIKA WEBER ALS LDU-PRAESIDENTIN GEWAHLT**

(27.4.) Am Parteitag des Landesringes der Unabhängigen (LdU) ist Ständerätin Monika Weber einstimmig zur neuen Parteipräsidentin gewählt worden. Die 49jährige Migros-Direktorin ersetzt Franz Jaeger an der Parteispitze.

### **VORENTWURF FUER NEUES SCHEIDUNGSRECHT**

(29.4.) Das Scheidungsrecht aus dem Jahr 1907 soll den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden. Ein Gesetzesentwurf ist heute in Vernehmlassung gegangen, und 1994 soll er dem Parlament vorgelegt werden. Eine wichtige Neuerung ist

der Verzicht auf eine Schuldzuweisung bei Scheidungsprozessen; die Konventionalscheidung soll die Regel werden. Damit Ehen nicht übereilt geschieden werden, ist eine zweimalige Anhörung der Ehepartner durch den Richter vorgesehen, sowie eine zwei-monatige Bedenkfrist. Auch die finanziellen Regelungen gehen nicht mehr von einer Schuldzuweisung aus. Ansprüche auf Pensionskassengelder, die während der Ehe erworben wurden, sollen hälftig geteilt werden. Und die Unterhaltsbeiträge bemessen sich aufgrund der Aufgabenteilung während der Ehe, sowie nach Einkommen, Vermögen, Dauer der Ehe, Alter der Partner und Aussichten auf den beruflichen Wiedereinstieg. Die elterliche Gewalt über die Kinder sollen sich die Eltern bei gegenseitigem Einverständnis teilen können.

### **SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH IN BASELSTADT ERLEICHTERT**

(1.5.) Im Kanton Basel-Stadt tritt heute eine neue Verordnung in Kraft, welche den Kreis der zugelassenen GutachterInnen bei Schwangerschaftsabbruch stark erweitert. Statt der bisher 30 amtlich autorisierten AertztInnen sind nun sämtliche 600 SpezialärztInnen mit FMH-Titel berechtigt, die Ermächtigung zur Gutachtertätigkeit für Schwangerschaftsabbrüche zu erhalten. Die Liste der ermächtigten Aerzte soll jeweils im Amtsblatt veröffentlicht werden. Im weiteren wird ein Tarifschutz für Kassenpatientinnen eingeführt, womit verhindert wird, dass Aerzte Erstklassstarif berechnen. Die Kosten des Gutachtens (300 Franken) und des Abbruchs (ca. 900 Franken) werden von den Kassen übernommen. Mit der neuen Verordnung hat der Kanton Basel-Stadt nach dem Kanton Bern die fortschrittlichste Regelung für Schwangerschaftsabbrüche.

### **VERFASSUNGSARTIKEL UEBER GENTECHNOLOGIE ANGENOMMEN**

(17.5.) Mit rund 1,27 Mio. Ja gegen 450'000 Nein haben die Stimmberechtigten dem Verfassungsartikel über Fortpflanzungs- und Gentechnologie zugestimmt. Der neue Artikel 24 decies verbietet Eingriffe in das Erbgut von menschlichen Keimzellen und Embryonen. Die In-vitro-Fertilisation ist dagegen mit Auflagen erlaubt. Für die Tier- und Pflanzenwelt enthält der Verfassungsartikel nur einen nicht genauer umschriebenen Schutz. Durch Gesetzesregelungen muss nun der Verfassungsartikel weiter konkretisiert werden.

## REVISION DES SEXUALSTRAFRECHTES GE- NEHMIGT

(17.5.) Die Stimmberechtigten haben die Revision des Sexualstrafrechtes deutlich angenommen, nämlich mit rund 1,25 Mio. Ja gegen 461'000 Nein. Neu ist im Gesetz der Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe enthalten. Das bedeutet, dass auf Antrag auch eine Vergewaltigung innerhalb einer Ehe strafbar ist. Das Schutzalter für Jugendliche beträgt weiterhin 16 Jahre; aber Jugendliebe ist nicht mehr strafbar, wenn der Altersunterschied zwischen dem/der unter 16jährigen und ihrem (ihrer) PartnerIn weniger als drei Jahre beträgt. Eine weitere Neuerung ist, dass Homo- und Heterosexualität im revidierten Sexualstrafrecht gleich behandelt werden.

## DORI SCHAER REGIERUNGSRÄTIN IM KANTON BERN

(17.5.) Im Kanton Bern ist die 50jährige SP-Kantonparlamentarierin Dori Schaer-Born in den siebenköpfigen Regierungsrat gewählt worden. Sie ersetzt den zurückgetretenen René Bärtschi (SP). Nach Leni Robert, die von 1986-90 Bernische Regierungsrätin war, sitzt zum zweiten Mal eine Frau in der Kantonsregierung. Insgesamt zählt die Schweiz nun zehn Frauen in den kantonalen Exekutiven.



8.5 Bett. Ich kann nicht schlafen. Ich will nicht schlafen. Ich will darüber nachdenken, was das alles bedeutet. Ich will überhaupt nicht mehr denken. Da ist kein Mond heute nacht, der mir hilft. Die Straße unter meinem Fenster ist verlassen. Die Männer sind fort. Aus dem Elternschlafzimmer dringt kein Laut. Eine oder zwei meiner Schwestern schnarchen. Jemand dreht sich um, und die Sprungfedern ächzen. Ich ziehe die Decke fest um mich. Ich kann gar nicht aufhören zu zittern. Ich kann einfach nicht warm werden. Das Zimmer ist dunkel. Meine Welt ist dunkel. Ich weiß nicht, wie ich noch leben kann. Ich weiß nicht, wie ich dem Morgen begegnen kann.

8.9 Ich grüble lange. Warum ist die Welt so? Warum kann er tun, was er will? Warum kann ich nie tun, was ich will? Warum kann er mich schlagen, auch wenn ich nichts Böses getan habe? Warum gefällt es ihm, mich zu schlagen? Warum kann ich nicht mit jemand leben, der mich liebt? Und dann dämmert es mir. Ich bin gar nicht seine Tochter. Ich kann's nicht sein. Niemand behandelt so seine Tochter. Ich muß adoptiert sein. Unsinn. Du bist nicht adoptiert. Muß ich aber sein. Das würde es erklären. Wann wurdest du adoptiert? Du erinnerst dich an Dinge von damals, als du klein warst in Holland. Ansonsten macht das gar keinen Sinn. Vielleicht haben sie dich belogen. Vielleicht bin ich wirklich adoptiert. Ja. So ist es. Ich bin adoptiert.

8.10 Aber das bedeutet ja, daß es nicht aufhört. Das bedeutet, daß er mit mir machen kann, was er will. Ich bin nicht wirklich seine Tochter, aber er hat Rechte. Das bedeutet, daß es nie aufhören wird. Ich grüble, ob ich weglaufen könnte. Wohin könnte ich laufen? Wie könnte ich überhaupt aus dem Haus kommen? Ich taxiere das Fenster. Ich könnte auf das Verandadach klettern und dann am Baum runterrutschen. Ja, ich käme raus. Aber wohin dann? Ich kenne keinen Menschen, der mich aufnehmen würde. Alle halten mich für böse, weil ich böse Dinge über meinen Vati erzähle. Sie sagen, ich weiß ja nicht, was ich da rede. Sie sagen, ich bin undankbar. Sie würden mich heimschicken. Das wäre das Schlimmste. Wenn ich weglaufe und mich dann jemand nach Hause bringt, würde er mich bestrafen. Und ich will nicht, daß er mich noch einmal schlägt.

**CHRONIQUE FEVRIER A JUIN 1992**

par Brigitte Mantilleri

**A LA UNE**

Sylviane Klein est depuis le début de cette année la nouvelle rédactrice en chef de Femmes Suisses, le seul mensuel féministe de Suisse romande. Agée de 37 ans, mariée et mère de deux enfants, elle est aussi syndique de Montpreveyres dans le canton de Vaud. Elle succède à Silvia Ricci Lempen qui reste membre du comité de rédaction.

(13 fév) En novembre dernier, Susan Gasser, qui anime un groupe de recherches à l'Institut de recherches expérimentales sur le cancer à Lausanne, recevait à Berne le prestigieux Prix national de biologie et médecine de la Fondation Latsis, attribué par le Fonds national de la recherche scientifique. Il récompense des chercheurs âgés de moins de quarante ans. Originaire de la Côte ouest des Etats-Unis, Susans Gasser a épousé un enseignant obwaldien. Mère d'un garçon de six ans, elle dit: "Il est difficile d'avoir une famille et de travailler dans la recherche scientifique. J'ai la chance d'avoir un mari enseignant compréhensif qui a des horaires souples. Si une femme est chef de groupe, elle ne peut arrêter sa carrière pour élever des enfants car elle se retrouverait dépassée en six mois. Dans les autres pays, il y a plus de femmes dans la recherche scientifique, peut-être parce que le système est plus flexible et qu'il y a des structures d'accueil pour les enfants et surtout une attitude plus progressiste, des maris comme de la société."

(12 mars) Erica Deuber-Pauli (PdT) devient la nouvelle adjointe à la direction culturelle de la Ville de Genève. Elle s'est imposée devant 77 concurrent(e)s pour devenir le bras droit du conseiller administratif Alain Vaissade.

(12 mars) Luz Thomas est la nouvelle présidente de la section La Côte de la Croix-Rouge suisse. Elle remplace Eric Nussle.

(13 avril) Ruth Luthi, la seule conseillère d'Etat de Suisse romande mise sur la transparence. Même si après cent jours passés à la tête du Département

cantonal fribourgeois de la santé publique et des affaires sociales, elle regrette de n'avoir pas plus de temps à consacrer au dialogue.

(13 avril) Cilette Cretton est élue présidente du Parti radical-démocratique cantonal. Une belle victoire dans un canton, le Valais, où peu de femmes sont présentes dans la vie politique.

(16 avril) Claire Luchetta-Rentchnik, députée au Grand Conseil genevois depuis douze ans, vient d'être nommée présidente des Cours commerciaux de Genève.

(25 avril) Depuis un an, les sidéens de Genève ont une pasteure. Dominique Roulin est à l'écoute. Parisienne d'origine, cette femme de 33 ans gère à mi-temps le Centre universitaire protestant (CUP). Le reste de son temps est consacré à ceux qui ont le Sida. Un job unique en Suisse romande financé par l'Eglise nationale protestante de Genève. Elle dit: "Je suis pasteur, pas assistante sociale ou médecin. J'offre la possibilité d'un partage, d'une écoute. Quand on vient dans mon bureau, ce n'est pas pour guérir. Le langage est plus simple. Au niveau de la joie ou des pleurs."

(18 mai) Dori Schaer-Born, socialiste, est élue au gouvernement bernois. Elle est la deuxième femme après Leni Robert à entrer à l'exécutif cantonal.

(19 mai) F-Information qui fêtait ces dix ans en 1991 a prouvé la nécessité de son existence. Bilan: 200 demandes de renseignements ou d'aide en 1981; 3'389 demandes en 1991 qui concernent principalement le travail et le juridique. Le centre a effectué 400 démarches, 500 personnes ont été orientées vers d'autres services. 127 hommes ont fait appel à F-information pour eux ou des proches. Deux catégories de femmes sont principalement touchées par les difficultés de la conjoncture actuelle: les jeunes mères de 25 à 35 ans avec ou sans travail. Et les femmes de 48 à 60 ans qui doivent parfois trouver le premier job de leur vie.

**ARMEE**

(31 mars) Dès le mois d'avril, les recrues en difficulté disposeront d'une "bouée" téléphonique. Au numéro 155.90.33, l'ancienne cheffe du service fémi-

nin de l'armée, Johanna Hurni, leur répondra!

### AVORTEMENT

(28 avril) Procédure allégée à Bâle-Ville. La nouvelle ordonnance cantonale prévoit de permettre à tous les médecins FMH de délivrer l'autorisation légale d'avorter: l'avis conforme. Cette consultation et l'intervention seront en outre remboursées par les caisses-maladie.

### CHANGEMENT

(3 fév) F-Information a mis sur pied le groupe ORPER (orientation personnelle) pour permettre à toutes celles qui désirent un changement dans leur vie de faire le point sur les questions d'identité ou de relations familiales et professionnelles. Renseignements: 1, rue des Barrières, Genève.

### CONTRACEPTION

(4 fév) Controverse autour du nouveau préservatif féminin. Les médecins s'inquiètent d'un relâchement dans la prévention contre le sida. Il n'est pas prouvé que ce préservatif soit efficace en matière de prévention du sida. Quant aux féministes, elle déplorent que la responsabilité de la contraception soit à nouveau assumée par les seules femmes. De plus, il fait du bruit et est fort cher.

### COULEUR FUCHSIA

(28 avril) Après les ouvrages édités en trois langues par l'Union syndicale suisse, voici la grève du 14 juin, version genevoise. Le Collectif 14 juin vient en effet de publier "Fuchsia. Femmes en grève à Genève", un recueil qui propose une certaine image d'une journée haute en couleurs. Cent quatorze page de souvenirs. Cette chronique d'un jour peu ordinaire se veut également porteuse de courage pour l'avenir, le Collectif ne compte pas en rester là. Le 14 juin prochain est annoncé comme une journée pleine de surprises. En vente en librairie.

(3 mars) Pour la Journée internationale des femmes, le 8 mars, deux tables rondes: l'une sur le thème de "Secrétaire, un métier si féminin", l'autre sur l'assurance maternité. En marge, Marianne Frischknecht se dit étonnée d'apprendre que le Bureau de l'égalité qu'elle dirige risque de disparaître pour cause de mesures d'économie. Autant dire que les réactions de soutien ne se sont pas fait attendre. Et Mme Egalité d'ajouter: "Et cette idée au moment où les derniers cantons romands à ne pas être dotés

d'une telle structure, le Valais et Fribourg, en ont admis le principe". Comme quoi, Genève ne sait plus où donner de la tête pour se retrouver en queue de peloton dans bien des domaines.

(9 mars) Des manifestations dans plusieurs villes mais aucune manifestation nationale pour la Journée internationale des femmes cette année. Environ 700 femmes ont formé un cortège dans le centre de Zurich.

### CULTURE

(18 avril) Vies inutiles? Ethnographie d'un couvent: photos de Françoise Sautier aux couvents de la Visitation de Thonon (1959) et Voiron (1991). Une exposition-provocation d'une grande beauté. Annexe du Musée d'ethnographie de Genève, 7, chemin Calandrini, Conches, Genève. Ouvert du mercredi au dimanche jusqu'au 23 août.

### EGALITE

(11 fév) Un Soleurois vient d'obtenir gain de cause devant le Tribunal fiscal cantonal contre sa commune parce qu'elle désavantage les hommes par rapport aux femmes en matière de service du feu. Soleure se trouve maintenant contraint d'aménager ses lois pour restaurer l'égalité dans ce domaine.

(12 fév) Le Conseil fédéral a décidé de concrétiser dans l'administration fédérale le principe de l'égalité entre hommes et femmes, ancré depuis plus de dix ans dans la Constitution. L'objectif des instructions publiées est une représentation équitable des membres des deux sexes à tous les échelons de la hiérarchie. Chaque unité de l'administration a jusqu'à la fin de l'année pour établir son propre programme de promotion féminine.

(27 fév) Une brise européenne souffle sur la Suisse, écrit Anne-Marie Ley dans le Journal de Genève. Et poursuit: "Le Conseil fédéral vient d'opter pour un projet de loi sur l'égalité entre hommes et femmes dans le domaine professionnel, dont les points forts seront l'interdiction générale des discriminations et le renforcement de la protection contre les licenciements. Deux points qui figurent du reste expressément dans le traité sur L'EEE (Espace économique européen).

(2 mars) Malgré la médiocre proportion de femmes élues aux Chambres fédérales en automne dernier, l'introduction de quotas est enterrée pour les années à venir. Après les organisations féminines, le Parti du travail a en effet échoué avec son initiative demandant que les femmes (ou les hommes) représentent

au moins 40% des membres des autorités de tous les niveaux.

(16 mars) Durant un séminaire, 400 enseignants zurichoïses se sont penchés sur la mixité dans les classes. Et l'ont remise en cause. Elle ne profite souvent qu'aux garçons, preuve en sont les brillants résultats scolaires des filles et leurs carrières professionnelles qui ne sont pas du tout à l'image de leurs succès, selon des études effectuées en Suisse et à l'étranger.

(24 mars) Les deux initiatives lancées par le Parti du travail en 1990 ont échoué. L'initiative "Hommes et femmes" visait une meilleure représentation féminine dans les autorités, l'autre demandait l'égalité des droits dans l'assurance sociale.

(4 avril) Quelque 90'000 étudiants sont inscrits dans les universités suisses. L'augmentation de 4% enregistrée en une année est la plus forte depuis 10 ans. Le phénomène est particulièrement marqué en Suisse romande et pour les femmes.

(9 avril) Conseil municipal de la Ville de Genève: la gauche et le PEG réclament une fonctionnaire pour défendre les droits des femmes dans l'administration. L'Entente refuse la motion lancée par une femme socialiste.

#### FAMILLE

(3 mars) La Chambre du peuple a approuvé l'initiative d'Angeline Fankhauser qui demande de fixer à 200 francs par mois au moins l'allocation pour enfants et ce dans toute la Suisse. Et que de plus cette allocation ne fasse pas partie du salaire mais soit une prestation sociale garantie pour les salariés, les indépendants et les personnes sans emploi.

(25 avril) Un guide pratique pour la femme et la famille publié par F-Information: l'information au féminin en treize chapitres et trois cents adresses. Ce répertoire pratique qui en est à sa sixième édition donne toutes les coordonnées de dizaines d'institutions, de services et d'associations actifs dans les domaines qui touchent aux problèmes familiaux.

#### FECONDATION

(26 mars) Un comité d'action suisse contre les abus dans le domaine de la fécondation artificielle vient de voir le jour. Son opposition à la fécondation in vitro et à l'insémination artificielle hétérologue (avec un donneur anonyme) figure au centre de son programme.

(18 mai) Majorité claire, 73,8% pour l'article cons-

titutionnel sur la procréation assistée et le génie génétique. La révision du droit pénal en matière sexuelle, qui n'était qu'une adaptation de la législation à l'évolution des mœurs, a également passé comme une lettre à la poste, 73,1% de oui.

#### PAUVRETE

(30 mars) Parution des résultats d'une enquête dérangeante menée à Genève intitulée "Femmes pauvres dans ville riche". Si la pauvreté et la précarité sociale ont de multiples visages, elles ne frappent pas forcément à l'improviste. L'étude publiée en début d'année par F-Information et le Bureau de l'égalité entre homme et femme focalise son attention sur ce qu'il est convenu d'appeler un "groupe à risque": les femmes pauvres dans une ville riche ou le prix social du divorce.

#### POLITIQUE

(27 avril) Les femmes étaient à l'honneur des quatre Landsgemeinden qui se sont déroulées dans les deux Appenzell, à Obwald et Nidwald sous un soleil rayonnant. A Sarnen, la Landsgemeinde du demi-canton d'Obwald a élu à l'unanimité Maria Kuchler-Flury à l'exécutif cantonal. A Appenzell Rhodes-Intérieures, Kathi Kamber a été élue au Tribunal cantonal. A Stans, la "Gemeinde" des corporations de Nidwald a décidé d'adapter sa loi au principe de l'égalité des sexes.

#### PORNOGRAPHIE

(26 mars) Désormais, les vidéothèques ne pourront plus vendre ou louer des films de pornographie douce. Seuls les sex shops - âge d'admission 18 ans - sont désormais autorisés à le faire.

#### SANTE

(28 avril) Le PRIP (programme interinstitutionnel de prévention) a la difficile tâche de nouer des contacts avec les prostituées toxicomanes à Genève dans un but de prévention contre le sida. Pour cause d'approches difficiles, de décentralisation du milieu, il a besoin de rallonges financières. Les lenteurs politiques aidant, le programme vient seulement de pouvoir démarrer.

(29 avril) La proportion de femmes parmi les malades du sida continue à augmenter en Suisse. Pour atteindre 26,7% sur les 172 cas déclarés durant les trois premiers mois de 1992.

(11 mai) Parmi les femmes qui fument une sur deux souhaite arrêter. Raisons fréquemment invoquées: rester en bonne santé et être indépendante du tabac physiquement et psychologiquement.

### SOLIDARITE

(26 fév) Impressionnant, le sommet mondial des femmes qui s'est tenu à Genève. Epouses de chefs d'Etat, ces femmes sont venues appuyer la promotion économique des femmes rurales et ont prouvé qu'elles entendaient être prises au sérieux. D'ailleurs, le secrétaire général de L'ONU et le président de la Confédération étaient présents. Elles ont évoqué les discriminations dont souffrent 500 millions de femmes dans les régions rurales du monde en développement trop souvent considérées comme des objets. Ndioro Ndiaye, ministre de la Femme du Sénégal espère que le sommet permettra de déclencher un processus.

(27 fév) Les soixantes-quatre premières dames présentes à Genève ont achevé leur sommet sur une Déclaration de Genève qui prévoit entre autres la création d'un comité de représentantes d'épouses de chefs d'Etat et de gouvernement composé de trois membres par continent. Il se réunira tous les deux ans pour examiner les progrès réalisés et soutenir des initiatives nationales et régionales.

### TRAVAIL

(4 fév) L'ancienne conseillère d'Etat fribourgeoise Roselyne Crausaz, au chômage depuis le 1er janvier à la suite de sa non-réélection de l'automne dernier, va timbrer à l'Office du travail de Fribourg. La première femme à avoir été élue dans un Exécutif cantonal romand explique cette démarche par ses engagements financiers fixés selon son ancienne situation.

(20 fév) Les femmes pourront travailler de nuit dans l'industrie. A l'image de l'option choisie ou envisagée par plusieurs pays de la Communauté européenne, le Conseil fédéral a en effet décidé de dénoncer la Convention no 89 de l'Organisation internationale du travail (OIT), qui interdit le travail nocturne des femmes dans l'industrie. Parallèlement, le gouvernement entend toutefois améliorer, grâce à une révision de la loi sur le travail, le statut de tous les travailleurs de nuit, hommes et femmes, occupés dans l'industrie ou les services.

(27 fév) La France dénonce également la Convention no 89 de L'OIT, une Convention qui date de 1948 et que la France avait ratifiée en 1954.

(29 fév) Le Département de l'économie publique du

canton de Soleure a accordé à l'entreprise ETA, à Granges, une autorisation limitée dans le temps pour introduire le travail de nuit des femmes. ETA qui fabrique les Swatch et fait partie du groupe horloger SMH a reçu une autorisation pour deux mois et pour dix travailleuses au maximum. Cette mesure suit de près la décision du Conseil Fédéral d'autoriser désormais le travail de nuit des femmes.

(6 mars) Les quatre femmes qui travaillent la nuit depuis une semaine n'ont plus le droit de le faire. Le Tribunal administratif de Soleure a octroyé l'effet suspensif au recours déposé par la FTMH contre la décision du Département de l'économie publique du canton d'autoriser le travail de nuit pour ces femmes. Les femmes avaient accueilli positivement l'instauration du travail de nuit et quinze candidates avaient postulé pour les quatre postes à pourvoir.

(23 mars) Les femmes affiliées à la FTMH sont pour une hausse des indemnités de chômage avec effet immédiat. Les 130 participantes ont aussi annoncé leur intention d'organiser une action nationale pour la protection de la maternité. Rendez-vous le jour de la fête des mères 1993.

(9 avril) Après la Société de Banque Suisse il y a un peu plus de six mois, c'est au tour du Crédit Suisse de présenter sa crèche. En fonction depuis le début de l'année, la Crèche Domino a été inaugurée au nouveau centre administratif de l'entreprise à Lancy, Genève.

(13 avril) De jeunes Romandes peuvent si elles le désirent passer un an en Suisse allemande dans une famille avec cours de langue à l'appui. Le séjour débouche sur l'obtention d'un CFC d'employée de maison, rarement un but en soi mais plutôt un tremplin vers une autre formation ou bien l'occasion d'apprendre utilement l'allemand en attendant de s'engager dans un apprentissage ou des études.

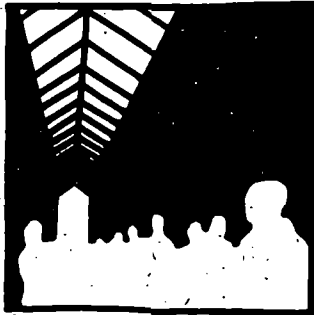
(29 avril) A Genève, des femmes viennent de créer la MARMITE, Mouvement autonome des responsables de ménage inéquitement traité(e)s et estimé(e)s. Un syndicat dont le but est de promouvoir la reconnaissance juridique, économique et sociale du travail familial et domestique et de défendre les intérêts individuels et collectifs des membres auprès des instances politiques et juridiques.

(1er mai) Selon des statistiques de la Fédération des médecins suisses, les femmes ont plus de difficultés que leurs collègues masculins à satisfaire aux exigences de la formation post-graduée. Elles représentent 23% des affiliés de la FMH et sont proportionnellement plus nombreuses que leurs confrères à exercer en milieu hospitalier. 62% des femmes médecins n'ont pas encore de spécialisation contre 35% seu-

lement des hommes.

## VIOL

(25 fév) Une petite capsule "rapel" à accrocher au corsage qui dégage une odeur atroce quand son contenu se répand. Un nouveau moyen de défense contre le viol présenté à Zurich. Il vient tout droit des Etats-Unis où il n'a pas reçu l'accueil souhaité. Selon les diffuseurs, il n'engendrerait pas de réaction d'agressivité chez l'agresseur.



10.5 Kannst du die Wohnung nicht sauberhalten? Kannst du nicht dafür sorgen, daß ich saubere Hemden und Socken habe? Warum habe ich dich geheiratet, wenn du hier nicht mal die einfachsten Dinge erledigst? Er sagte, er würde mir helfen, von meinem Vater wegzukommen, als Gegenleistung hat er die Dienste einer Ehefrau erwartet. Als ich sah, was ich getan hatte, daß ich aufs neue angekettet war, weinte ich. Ich war verloren. Es gab keine Hoffnung. Vati hatte recht. Ich mußte nur schweigend gehorchen, und mein Mann war glücklich. Mach dir nichts draus, du brauchst gar nicht glücklich zu sein, du bist meine Frau, macht dich das nicht schon glücklich genug?

10.6 Andere Träume. Träume von genügend Geld, so daß ich allein leben kann. Träume von einer Welt ohne männliche Versorger. Träume von einer Welt, in der ich in Freiheit leben kann. Doch wie sieht so eine Welt aus, wenn du achtzehn und voller Ängste bist? Ich kann mir keine Welt vorstellen, in der ich tun kann, was ich will. Alles beweist das Gegenteil. Ich kenne nur Frauen, die verheiratet sind oder bald heiraten werden. Ich kenne ein paar Witwen, aber die sind mit der Erinnerung an ihre Männer verheiratet. Ich kenne keine einzige Frau, die frei ist, keine einzige Frau, die allein lebt, weil sie es will. Man hat mir versichert, daß es sie gibt.

11.8 Ich miete eine Schreibmaschine. Es ist Zeit, mit dem Schreiben anzufangen. Seite um Seite tippe ich Zahlen. Ich kann nicht erzwingen, daß die Wörter herauskommen. Schluck noch eine Pille. Dann schreib halt einen Brief, damit sich die Miete lohnt. Hallo, mir geht es gut. Ganz prima. Ich liebe die Schule. Ich habe viele Freundinnen und Freunde. Lügen. Schreib lieber Zahlen. Zumindest muß ich mich nicht zu den Lügen hinter den Zahlen bekennen. Ich weine in die Maschine. Ich bin zu nichts nütze. Wie er gesagt hat. Ein dummes, nutzloses, verderbtes Miststück. Ich kann nicht mal einen Brief schreiben. Ich kann nichts richtig machen. Ich bin zu dumm, irgend etwas hinzukriegen.

11.11 Ich bin keine Mami. Ich bin eine Versagerin. Ich versage in allem. Ich bin die einzige Person, die je mit so beachtlichem Erfolg versagt hat. Ich habe in meiner Kindheit versagt. Ich habe in meiner Ehe versagt. Ich habe als Mutter versagt. Ich habe in der Schule versagt. Ich habe sogar beim Selbstmord versagt. Ich habe noch nicht mal den Mut zu sterben.

12.2 Ich lese. Eine neue Welt. Lese Bücher von Frauen. Millet, Greer, Morgan, Lessing, Atwood. Welche Entdeckung. Ein Neubeginn. Eine Reise zum Selbst hat endlich begonnen. Erst fünfundzwanzig, noch viel Zeit. Ein Anfang.

12.11 Ich fülle den Raum mit Büchern. Bücher über Religion. Bücher über Frauen. Bücher von Frauen. Bücher über Schriftstellerinnen. Bücher über Träumerinnen. Bücher, die mir das wirkliche Leben bringen. Bücher, die mir das fehlende wirkliche Leben ersetzen. Bücher als Freunde. Bücher als Schiffe, auf denen ich reise. Bücher als Rettungsanker, der mich am Leben erhält. Bücher als Schutz. Ein Leben mit Büchern. Eine bessere Wirklichkeit. Ein Weg zur Wirklichkeit. Bücher statt Leben. Sicherer. Möglich.

12.12 Ein Mann, der mein Freund ist, macht's möglich. Wenn ich im Abwasch ertrinke, rettet er mich. Wenn ich in Verzweiflung versinke, rettet er mich. Wenn ich in Rechnungen und Dreck erstickte, rettet er mich. Nicht selbsthaft und doch loyal. Die beste Hilfe. Er bringt mir gekühlten Chablis und lebenden Hummer, weil er weiß, daß ich's brauche. Er bietet mir Trost und Unterstützung. Er verlangt nichts von mir. Fast vertraue ich ihm.

12.13 Ich lerne allein zu leben. Lerne zu leben. Zweimal im Jahr besuche ich eine alte Freundin. Sie lehrt mich das Überleben. Alleinleben, lehrt mich Armut mit Würde zu ertragen. Sie ist fünfzig Jahre älter als ich. Sie versteht.

12.14 Auch von anderen Freundinnen kommt Hilfe. Es ist erstaunlich, daß du überhaupt hier bist, sagen sie. Wir werden tun, was wir können, sagen sie. Früchte im Herbst. Hühner, Lamm, Kleidung, für mich gemacht oder an mich abgetreten. Hilfe. Praktische Hilfe. Anrufe, sobald ich ein Telefon habe. Geht's dir gut? Wie geht's voran?

13.3 Dies ist mein Traum: allein in einem großen Haus auf dem Land zu leben. Im Frühling die erste Lerche zu hören. Mit meinem Fahrrad in den Sonnenuntergang am Horizont zu radeln. Zu lesen. Zu malen. Zu schreiben. Mein Traum. Allein.

13.4 Mein Traum schließt niemanden sonst ein. Ich habe nicht die Energie, irgendwen mit hineinzubringen. Keine Energie für Beziehungen, nicht mal zu einer Katze oder einem Goldfisch. Ein Traum, allein und aufrecht in der Sonne zu stehen. Das ist genug.

**Zeichenerklärung:**

Erste Zahl = Ordnungsnummern  
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-  
nummern der Geschäfte

N	behandelt vom Nationalrat
S	behandelt vom Ständerat
n	Erstbehandlung beim Nationalrat
s	Erstbehandlung beim Ständerat
D	Dringlich
*	neue Geschäfte
x	erledigt

# Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

## Sondersession Januar 1992

(2. Tagung der 44. Legislaturperiode)

vom Montag, 27. bis Freitag, 31. Januar 1992

*Sitzungen des Nationalrates:* 27., 28., 29. (II), 30. (II) und 31. Januar 1992 (7 Sitzungen)

*Sitzungen des Ständerates:* 28., 29. und 30. Januar 1992 (3 Sitzungen)

## Frühjahrsession 1992

(3. Tagung der 44. Legislaturperiode)

vom Montag, 2. bis Freitag, 20. März 1992

*Sitzungen des Nationalrates:* 2., 3., 4., 9., 10., 11., 12., 16., 17., 18., 19. und 20. März 1992 (12 Sitzungen)

*Sitzungen des Ständerates:* 2., 3., 4., 9., 10., 11., 12., 17., 18., 19. und 20. März 1992 (11 Sitzungen)

*Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung:* 18. März 1992

### Standesinitiativen

#### 23/91.304 n Basel-Stadt. Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge, vom 15. März 1991

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung, lädt die Eidgenössischen Räte auf Antrag seiner Kommission ein, folgende Standesinitiative für die Einführung der vollen Freizügigkeit zu prüfen:

Die berufliche Vorsorge kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn die erworbenen Ansprüche auf eine Altersrente auch im Falle eines Stellenwechsels oder eines vorübergehenden Unterbruchs der Erwerbstätigkeit ungeschmälert erhalten bleiben.

In zahlreichen Vorsorgeeinrichtungen privaten und öffentlichen Rechts wurde die Freizügigkeit in den letzten Jahren in unterschiedlichem Ausmass verbessert. Eine Kasse, die heute volle Freizügigkeit einführt, subventioniert aber in gewissen Fällen Vorsorgeeinrichtungen mit schlechten Freizügigkeitsregelungen. Dieses Problem kann eine einzelne Kasse nicht lösen.

Die zuständige Kommission des Basler Grossen Rates musste bei den Beratungen für ein neues Pensionskassengesetz feststellen, dass eine gerechte Regelung der Freizügigkeit nur möglich ist, wenn der Bund mittels Revision des Obligationenrechts Lösungen stipuliert, an denen sich alle Kassen gleichermassen beteiligen müssen. Die finanzielle Belastung der Kassen bleibt gering, wenn die höheren Austrittschadigungen von den Versicherten beim Wiedereintritt in die neue Kasse eingebracht werden.

Im einzelnen soll das schweizerische Obligationenrecht wie folgt revidiert werden:

1. Die Freizügigkeit soll rasch und allgemein für sämtliche Vorsorgeeinrichtungen des privaten und des öffentlichen Rechts verbessert werden.
2. In Kassen nach dem Beitragsprimat soll die Freizügigkeit die Summe der einbezahlten Sparbeiträge zuzüglich Zins und Zinseszinsen umfassen. In Kassen nach dem Leistungsprimat soll sich die Freizügigkeit am individuellen Altersleistungsziel und den Beitragsjahren orientieren. Den Leistungs- und Finanzierungsplänen der Kassen ist dabei Rechnung zu tragen. Als Mindestgarantie beim Stellenwechsel soll in allen Fällen das Doppelte aller laufenden Arbeitnehmerbeiträge samt Zins und Zinseszins nach Abzug der Risikokosten gelten.

### Initiatives des cantons

#### 23/91.304 n Bâle-Ville. Libre passage dans le cadre de la prévoyance professionnelle, du 15 mars 1991

Le Grand Conseil du canton de Bâle-Ville, se fondant sur l'article 93, 2<sup>e</sup> alinéa, de la Constitution fédérale, invite les Chambres fédérales, sur proposition de sa commission, à examiner l'initiative suivante visant à l'instauration du libre passage intégral en matière de prévoyance professionnelle:

La prévoyance professionnelle ne peut remplir son objectif que si les droits constitués en vue de l'obtention d'une pension sont maintenus intégralement, même en cas de changement d'emploi ou d'interruption temporaire de l'activité lucrative.

De nombreuses institutions de prévoyance de droit public ou privé ont plus ou moins amélioré le libre passage au cours des dernières années. Mais une caisse qui accorde aujourd'hui le libre passage intégral subventionne dans certains cas des institutions de prévoyance moins libérales. La solution de ce problème ne peut être laissée au bon vouloir de chaque caisse.

La commission compétente du Grand Conseil de Bâle-Ville a constaté, lors de ses délibérations au sujet d'une nouvelle loi sur les caisses de pension, qu'il ne serait possible d'instaurer une réglementation adéquate du libre passage que si la Confédération, par le biais d'une révision du code des obligations, prévoyait des solutions auxquelles toutes les caisses seraient tenues. Les caisses ne subiraient qu'une charge financière minimale si les montants élevés des indemnités de sortie étaient reversés par les assurés à leur nouvelle caisse.

Dans le détail, le code des obligations devrait être modifié comme il suit:

1. Le libre passage devrait être amélioré rapidement et de façon générale pour toutes les institutions de prévoyance de droit public ou privé.
2. Pour les caisses appliquant la primauté des cotisations, le libre passage doit comprendre la somme des montants d'épargne versés, y compris les intérêts et les intérêts composés. Pour les caisses qui appliquent la primauté des prestations, le libre passage doit être calculé en fonction de l'objectif individuel de prestation-vieillesse et des années de cotisation. Ce faisant, il doit être tenu compte des plans financiers et de prestations des caisses. En cas de changement d'emploi, la garantie minimale doit, dans tous les cas, comprendre le double de toutes les cotisations courantes du travailleur, y compris les intérêts et les intérêts composés, déduction faite des coûts du risque.

3. Die Regelung der Freizügigkeit soll einfach, transparent und für die Versicherten nachvollziehbar statuiert werden.
4. Die Barauszahlung von Freizügigkeitsleistungen ist auf Fälle zu beschränken, in denen der Vorsorgeschatz in Form eines gebundenen Vermögens erhalten bleibt. Insbesondere ist die Barauszahlung an verheiratete oder vor der Heirat stehende Frauen zu unterbinden.
5. Erworbene Freizügigkeitsleistungen sind bei Wiedereintritt in eine andere Kasse vollumfänglich einzubringen. Soweit sie nicht für Einkäufe oder Nachzahlungen Verwendung finden, hat die Gesetzgebung diese in Form einer persönlichen Gutschrift sicherzustellen.

N/S *Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit*

3. La réglementation du libre passage doit être simple, transparente et applicable à tous les assurés.
4. Le paiement en espèces des prestations de libre passage doit être limité aux cas pour lesquels la protection de prévoyance est maintenue sous la forme d'une fortune affectée à ce but. Il convient notamment d'interdire le paiement en espèces des prestations aux femmes mariées ou qui sont sur le point de se marier.
5. En cas d'entrée dans une nouvelle caisse, les prestations de libre passage reçues doivent être versées intégralement à celle-ci. Dans la mesure où ces prestations ne sont pas utilisées pour couvrir une somme de rachat ou des paiements rétroactifs, la loi doit prévoir leur mise en réserve sous forme d'un crédit personnel.

N/E *Commissions de la sécurité sociale et de la santé publique*

## Parlamentarische Initiativen

### **43/89.249 n Lohngleichheit für Mann und Frau. Beweislastregel (Nabholz), vom 13. Dezember 1989**

Artikel 343 OR sei folgendermassen zu ergänzen:

«Hat im Streitfalle die klagende Partei Tatsachen dargelegt, die die ungleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit als glaubhaft erscheinen lassen, trifft die beklagte Partei die volle Beweislast für den Gegenbeweis».

N *Kommission für Rechtsfragen*

Bericht der Petitions- und Gewährleistungskommission vom 19. November 1990

1991 18. März. Beschluss des Nationalrates: Der Initiative wird Folge gegeben.

### **47/90.240 n Lohngleichheit (Hafner Ursula), vom 20. Juni 1990**

Gestützt auf Artikel 21<sup>bis</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes verlange ich mit einer parlamentarischen Initiative in Form der allgemeinen Anregung die Ausarbeitung gesetzlicher Grundlagen für die wichtigsten im Lohngleichheitsbericht des EJPD vom Oktober 88 vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere

- die Einrichtung von Vermittlungsstellen zur aussergerichtlichen Streiterledigung
- die Umkehr der Beweislast bei Glaubhaftmachen der Lohn-diskriminierung
- das Klage- und Beschwerderecht für Organisationen
- den Kündigungsschutz
- die Unterstützung von Gleichstellungsprogrammen
- ein gesetzliches Diskriminierungsverbot
- den Ausbau des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann.

N *Kommission für Rechtsfragen*

### **× 48/90.241 n Frauen-Quote für Bundesbehörden (Leutenegger Oberholzer), vom 20. Juni 1990**

Gestützt auf das Geschäftsverkehrsgesetz Artikel 21<sup>bis</sup> unterbreite ich eine parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung.

Um eine dem Bevölkerungsanteil der Geschlechter angemessene Vertretung der Frauen in den eidgenössischen Behörden zu gewährleisten, sind die notwendigen Änderungen in der Bundesverfassung und in der Gesetzgebung vorzunehmen, damit bis zum Jahr 2001 gesichert ist, dass in den eidgenössischen Räten (National- und Ständerat), im Bundesrat, im Bundesgericht sowie in den ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes kein Geschlecht mit weniger als 40 Prozent vertreten ist.

## Initiatives parlementaires

### **43/89.249 n Egalité des salaires masculins et féminins. Fardeau de la preuve (Nabholz), du 13 décembre 1989**

L'article 343 CO doit être complété comme il suit:

«Lorsqu'en cas de litige, la partie plaignante présente des faits qui laissent supposer de manière vraisemblable que l'égalité des salaires n'est pas respectée pour un travail de valeur égale, il incombe à la partie adverse de prouver le contraire.»

N *Commission des affaires juridiques*

Rapport de la commission, du 19 novembre 1990

1991 18 mars: Le Conseil national décide de donner suite à l'initiative.

### **47/90.240 n Egalité des salaires (Hafner Ursula), du 20 juin 1990**

En vertu de l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je prie le Conseil fédéral, par le biais d'une initiative parlementaire sous la forme d'une demande conçue en termes généraux, de faire élaborer les bases légales nécessaires à la concrétisation des mesures les plus importantes qui sont proposées dans le rapport du DFJP sur l'égalité des salaires entre hommes et femmes publié en octobre 1988, à savoir notamment:

- créer des offices de conciliation en vue d'un règlement extrajudiciaire des litiges;
- inverser le fardeau de la preuve pour la partie qui doit rendre vraisemblable l'existence d'une discrimination salariale;
- instaurer la qualité pour agir des associations;
- renforcer la protection contre le licenciement;
- soutenir les programmes promouvant l'égalité;
- introduire dans la législation l'interdiction de toute discrimination;
- développer le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes.

N *Commission des affaires juridiques*

### **× 48/90.241 n Proportion minimale de femmes au sein des autorités fédérales (Leutenegger Oberholzer), du 20 juin 1990**

En vertu de l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je dépose une initiative parlementaire sous la forme d'une demande conçue en termes généraux.

Afin que les femmes soient équitablement représentées au sein des autorités fédérales en fonction de leur importance numérique dans la population, le gouvernement est chargé d'apporter les modifications nécessaires dans la constitution et la législation, de manière à ce que, d'ici l'an 2001, la proportion de personnes d'un sexe donné ne soit pas inférieure à 40 pour cent dans les Chambres fédérales (Conseil national et Conseil des Etats), au Conseil fédéral, au Tribunal fédéral et dans les commissions extra-parlementaires.

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 16. Januar 1991

1992 30. Januar: Der Nationalrat beschliesst, der Initiative keine Folge zu geben.

× 49/90.242 n Mehr Frauen ins Parlament (Sozialdemokratische Fraktion), vom 20. Juni 1990

Der Bericht der Eidgenössischen Frauenkommission «Nehmen Sie Platz, Madame» vom Frühjahr 1990 zeigt auf, dass die Frauen rund 20 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes in allen Parlamenten sehr schlecht repräsentiert sind. 1987 haben von insgesamt 2400 Bewerbungen für den Nationalrat 706 Frauen kandidiert, was 29% entspricht. Der Erfolg war aber eher bescheiden: 29 Frauen, das heisst knapp 15% wurden in den Nationalrat gewählt. In der Schweiz leben rund 51% Frauen und 49% Männer. Unser Parlament repräsentiert also mit einem Verhältnis von 15% Nationalrätinnen und 85% Nationalräten keineswegs die Schweizer Bevölkerung. Der Anteil der Frauen im eidgenössischen Parlament hat sich seit 1971 nur sehr langsam vergrössert. Für die nächsten Jahre ist nicht zu erwarten, dass sich diese Situation ändert, wenn nicht Massnahmen zur Frauenförderung getroffen werden.

Eine durch das Prinzip der Proporzahlen seit langem bekannte Massnahme ist die Quotenregelung.

Aus diesem Grunde unterbreiten wir in der Form einer allgemeinen Anregung die folgende Parlamentarische Initiative:

1. Im Nationalrat ist ein Geschlecht mit höchstens 60% vertreten.
2. Diese Forderung soll bis zum Jahre 2003 erfüllt sein. Für die Wahlen in den Jahren 1995 und 1999 gelten Übergangsbestimmungen.

Sprecherin: Danuser

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 16. Januar 1991

1992 30. Januar: Der Nationalrat beschliesst, der Initiative keine Folge zu geben.

× 65/91.400 n Männer-Quoten im Ständerat (Minderheit der Kommission 89.253), vom 15. November 1990  
Bundesbeschluss für Männer-Quoten im Ständerat vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Prüfung einer parlamentarischen Initiative, nach Einsicht in den Bericht einer Kommission des Nationalrates vom 24. Januar 1991

und in die Stellungnahme des Bundesrates vom ... , beschliesst:

I

Artikel 80 der Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 80

Der Ständerat besteht aus 46 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete; in den geteilten Kantonen jeder Landesteil einen Abgeordneten. In den Abordnungen ungeteilter Kantone müssen beide Geschlechter vertreten sein.

II

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 16 janvier 1991

1992 30 janvier: Le Conseil national décide de ne pas donner suite à l'initiative.

× 49/90.242 n Davantage de députées au Parlement (Groupe socialiste), du 20 juin 1990

Le rapport «Prenez place, Madame» de la commission fédérale pour les questions féminines, paru au printemps 1990, montre que les femmes restent très peu représentées dans tous les parlements, et ce 20 ans après l'introduction du droit de vote et d'éligibilité des femmes. En 1987, 706 femmes se sont présentées aux élections du Conseil national, représentant 29% des 2400 candidates et candidats. Leur succès est toutefois resté modeste: 29 femmes, soit à peine 15%, ont été élues. La Suisse compte environ 51% de femmes contre 49% d'hommes; notre Parlement, regroupant 15% de conseillères nationales et 85% de conseillers nationaux, ne représente donc aucunement la composition de la population suisse. La proportion des femmes siégeant au Parlement n'a que très lentement évolué depuis 1971, et il serait vain d'attendre de grands changements durant les années à venir si des mesures ne sont pas prises en faveur de la promotion de la femme.

La réglementation des quotas est une mesure que le système proportionnel connaît de longue date.

Pour ces raisons, nous déposons l'initiative parlementaire suivante, conçue en termes généraux:

1. La proportion de femmes ou d'hommes au Conseil national ne peut excéder 60%.
2. Ce principe sera intégralement respecté en 2003. Des dispositions transitoires s'appliqueront aux élections de 1995 et 1999.

Porte-parole: Danuser

N Aubry, Aguet, Caccia, Daepf, Danuser, Diener, Eggly, von Felten, Goll, Grendelmeier, Haering Binder, Hildbrand, Kühne, Müller, Nabholz, Philipona, Scheidegger, Stamm Judith, Suter (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 16 janvier 1991

1992 30 janvier: Le Conseil national décide de ne pas donner suite à l'initiative.

× 65/91.400 n Introduction de quotas pour les membres masculins du Conseil des Etats (Minorité de la commission du Conseil national 89.253), du 15 novembre 1990

Arrêté fédéral sur l'introduction de quotas pour les membres masculins du Conseil des Etats  
du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu une initiative parlementaire;  
vu le rapport du 24 janvier 1991 de la commission du Conseil national;  
vu l'avis du ... du Conseil fédéral,  
arrête:

I

L'article 80 de la constitution fédérale est modifié comme il suit:

Art. 80

Le Conseil des Etats se compose de 46 députés des cantons. Chaque canton nomme deux députés; dans les cantons partagés, chaque demi-Etat en élit un. Dans les députations des cantons non partagés, les deux sexes doivent être représentés.

N Eggly, Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Bundi, Daepf, Ducret, Etique, Fischer-Seengen, Frey Walter, Gross Andreas, Haller, Heberlein, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Meier Hans, Stamm Judith (19)

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 24. Januar 1991 (BBl I, 1151)

Stellungnahme des Bundesrates vom 8. Mai 1991 (BBl II, 907)

1992 30. Januar. Beschluss des Nationalrates: Auf den Beschlussesentwurf wird nicht eingetreten.

70/91.411 n Leistungen für die Familie (Fankhauser), vom 13. März 1991

Gemäss Artikel 21<sup>bis</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 30 des Geschäftsreglementes des Nationalrates reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

1. Für jedes Kind besteht Anspruch auf eine Kinderzulage von mindestens 200 Franken. Dieser Ansatz orientiert sich an den zur Zeit höchsten Beträgen der kantonalen Kinderzulagen und sollte regelmässig an den Index angepasst werden. Die Durchführung einer solchen Bundeslösung soll den bestehenden Ausgleichskassen der Kantone, der Verbände und des Bundes übertragen werden, wobei ein gesamt-schweizerischer Lastenausgleich zu verwirklichen ist.
2. Für Familien mit Kindern im betreuungsbedürftigen Alter, insbesondere für alleinerziehende Eltern, besteht Anspruch auf Bedarfsleistungen, welche analog zur Ergänzungsleistung ausgestaltet sind.

N Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Bericht der Kommission für soziale Sicherheit vom 20. August 1991

1992 2. März: Der Nationalrat beschliesst, der Initiative Folge zu geben.

83/91.429 n Programm zur Förderung von Gleichstellung und Partnerschaft (Baerlocher), vom 25. September 1991

Mit dem formalrechtlichen Bekenntnis zur Gleichstellung und mit dem partnerschaftlichen Ehe-Leitbild ist die Diskriminierung der Frauen nicht beseitigt worden. Die Umsetzung beider Prinzipien kommt nur schleppend voran und die Ungeduld der Frauen wächst. Dies zeigt der landesweite Frauenstreik vom 14. Juni.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei: Die Frauen wollen Taten sehen. Und damit haben sie völlig recht. Mit der Veränderung von Ideen und Verfassungstexten sind jene strukturellen Barrieren noch nicht beseitigt, die auch beim Vorliegen besten Willens zu oft reale Gleichstellung und vor allem partnerschaftliche Arbeitssteilung verhindern.

Gestützt auf Artikel 21<sup>bis</sup> GVG reiche ich folgende parlamentarische Initiative in Form einer allgemeinen Anregung ein.

Der Bund erstellt ein spezielles Programm, das Gleichstellung und Partnerschaft fördert, in dem es bei den strukturellen Verhinderungen und individuellen «Behinderungen» der Männer ansetzt.

Dieses Programm müsste umfassen:

- Elternurlaub: Von Gemeinschaft getragen, im Sinne einer Elternversicherung. Elternurlaub auf Mann und Frau zu je 50 Prozent verteilt und eventuell verfallend, wenn Mann Elternurlaub nicht bezieht.

II

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

N Eggly, Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Bundi, Daepf, Ducret, Etique, Fischer-Seengen, Frey Walter, Gross Andreas, Haller, Heberlein, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Meier Hans, Stamm Judith (19)

Rapport de la commission du Conseil national du 24 janvier 1991 (FF I, 1103)

Avis du Conseil fédéral du 8 mai 1991 (FF II, 884)

1992 30 janvier. Décision du Conseil national: Ne pas entrer en matière sur l'arrêté fédéral.

70/91.411 n Prestations familiales (Fankhauser), du 13 mars 1991

Me fondant sur l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils et l'article 30 du Règlement du Conseil national, je dépose l'initiative suivante conçue en termes généraux:

1. Chaque enfant donne droit à une allocation pour enfant d'au moins 200 francs. Ce montant est fixé en fonction du montant maximum actuel des allocations cantonales pour enfant et devra être adapté régulièrement selon l'indice des prix à la consommation. La mise en œuvre d'une telle solution fédérale doit être confiée aux caisses de compensation des cantons, des associations professionnelles et de la Confédération nationale, la péréquation des charges devant s'effectuer à l'échelon national.
2. Les familles dont les enfants sont à un âge où il faut s'occuper d'eux, plus particulièrement les familles monoparentales, ont droit, en cas de besoin, à des prestations analogues aux prestations complémentaires.

N Commission de la sécurité sociale et de la santé publique

Rapport de la commission de la sécurité sociale du 20 août 1991

1992 2 mars: Le Conseil national décide de donner suite à l'initiative.

83/91.429 n Egalité des sexes et partenariat (Baerlocher), du 25 septembre 1991

La reconnaissance formelle de parité des sexes et la mise sur pied d'égalité des conjoints dans le droit matrimonial n'ont pas mis fin à la discrimination des femmes. La lenteur avec laquelle les deux principes sont mis en pratique impatiente maintes femmes, comme en témoigne leur grève nationale du 14 juin 1991.

Le temps des promesses verbales est passé. Les femmes veulent des actes. Et elles ont pleinement raison. L'évolution des idées et la révision de la constitution ne suffisent pas pour éliminer les barrières structurelles qui empêchent encore, même avec la meilleure volonté, une réelle égalité des deux sexes et un partage vraiment équitable des tâches.

C'est pourquoi, me fondant sur l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je dépose la présente initiative parlementaire conçue en termes généraux.

La Confédération élabore un programme spécial destiné à éliminer les entraves structurelles et les «handicaps» des hommes afin de promouvoir l'égalité entre l'homme et la femme et le partenariat dans le couple.

Ce programme portera notamment sur les points suivants:

- Congé parental: il sera couvert par une «assurance parentale» supportée par la collectivité, applicable à la femme et à l'homme à parts égales, et devenant éventuellement caduc si l'homme n'en fait pas usage.

- **Teilzeitarbeit:** Im Arbeitsrecht festgelegte Möglichkeit des 6-Stunden-Tages für Betreuungspflichtige (Betreuungsaufgaben/-arbeit von Angehörigen), oder Beschränkung auf 6 Stunden für Familienpflichtige (im Sinne der «Standeschutzbestimmungen» für Frauen). Teilzeitstellen für Männer in leitenden und hochqualifizierten Stellen.
- **Infrastruktur:**
  - Steuerliche Begünstigung von Firmen, die Betreuungsplätze bereitstellen.
  - Berücksichtigung von Firmen bei staatlicher Auftragsvergabe, welche 1. Männerteilzeitarbeit und 2. Kinderbetreuung am Arbeitsort ermöglicht.
  - **Armee:** Familienväter, welche Betreuungsarbeit übernehmen, werden freigestellt.
  - **Sozialversicherung:** Berücksichtigung von Betreuungsarbeit in allen Teilen der Sozialversicherungen (AHV, IV, BVG, ALV).

*N Kommission für Rechtsfragen*

**100/92.415 n Gemeinsames Sorgerecht (David), vom 20. März 1992**

Gestützt auf Artikel 21<sup>bis</sup> des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich folgende Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches:

**Artikel 297 Absatz 3 Zivilgesetzbuch**

Nach dem Tode eines Ehegatten steht die elterliche Gewalt dem überlebenden Ehegatten zu. Bei Scheidung spricht der Richter demjenigen Ehegatten die elterliche Gewalt zu, dem die Kinder anvertraut werden, oder beiden Ehegatten, wenn diese zustimmen und das Wohl der Kinder dadurch gefördert wird.

**Travail à temps partiel:** possibilité, établie dans le droit de travail, de la journée de 6 heures pour les personnes ayant la garde d'enfants (y compris pour celles qui s'occupent de proches), ou journée de travail limitée à 6 heures pour toutes les personnes ayant charge de famille (dispositions de «protection du statut de la femme»); création d'emplois à temps partiel pour les hommes, y compris les cadres et les collaborateurs hautement qualifiés.

**Infrastructures:** allègements fiscaux en faveur des entreprises qui offrent des possibilités de garderie; préférence donnée lors de l'adjudication de tâches publiques aux entreprises qui facilitent:

1. le travail à temps partiel pour les hommes;
2. la garde des enfants au lieu de travail.

**Armée:** les pères qui ont garde d'enfants sont libérés des obligations militaires.

**Sécurité sociale:** prise en considération des tâches liées à la garde des enfants par toutes les branches des assurances sociales (AVS, AI, prévoyance professionnelle, assurance chômage).

*N Commission des affaires juridiques*

**100/92.415 n Droit de garde commun des enfants (David), du 20 mars 1992**

Me fondant sur l'article 21<sup>bis</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose de modifier le code civil suisse dans les termes suivants.

**Article 297, 3<sup>e</sup> alinéa CC**

Après la mort de l'un des époux, l'autorité parentale appartient au survivant. En cas de divorce, le juge attribue l'autorité parentale à l'époux auquel les enfants sont confiés ou aux deux époux lorsque ceux-ci sont d'accord et que cette mesure sert le bien des enfants.

Persönliche VorstösseNationalrat

- × 210/90.314 M Grüne Fraktion – 10. AHV-Revision. Taggeld (6. Februar 1990)

Der Bundesrat wird beauftragt im Rahmen der 10. AHV Revision gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit pflegebedürftigen Betagten, die zu Hause von Angehörigen oder andern Betreuungspersonen betreut werden und dadurch einen Pflegeheim- oder Spitalaufenthalt vermeiden können, ein angemessenes Taggeld ausbezahlt werden kann.

*Sprecherin:* Diener

1992 20. März: Die Motion wird abgeschrieben, weil seit mehr als zwei Jahren hängig.

- × 261/91.3036 P I Kommission 90.241/242 des Nationalrates – Frauen in ausserparlamentarischen Kommissionen (16. Januar 1991)

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie analog der Weisungen über die Vertretung der sprachlichen Gemeinschaften in der allgemeinen Bundesverwaltung vom 12. Januar 1983 in den Richtlinien für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen vom 3. Juli 1974 eine Regelung zugunsten der Frauen vorzusehen ist.

1992 30. Januar: Das Postulat wird abgelehnt.

- × 262/91.3037 P II Kommission 90.241/242 des Nationalrates – Geschlechtsspezifische Quotenregelungen (16. Januar 1991)

Der Bundesrat wird eingeladen, den Eidgenössischen Räten einen Bericht über die Möglichkeiten der Einführung von geschlechtsspezifischen Quotenregelungen und deren politisch und rechtlichen Konsequenzen in den eidgenössischen Behörden, bis Ende 1991 vorzulegen.

1992 30. Januar: Das Postulat wird abgelehnt.

- 279/91.3365 M (Baerlocher)-von Felten – Partnerschaftliche Teilung der Betreuungsarbeit. Impulsprogramm (4. Oktober 1991)

In Anlehnung an die parlamentarische Initiative wird der Bundesrat beauftragt, ein Impulsprogramm beim Bund zu lancieren. Dieses Impulsprogramm des Arbeitgebers Bund müsste auch Kaderstellen einbeziehen. Zudem ist zur Erfüllung der Förderung der partnerschaftlichen Teilung der Betreuungsarbeit die Quotierung unerlässlich. Das Impulsprogramm müsste zudem folgende Punkte umfassen:

- Recht auf Reduktion der Arbeitszeit auf Grund von Betreuungsaufgaben von Angehörigen (6-Stunden-Tag);
- Überzeitverbot für Betreuungspflichtige;
- Elternurlaub;
- Krankenurlaub bei Krankheit von Angehörigen;
- Militärisches Weitermachen darf nicht freigestellt werden.

1991 28. November: Frau von Felten übernimmt die Motion.

Interventions personnellesConseil national

- × 210/90.314 M Groupe écologiste – 10<sup>e</sup> révision de l'AVS. Indemnités journalières (6 février 1990)

Dans le cadre de la 10<sup>e</sup> révision de l'AVS, le Conseil fédéral est chargé de créer les bases légales nécessaires pour que des indemnités journalières appropriées soient versées aux personnes âgées nécessitant des soins, qui sont prises en charge par des proches ou d'autres personnes et peuvent ainsi éviter le séjour dans un home médicalisé ou un hôpital.

*Porte-parole:* Diener

1992 20 mars: En suspens depuis plus de deux ans, la motion est classée.

- × 261/91.3036 P I Commission 90.241/242 du Conseil national – Présence des femmes au sein des commissions extraparlimentaires (16 janvier 1991)

Le Conseil fédéral est invité à examiner comment il faut prévoir, en faveur des femmes, une réglementation analogue aux instructions concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération du 12 janvier 1983, dans les Directives touchant l'institution et le mode de travail des commissions extraparlimentaires du 3 juillet 1974.

1992 30 janvier: Le postulat est rejeté.

- × 262/91.3037 P II Commission du Conseil national – Présence des femmes au sein des autorités fédérales. Quotas (16 janvier 1991)

Le Conseil fédéral est invité à présenter aux Chambres fédérales, avant la fin de l'année 1991, un rapport sur les possibilités d'imposer l'introduction de quotas spécifiques, et sur les conséquences politiques et juridiques y relatives pour les autorités fédérales.

1992 30 janvier: Le postulat est rejeté.

- 279/91.3365 M (Baerlocher)-von Felten – Programme d'impulsions dans l'administration fédérale. Juste partage des tâches de garde (4 octobre 1991)

Me référant à l'initiative parlementaire que j'ai déposée, je charge le Conseil fédéral de lancer un programme d'impulsions dans l'administration fédérale, programme dont les cadres devront aussi bénéficier. Pour promouvoir le partage de la garde des proches entre les deux parents, il instituera un système de quotas. Le programme d'impulsions comprendra en outre les points suivants:

- droit à horaire de travail réduit (six heures par jour) pour les personnes chargées de s'occuper de leurs proches;
- heures supplémentaires interdites pour les personnes devant s'occuper de leurs proches;
- congé parental;
- congé en cas de maladie d'un proche;
- les personnes faisant une carrière militaire ne pourront être exemptées du service.

1991 28 novembre: La motion est reprise par M<sup>me</sup> von Felten.

**301/91.3111 M Bircher Peter – Ergänzungsleistungen als Erziehungs- und Betreuungsbonus für Familien und Alleinerziehende (22. März 1991)**

Der Bundesrat wird eingeladen, ein einkommens- und betreuungsabhängiges Ergänzungsleistungssystem für Familien und Alleinerziehende in wirtschaftlichen Notlagen auszuarbeiten.

*Mitunterzeichner:* Blatter, Columberg, Darbellay, Dormann, Engler, Grossenbacher, Hildbrand, Keller, Meier Samuel, Paccolat, Ruckstuhl, Rychen, Schnider, Seiler Rolf (14)

**1991 21. Juni:** Die Motion wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

**341/92.3148 P Comby – Massnahmen gegen die «Neue Armut» (20. März 1992)**

Mehrere Untersuchungen in verschiedenen Schweizer Kantonen über die «Neue Armut» haben gezeigt, dass zahlreiche Menschen in unserem Land in prekären Verhältnissen, ja in Armut leben. Betroffen sind besonders drei Personengruppen: Junge, alleinerziehende Frauen und Betagte.

Einzelne Kantone und Gemeinden haben bereits reagiert und entsprechende Massnahmen zur wirksamen Bekämpfung dieser Verarmungstendenzen ergriffen. Auch auf Bundesebene darf man nicht zuwarten, bis die Ergebnisse der in Angriff genommenen neuen gesamtschweizerischen Untersuchungen vorliegen. Im Gegenteil ist es dringend notwendig, schon jetzt zum Schutz der menschlichen Würde konkrete, gezielte Massnahmen zur Unterstützung von Einzelpersonen und Familien in Not zu beschliessen.

Deshalb schlagen wir dem Bundesrat vor, die folgenden zwei konkreten Massnahmen zu prüfen:

1. Eine substantielle Erhöhung der Bundesbeiträge zur Finanzierung der Verbilligung der Krankenkassenbeiträge für Menschen, die in Armut leben.

Der Betrag, der in Artikel 4 des Bundesbeschlusses vom 13. Dezember 1991 über befristete Massnahmen gegen die Entsolidarisierung in der Krankenversicherung vorgesehen ist, ist ungenügend. Zur Lösung der in den erwähnten Untersuchungen aufgezeigten Probleme muss er unbedingt merklich erhöht werden.

2. Die Gewährung von Subventionen an Kantone, die zusätzliche Zuschüsse zu den EL (Ergänzungsleistungen des Bundes) für Personen und Familien gewähren, die in äusserst schwierigen Verhältnissen leben.

Wir ersuchen den Bundesrat, eine Änderung der Gesetzgebung im Bereich der Krankenversicherung und der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV im Sinne unseres Postulats ins Auge zu fassen.

*Mitunterzeichner:* Chevallaz, Cotti, Couchepin, Darbellay, Epiney, Gobet, Maitre, Mamie, Nabholz, Philipona, Pini, Rohrbasser, Savary, Schmidhalter, Schmied Walter, Theubet, Tschopp, Zwahlen (18)

**381/90.922 P Fankhauser – Menschenhandel mit Frauen aus der Dritten Welt (10. Dezember 1990)**

Der Bundesrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Privatorganisationen wie zum Beispiel dem Fraueninformationszentrum «FIZ» Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung von Frauen aus der Dritten Welt zu ergreifen und dem Rat darüber zu berichten.

*Mitunterzeichner:* Aguet, Bäumlín Ursula, Bodenmann, (Braunschweig), Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Rechsteiner, Ruffy, Stappung, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (26)

**301/91.3111 M Bircher Peter – Prestations complémentaires aux familles monoparentales et biparentales dans la gène (22 mars 1991)**

Le Conseil fédéral est chargé de mettre au point un système permettant de verser des prestations complémentaires aux familles monoparentales et biparentales dans la gène, sur la base de leur revenu et des tâches éducatives qui leur incombent.

*Cosignataires:* Blatter, Columberg, Darbellay, Dormann, Engler, Grossenbacher, Hildbrand, Keller, Meier Samuel, Paccolat, Ruckstuhl, Rychen, Schnider, Seiler Rolf (14)

**1991 21 juin:** La motion étant combattue, la discussion est renvoyée.

**341/92.3148 P Comby – Mesures concrètes contre la paupérisation en Suisse (20 mars 1992)**

Plusieurs études réalisées dans divers cantons suisses sur les «nouvelles pauvretés» ont démontré que de nombreuses personnes dans notre pays vivent dans des situations critiques de précarité, voire de pauvreté. Trois catégories de personnes sont particulièrement touchées. Il s'agit des jeunes, des femmes seules ayant charge de famille et des personnes âgées.

Des cantons et des communes ont déjà réagi en prenant des mesures appropriées afin de lutter efficacement contre ce phénomène de paupérisation. Il ne faut pas attendre les résultats des nouvelles études entreprises au niveau suisse avant d'agir sur le plan fédéral. En effet, il y a urgence à adopter des mesures concrètes, de manière ciblée, dans le but d'apporter une aide aux individus et aux familles qui sont dans le besoin, dans le respect de la dignité humaine.

C'est pourquoi nous proposons au Conseil fédéral d'étudier la possibilité d'adopter les deux mesures concrètes suivantes:

1. Une augmentation substantielle de l'aide de la Confédération, destinée à financer des réductions de cotisations à l'assurance maladie pour les personnes dans le besoin.

Le montant prévu à l'article 4 de l'arrêté fédéral sur des mesures temporaires contre la désolidarisation dans l'assurance-maladie du 13 décembre 1991 est insuffisant. Une contribution significative dans ce sens s'avère indispensable pour résoudre les problèmes dans les études précitées.

2. L'octroi d'une subvention aux cantons qui accordent des allocations complémentaires aux PC (prestations complémentaires fédérales) aux personnes et aux familles qui vivent dans des situations extrêmement difficiles.

Nous prions le Conseil fédéral de prévoir une modification de la législation sur l'assurance-maladie et de celle sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI dans le sens de notre interpellation.

*Cosignataires:* Chevallaz, Cotti, Couchepin, Darbellay, Epiney, Gobet, Maitre, Mamie, Nabholz, Philipona, Pini, Rohrbasser, Savary, Schmidhalter, Schmied Walter, Theubet, Tschopp, Zwahlen (18)

**381/90.922 P Fankhauser – Traite des femmes du Tiers-Monde (10 décembre 1990)**

Le Conseil fédéral est invité, en collaboration avec les cantons et des organisations privées telles que le FIZ, le Centre d'information pour les femmes du Tiers-Monde, à prendre des mesures pour lutter contre l'exploitation des femmes du Tiers-Monde et à présenter un rapport à ce sujet au Parlement.

*Cosignataires:* Aguet, Bäumlín Ursula, Bodenmann, (Braunschweig), Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Rechsteiner, Ruffy, Stappung, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (26)

**387/92.3145 P von Felten – Bericht über die voraussichtlichen Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Frauen (20. März 1992)**

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht über die voraussichtlichen wirtschaftspolitischen und sozialen Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Situation der Frauen in der Schweiz zu erstatten. Das mit der Thematik befasste Integrationsbüro ist insbesondere mit Abklärungen über frauenspezifische Auswirkungen in folgenden Bereichen zu betrauen:

1. Stellung der Frauen als Folge des rechtlichen Anpassungsprozesses;
2. Veränderungen in der Struktur des Arbeitsmarktes und der Qualität der Arbeitsplätze;
3. berufliche Perspektiven;
4. Arbeitslosigkeit;
5. Folgen der Freizügigkeit für mitbetroffene Familienmitglieder;
6. Stellung der Migrantinnen.

*Mitunterzeichner:* Aguet, Bäumlín, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Daepf, Danuser, Diener, Dormann, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herzog, Hollenstein, Jöri, Leemann, Meier Samuel, Misteli, Nabholz, Ruffy, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger, Strahm Rudolf, Zisyadis (35)

**387/92.3145 P von Felten – Rapport sur les effets prévisibles du marché unique européen sur la condition des femmes en Suisse (20 mars 1992)**

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement un rapport sur les effets prévisibles économiques et sociaux du marché unique européen sur la condition des femmes en Suisse. Le Bureau de l'intégration, impliqué dans ce domaine, sera notamment chargé d'étudier les répercussions pour les femmes des points de vue suivants:

1. Situation de la femme à la suite du processus d'adaptation de la législation.
2. Modification de la structure du marché du travail et de la qualité des postes de travail.
3. Perspectives professionnelles.
4. Chômage.
5. Effets du libre passage sur les membres de la famille concernés.
6. Situation des migrantes.

*Cosignataires:* Aguet, Bäumlín, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Daepf, Danuser, Diener, Dormann, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herzog, Hollenstein, Jöri, Leemann, Meier Samuel, Misteli, Nabholz, Ruffy, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger, Strahm Rudolf, Zisyadis (35)

**424/90.959 I Haering Binder – Frauenvertretung in NFP (13. Dezember 1990)**

In der Öffentlichkeit wurde verschiedentlich kritisiert, dass im Rahmen der Nationalen Forschungsprogramme wenig Projekte von Forscherinnen und kaum Projekte, welche Frauen- oder Gleichstellungsfragen thematisieren, bewilligt werden. Der NF selbst jedoch schreibt in seinem Vademecum NFP, dass etwa bei den Expertengruppen, welche die einzelnen Forschungsprogramme fachlich begleiten, auf eine «angemessene Vertretung von Frauen» geachtet werde.

Aus den Publikationen des Nationalfonds geht indessen leider nicht hervor, was der Nationalfonds unter einer angemessenen Vertretung versteht und für welche Gremien dies gelten soll: weder enthalten die Veröffentlichungen diesbezügliche Statistiken, noch ist aus den Namenslisten immer zu erkennen, bei welchen Personen es sich um Frauen handelt, da oft keine Vornamen angegeben sind. Aus diesen Gründen möchten wir folgende Fragen stellen:

1. Wie gross ist der Frauenanteil (heute, und seit Beginn der NFP)
  - a. in den verschiedenen Gremien und Abteilungen des Nationalfonds allgemein?
  - b. in den ExpertInnenkommissionen der Nationalen Forschungsprogramme?
  - c. bei den ProgrammleiterInnen?
  - d. bei den ProjektleiterInnen?
  - e. bei den GesuchstellerInnen?
2. Wie gross ist der Anteil der bewilligten Projekte, welche die Stellung der Frauen beziehungsweise das Verhältnis der Geschlechter zum Thema haben? Wieviele Projekte wurden/werden von Frauen geleitet/durchgeführt? Ist es möglich, eine Liste dieser Projekte zu erhalten?
3. Die Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen aufgrund ihrer oft nicht so gradlinigen Karriere seltener in den universitären Institutionen tätig sind, macht es ihnen oft schwer, Projekte einzureichen, oder sich als Expertinnen zur Verfügung zu stellen. Ist sich der NF dieser strukturellen Probleme bewusst, und welche Massnahmen gedenkt er dagegen einzusetzen?
4. Bei mindestens drei Nationalen Forschungsprogrammen, welche von ihrer Thematik her Frauen besonders stark betreffen, musste der Kredit nachträglich aufgestockt werden, um doch noch ein paar Frauenprojekte zu bewilligen. Wie kann gewährleistet werden, dass bei der Konzeption und Durchführung von Nationalen Forschungsprogrammen der Frauenspekt von Anfang an voll integriert ist?

**424/90.959 I Haering Binder – Organes et projets du Fonds national. Représentation féminine (13 décembre 1990)**

A diverses reprises, des critiques sont montées du public parce que seul un petit nombre de projets présentés par des chercheuses, et encore moins de projets qui s'intéressent aux questions féminines ou aux questions d'égalité sont acceptés dans le cadre des programmes nationaux de recherche. Or, le Fonds national de la recherche scientifique (FNRS) écrit dans son vadé-mecum PNR que l'on veille à ce que les femmes soient représentées de façon équitable au sein des groupes d'experts qui suivent le déroulement de chaque programme de recherche.

Les publications du FNRS ne permettent malheureusement pas de déterminer ce que signifie pour lui une représentation équitable des femmes, ni de savoir à quels organes cette représentation s'applique. Ces textes ne contiennent en effet aucune statistique sur la question, et comme les prénoms ne sont pas mentionnés, il est souvent impossible de deviner quelles personnes sont de sexe féminin. C'est pourquoi nous souhaitons poser les questions suivantes:

1. Quelle est la proportion de femmes (actuellement et depuis la création des PNR)
  - a. dans les divers organes et divisions du FNRS en général?
  - b. dans les commissions d'experts des programmes nationaux de recherche?
  - c. au sein de la direction des programmes?
  - d. au sein de la direction des projets?
  - e. parmi les requérants?
2. Combien de projets traitant du statut des femmes ou de l'égalité des sexes ont-ils été acceptés? Combien de ces projets sont-ils ou vont-ils être dirigés ou exécutés par des femmes? Est-il possible d'en obtenir une liste?
3. La carrière des femmes scientifiques est souvent assez tortueuse; de ce fait, elles travaillent moins fréquemment dans les institutions universitaires et il leur est donc difficile de présenter des projets ou d'offrir leurs services en tant qu'expertes. Le FNRS est-il conscient de ces problèmes structurels et quelles mesures compte-t-il prendre?
4. Dans le cas d'au moins trois des programmes nationaux de recherche dont l'objet touche de très près les femmes, un crédit supplémentaire a dû être octroyé par la suite afin que quelques projets féminins puissent y être intégrés. Comment est-il possible de garantir que lors de l'élaboration et de l'exécution des programmes nationaux de recherche la dimension féminine soit entièrement prise en considération dès le début?

**Mitunterzeichner:** Ammann, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bodenmann, Borel, (Braunschweig), Búndi, Carobbio, Danuser, David, Diener, Fankhauser, Gardiol, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Longet, Mauch Ursula, Nabholz, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stamm, Stappung, Stocker, Ulrich, Vollmer, Zölch (32)

**1991 21. Juni:** Diskussion verschoben.

**448/91.3085 P Hildbrand – Ergänzungsleistungen für Nicht-AHV/IV-Rentner (20. März 1991)**

Der Bundesrat wird beauftragt, die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu prüfen, welche

1. eine generelle Aufhebung der Beschränkung des Anspruches auf Ergänzungsleistungen (EL) auf AHV/IV-Rentenbezüger oder
2. eine Ausdehnung der Anspruchsberechtigung auf weitere einkommensschwache Gruppen wie Alleinerziehende, Ausgesteuerte, Arbeitslose usw. vorsieht.

**Mitunterzeichner:** Bircher Peter, Columberg, Darbellay, Dormann, Keller, Meyer Theo, Schmidhalter (7)

**1991 21. Juni:** Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

**485/90.569 P (Leutenegger Oberholzer)-Robert – Frauenforschung an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (19. Juni 1990)**

Der Bundesrat wird eingeladen, an der ETH Zürich und an der EPF Lausanne je einen Lehrstuhl für Frauenforschung einzurichten. Der Lehrstuhl soll insbesondere auch der Auseinandersetzung mit der Stellung der Frau im technisch-naturwissenschaftlichen Komplex dienen.

**Mitunterzeichner:** Antille, Aubry, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bircher Silvio, Bodenmann, Danuser, David, Diener, Dormann, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herzog, Jaeger, Jeanprêtre, Loeb, Longet, Nabholz, (Ott), Pitteloud, Scheidegger, Seiler Rolf, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Vollmer, Zbinden Hans (31)

**1990 5. Oktober:** Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

**1991 28. November:** Frau Robert übernimmt das Postulat.

**490/91.3122 P (Leutenegger Oberholzer)-Bär – Schweizer Pass für Schweizerinnen (22. März 1991)**

Der Bundesrat wird eingeladen, im Schweizer Pass dem Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung vollumfänglich Rechnung zu tragen, indem er durchwegs eine korrekte, das weibliche Geschlecht nicht diskriminierende Sprache gewährleistet. Dazu sind insbesondere die Texte auf Seite 1 und Seite 3 des Passes («der Inhaber dieses Passes ist Schweizerbürger...», bzw. «Unterschrift des Inhabers») entsprechend zu ändern.

**Mitunterzeichner:** Bär, Bäumlín Ursula, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Heberlein, Jeanprêtre, Leemann, Nabholz, Pitteloud, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (19)

**1991 21. Juni:** Das Postulat wird aus der Mitte des Rates bekämpft; die Diskussion wird verschoben.

**1991 28. November:** Frau Bär übernimmt das Postulat.

**Cosignataires:** Ammann, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bodenmann, Borel, (Braunschweig), Búndi, Carobbio, Danuser, David, Diener, Fankhauser, Gardiol, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Soleure, Leutenegger Oberholzer, Longet, Mauch Ursula, Nabholz, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stamm, Stappung, Stocker, Ulrich, Vollmer, Zölch (32)

**1991 21 juin:** La discussion est renvoyée.

**448/91.3085 P Hildbrand – Extension du droit aux prestations complémentaires (20 mars 1991)**

Le Conseil fédéral est invité à examiner l'opportunité d'élaborer un projet de loi visant

1. à abroger la règle voulant que seuls les bénéficiaires de rentes AVS et AI aient droit aux prestations complémentaires ou
2. à étendre le droit aux prestations complémentaires à d'autres groupes de la population disposant d'un revenu modeste, tels que les familles monoparentales, les personnes en fin de droits, les chômeurs, etc.

**Cosignataires:** Bircher Peter, Columberg, Darbellay, Dormann, Keller, Meyer Theo, Schmidhalter (7)

**1991 21 juin:** Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

**485/90.569 P (Leutenegger Oberholzer)-Robert – EPFZ et EPFL. Recherche sur la condition féminine (19 juin 1990)**

Le Conseil fédéral est invité à instituer deux chaires de recherche sur la condition féminine dans les écoles polytechniques fédérales de Lausanne et de Zurich afin notamment de promouvoir l'étude de la situation des femmes dans le monde de la technique et des sciences.

**Cosignataires:** Antille, Aubry, Baerlocher, Bär, Bäumlín Ursula, Bircher Silvio, Bodenmann, Danuser, David, Diener, Dormann, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herzog, Jaeger, Jeanprêtre, Loeb, Longet, Nabholz, (Ott), Pitteloud, Scheidegger, Seiler Rolf, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Vollmer, Zbinden Hans (31)

**1990 5 octobre:** Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

**1991 28 novembre:** Le postulat est repris par M<sup>me</sup> Robert.

**490/91.3122 P (Leutenegger Oberholzer)-Bär – Passeport des Suissesses (22 mars 1991)**

Le Conseil fédéral est invité à faire appliquer l'article constitutionnel sur l'égalité entre femmes et hommes dans la formulation des textes figurant dans le passeport suisse et de faire rédiger ceux-ci dans une langue correcte qui ne discrimine pas les femmes. Il convient en particulier de modifier ceux qui se trouvent aux pages 1 et 2 («le titulaire de ce passeport est citoyen suisse» et «signature du titulaire»).

**Cosignataires:** Bär, Bäumlín Ursula, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Heberlein, Jeanprêtre, Leemann, Nabholz, Pitteloud, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (19)

**1991 21 juin:** Le postulat étant combattu, la discussion est renvoyée.

**1991 28 novembre:** Le postulat est repris par M<sup>me</sup> Bär.

**491/91.3264 M (Leutenegger Oberholzer)-Haering Binder - ZGB Revision. Familienname (21. Juni 1991)**

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Änderung des Zivilgesetzbuches einzuleiten, die die Namensregelung bei Eheschliessung in dem Sinne ändert, dass Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung und damit der gleichen Rechte der Geschlechter beachtet wird. Die Revision des ZGB soll dahingehen, dass eine möglichst grosse Wahlfreiheit der Eheleute gewährleistet ist. Als Familienname sollen sie sowohl den Namen des Ehemannes als auch der Ehefrau bestimmen können; ebenso sollte der Verzicht auf einen gemeinsamen Familiennamen möglich sein.

*Mitunterzeichner:* Bär, Gardiol, Grendelmeier, Stocker (4)

**1991 28. November:** Frau Haering Binder übernimmt die Motion.

**597/92.3045 I Spielmann - Nachtarbeit für Frauen und Arbeitsgesetz (2. März 1992)**

Nach der Aufkündigung des Übereinkommens mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Nachtarbeit der Frauen im Gewerbe hat der Bundesrat die Ansicht vertreten, dass sich zum besseren Schutz der Arbeitnehmerinnen, die in unserem Land Nachtarbeit leisten, eine Revision des Arbeitsgesetzes aufdrängt.

Die Bewilligung, welche der Kanton Solothurn der Uhrenfirma E.T.A. ausgestellt hat, widerspricht nun aber der Zusicherung des Bundesrates und verletzt eindeutig die Prinzipien unseres Rechtsstaates.

Ich fordere den Bundesrat auf, seiner Zusicherung treu zu bleiben und die vom Kanton Solothurn ausgestellte Bewilligung aufzuheben.

*Mitunterzeichner:* Zisyadis (1)

**622/91.3304 P Wanner - Paritätslohnanspruch in der Landwirtschaft. Bewertung der Frauenarbeit (19. September 1991)**

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung über den Paritätslohnanspruch der Landwirtschaft in dem Sinne zu ändern, dass die Bewertung der Frauenarbeit mit jener der Männer gleichgesetzt wird.

*Mitunterzeichner:* Nussbaumer (1)

**673/92.3067 M Zisyadis - Aufteilung der elterlichen Gewalt bei geschiedenen Eltern (4. März 1992)**

Das schweizerische Recht kennt die Teilung der elterlichen Gewalt im Scheidungsfall nicht. Seit der Verabschiedung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit zwischen Mann und Frau sind keine Anpassungen erwogen worden. Zweifellos wirken die steigende Zahl geschiedener Paare und die veränderten Lebensgewohnheiten ganz allgemein zugunsten neuartiger Vereinbarungen zwischen den Elternteilen, im Sinne einer Aufteilung der elterlichen Gewalt und des Sorgerechts und einer neuen Regelung des Besuchsrechts. In den Gesetzen zahlreicher europäischer Staaten ist diese Möglichkeit bereits verankert.

Ich ersuche den Bundesrat, durch eine Gesetzesänderung die Möglichkeit zu schaffen, dass geschiedene Paare die elterliche Gewalt teilen und ihre Kinder weiterhin gemeinsam erziehen können.

*Mitunterzeichner:* Carobbio, Spielmann, Ziegler Jean (3)

**491/91.3264 M (Leutenegger Oberholzer)-Haering Binder - Nom de famille. Révision du CC (21 juin 1991)**

Le Conseil fédéral est chargé de réviser les articles du code civil réglementant le choix du nom de famille lors du mariage afin de faire respecter l'égalité entre femmes et hommes fixée à l'article 4, 2<sup>e</sup> alinéa, de la constitution. Cette révision devrait laisser aux conjoints la liberté de choisir comme nom de famille soit le nom de l'épouse, soit le nom de l'époux ou encore de renoncer à un nom commun.

*Cosignataires:* Bär, Gardiol, Grendelmeier, Stocker (4)

**1991 28 novembre:** La motion est reprise par M<sup>me</sup> Haering Binder.

**597/92.3045 I Spielmann - Travail de nuit des femmes et loi sur le travail (2 mars 1992)**

Après la dénonciation par le gouvernement suisse de la convention de l'Organisation internationale du travail (OIT), le Conseil fédéral a estimé qu'une révision de la loi sur le travail s'imposait pour protéger davantage les travailleuses nocturnes avant l'introduction du travail de nuit des femmes dans notre pays.

L'autorisation délivrée par le canton de Soleure à l'entreprise horlogère E.T.A. ne respecte pas les engagements pris par le Conseil fédéral et constitue en fait une violation des principes régissant notre état de droit.

Je demande au Conseil fédéral d'être fidèle à ses engagements en suspendant l'autorisation délivrée par le canton de Soleure.

*Cosignataire:* Zisyadis (1)

**622/91.3304 P Wanner - Rétribution équitable comparable dans l'agriculture. Evaluation du travail féminin (19 septembre 1991)**

Le Conseil fédéral est invité à modifier la législation sur la rétribution équitable comparable dans l'agriculture, de sorte que le travail des femmes soit mis sur un pied d'égalité avec celui des hommes.

*Cosignataire:* Nussbaumer (1)

**673/92.3067 M Zisyadis - Partage de l'autorité parentale entre parents divorcés (4 mars 1992)**

Le droit suisse ignore le partage de l'autorité parentale en cas de divorce. Depuis l'adoption du principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes, aucune adaptation n'a été envisagée. Il est de plus incontestable que l'augmentation du nombre des couples divorcés, l'évolution des mœurs en général, agissent en faveur de nouveaux accords entre parents dans le sens d'un partage de l'autorité, de la garde et du droit de visite. Sur le plan européen, de nombreux pays reconnaissent cette possibilité dans leur législation.

Je demande au Conseil fédéral d'engager une refonte de la loi, afin de permettre aux parents divorcés de continuer à assumer ensemble l'éducation de leurs enfants, par le biais de la possibilité de l'autorité parentale partagée.

*Cosignataires:* Carobbio, Spielmann, Ziegler Jean (3)

**Adressen der Autorinnen und des Autors**

**Anne-Marie Barone**  
Avocate  
7, Rue de la Faucille, 1201 Genève

**Jolanda Bertozzi**  
Sozialpädagogin  
Teufenerstrasse 116, 9000 St. Gallen

**Jeanne DuBois**  
Rechtsanwältin  
Ankerstrasse 61, Postfach 115, 8026 Zürich

**Véronique Ducret**  
lic. en psychologie sociale  
35, Rue Grand-Bureau, 1227 Acacias

**Alberto Godenzi**  
Dr.phil., Sozialforscher  
Markusstrasse 16, 8006 Zürich

**Christa Hanetseder**  
Dr.phil., Psychologin  
Hofackerstrasse 17, 8032 Zürich

**Elisabeth Kästli**  
Journalistin BR  
Postfach 15, 7516 Maloja

**Brigitte Mantilleri**  
journaliste libre RP  
34, rue de la Gabelle, 1227 Carouge

**Sozialamt der Stadt Zürich**  
Kontaktstelle Opferhilfe  
Postfach, 8026 Zürich